



Deutsche Gesellschaft  
für die  
Vereinten Nationen

BLAUE REIHE Nr. 101

## **Blickpunkt Liberia**

Peacebuilding in  
einem fragilen Staat

**Dokumentation der DGVN-Studienreise  
nach Liberia vom 25. März bis 1. April 2007**

Mit Beiträgen von Jöran Altenberg, Thorsten Benner,  
Till Blume, Ekkehard Griep, Kirsten Joppe,  
Ute Klissenbauer, Nadine Kryzostan, Daniel Maier,  
Maximilian Meindl, Richard Pöschl, Frederic Schneider,  
Wolfram Schrag, Maike Schüssler/Ursula Thiele,  
Valentin Wasilew, Renate Wilke-Launer, Kai Yamaguchi

**Dokumentationen, Informationen, Meinungen**

**Blaue Reihe**



Herausgeber:

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR  
DIE VEREINTEN NATIONEN e.V.

Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin

Tel: (030) 259375-0

Fax: (030) 25937529

E-Mail: [info@dgvn.de](mailto:info@dgvn.de)

Web: [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)



BLAUE REIHE Nr. 101

## **Blickpunkt Liberia**

### **Peacebuilding in einem fragilen Staat**

Dokumentation der DGVN-Studienreise nach  
Liberia vom 25. März bis 1. April 2007

## **Zum Inhalt:**

Diese Ausgabe der BLAUEN REIHE dokumentiert Termine und Gespräche der DGVN-Studienreise nach Liberia vom 25. März bis 1. April 2007. Die Beiträge wurden von Teilnehmern der Reise verfasst und geben – wie alle in der BLAUEN REIHE publizierten namentlichen Beiträge – ausschließlich die Meinung der jeweiligen Verfasser wieder. Die DGVN dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge und die Überlassung der Fotos sowie Frau Valerie Waldow für die Unterstützung bei der Erstellung der Publikation.

Berlin, im Juli 2007

## IMPRESSUM

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.  
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin  
Tel: (030) 259375-0  
Fax: (030) 25937529  
E-Mail: [info@dgvn.de](mailto:info@dgvn.de)  
Web: [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)

Redaktion: Dr. Alfredo Märker, Daniel Maier  
Berlin, 2007  
ISSN1614-547X

Schutzgebühr 2,50 €

# Inhalt

Vorwort .....	5
---------------	---

## **I. Die politische Dimension des Peacebuilding: Frieden braucht Stabilität**

Die Arbeit von UNMIL in den Bereichen Political Affairs, Reform des Sicherheitssektors, Menschenrechte und die Bedeutung der Wahrheitskommission

<b>Liberia: Peacebuilding im fragilen Staat</b> (Ekkehard Griep) .....	8
<b>Wissen, worum es geht: Die politische Planungseinheit von UNMIL</b> (Nadine Kryzostan) .....	11
<b>Die Bedeutung der Polizei für die Reform des Sicherheitssektors</b> (Maximilian Meindl) .....	13
<b>Eindrücke einer Fahrt durch Monrovia mit Besuch der indischen Polizeieinheit, einer Polizeistation in Jacob`s Town und der Polizeiakademie</b> (Maximilian Meindl) .....	16
<b>Faktor 64 – Robust für den Frieden</b> (Ekkehard Griep) .....	18
<b>Zur Lage der Menschenrechte in Liberia</b> (Kirsten Joppe) .....	20
<b>„Gender Mainstreaming“: Vom schwierigen Versuch, Frauen zu ihrem Recht zu verhelfen</b> (Renate Wilke-Launer) .....	23
<b>Let`s Speak the Truth: Do Justice &amp; Reconcile! Besuch bei der liberianischen Wahrheits- und Versöhnungskommission</b> (Jöran Altenberg) .....	25

## **II. Peacebuilding in der Praxis: Herausforderungen und Initiativen**

Zur Rolle des UN Country Team, Koordination im Bereich der humanitären Hilfe, über Zustände im öffentlichen Sektor, Reintegration sowie die Bedeutung natürlicher Ressourcen

<b>UN Country Management Team: Mehr als die Summe seiner Mitglieder?</b> (Daniel Maier) .....	30
<b>Zur Koordination der humanitären Hilfe in Liberia</b> (Kai Yamaguchi) .....	34
<b>Civil Affairs in Friedensmissionen. Dimensionen des Wiederaufbaus von Staats- und Gesellschaftsstrukturen</b> (Till Blume) .....	37
<b>UNOPS – Projektdienste an der Schnittstelle von humanitärer Hilfe und Entwicklung</b> (Daniel Maier) .....	39
<b>Die Deutsche Welthungerhilfe in Liberia</b> (Richard Pöschl) .....	43
<b>Versorgungssicherheit garantieren: Ein Besuch beim Ernährungsprogramm der UN</b> (Maximilian Meindl) .....	46
<b>Eine komplexe Herausforderung: Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpfern – RRR – Rehabilitation, Reintegration und Recovery</b> (Maïke Schüssler/Ursula Thiele) .....	48
<b>Die Guthrie-Kautschukplantage</b> (Maïke Schüssler/Ursula Thiele) .....	55
<b>Eindrücke vom Besuch der „Bong Mine“</b> (Frederic Schneider) .....	61

### III. Dimensionen regionaler und internationaler Kooperation

Regionale Akteure, die Rolle Deutschlands und der EU sowie die Bedeutung der USA

<b>„China ist unser Freund“ – Eine Begegnung mit dem Außenminister von Liberia</b> (Ekkehard Griep) .....	68
<b>Regional Player ECOWAS und die regionale Dimension des Wiederaufbaus</b> (Valentin Wasilew) .....	70
<b>Die deutsche Botschaft als Gastgeber unter Palmen – Im Gespräch mit der Europäischen Kommission</b> (Maximilian Meindl) .....	73
<b>„Managing Expectations“: Im Gespräch mit der amerikanischen Botschaft in Liberia</b> (Thorsten Benner) .....	75

### IV. Die besondere Bedeutung von Bildung und Zivilgesellschaft

Beobachtungen zu (Aus-)Bildungsmöglichkeiten und die Rolle der Presse

<b>Vom Wert der Schulbildung: Besuch in der Cathedral Catholic School, Monrovia</b> (Wolfram Schrag) .....	78
<b>Pressefreiheit in Liberia: Ein Besuch bei der Journalistenvereinigung Press Union of Liberia</b> (Ute Klissenbauer) .....	81

#### Anhang:

<b>Landkarte</b> .....	86
<b>Programm der Studienreise</b> .....	87
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	88
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	90

## Vorwort

Was leisten die Vereinten Nationen in Krisengebieten vor Ort? Wo liegen Chancen, wo Herausforderungen für das internationale Engagement in Post-Konflikt-Staaten? Welche Akteure spielen dabei eine maßgebliche Rolle? Und schließlich: Wie lässt sich der Erfolg oder Misserfolg des sog. „peacebuilding“, von Maßnahmen des staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbaus, konkret erfassen? Um diesen und vielen anderen Fragen nachzuspüren, haben 21 DGVN-Mitglieder vom 25. März bis zum 1. April 2007 im Rahmen einer Studienreise den westafrikanischen Staat Liberia besucht.

Warum Liberia? Liberia bietet gegenwärtig wie kaum ein anderes Land hervorragende Anschauungsmöglichkeiten für Maßnahmen des langfristigen internationalen Krisenmanagements und der Konflikt-nachsorge: So operiert hier eine der weltweit größten UN-Friedensmissionen, die zudem in mancherlei Hinsicht als konzeptionell beispielhaft für modernes „UN peacekeeping“ gelten kann. In Liberia erbringen in- und ausländische Akteure in der Friedenskonsolidierung und Entwicklungsarbeit beachtliche Anstrengungen. Mit der westafrikanischen Staatenorganisation ECOWAS ist bereits seit etlichen Jahren ein regionaler Akteur in Liberia engagiert. Nach jahrelangen politischen, wirtschaftlichen und humanitären Belastungen durch Bürgerkrieg und regionale Konflikte entstehen seit 2003 allmählich neue, zunehmend funktionsfähige Strukturen in Staat und Gesellschaft. Dass sich dabei neben politischen und ökonomischen auch besondere soziale Herausforderungen stellen, zeigt beispielsweise die Problematik der Reintegration ehemaliger Kindersoldaten. Schließlich unternimmt man behutsame, mutige Schritte zur strafrechtlichen Aufarbeitung massiver Menschenrechtsverletzungen aus der jüngeren Vergangenheit. Und: Seit Anfang 2006 regiert in Liberia die erste demokratisch gewählte Staatspräsidentin Afrikas – eine Tatsache, die zuweilen als Symbol für den Wandel beschrieben wird.

Die Reaktionen aus Liberia auf das Projekt einer DGVN-Studienreise waren von Beginn an überaus positiv, und dies hat sich später auch vor Ort bestätigt. Die *United Nations Mission in Liberia* (UNMIL) empfing uns als jederzeit offener, entgegenkommender Gastgeber; eine Vielzahl von Begegnungen, Gesprächen und Einweisungen in das vielfältige Aufgabenspektrum der Mission belegen dies eindrücklich. Wir hatten aber auch Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit Vertretern weiterer Feldmissionen der Vereinten Nationen in Liberia (z. B. UNDP, UNHCR, WFP), und es bestand die Möglichkeit zum Gespräch mit Vertretern der noch jungen staatlichen Institutionen Liberias. Die Studiengruppe konnte sich über Entwicklungsprojekte staatlicher und nicht-staatlicher Träger informieren und traf mit dem deutschen Geschäftsträger in Liberia, dem Beauftragten der Europäischen Kommission und vielen weiteren Gesprächspartnern zusammen.

Auch die Reaktion aus der DGVN-Mitgliedschaft auf das Vorhaben der Studienreise war sehr erfreulich. Zwar hatte die DGVN auf der Ebene ihrer Landesverbände in den vergangenen Jahrzehnten bereits vielfach Studienreisen mit Erfolg angeboten und durchgeführt, auf Bundesebene jedoch war ein solches Angebot ein Novum. Letztlich hat die überwältigend positive Resonanz aus dem Kreis der DGVN-Mitglieder den Ausschlag dafür gegeben, die Studienreise durchzuführen. Vielleicht könnte dies beispielgebend für ähnliche Projekte in der Zukunft sein.

Mit der vorliegenden Dokumentation hoffen wir, nicht nur die Mitglieder der DGVN, sondern auch darüber hinaus am Thema Interessierte an der Entwicklung in Liberia teilhaben zu lassen. Dabei besteht unser Anspruch nicht darin, eine umfassende Analyse der historischen Zusammenhänge zu leisten. Vielmehr richten wir den Blick auf ausgewählte Aspekte der aktuellen Situation, analysieren Rahmenbedingungen und Herausforderungen. Jede und jeder von uns hat das Erlebte auf eigene, subjektive Weise niedergeschrieben, teils sehr persönliche Beobachtungen und Wertungen dargelegt. In der Gesamtschau entsteht so ein vielschichtiges und, so hoffen die Autoren, auch ein anregendes Bild von einem Land voller Herausforderungen, das zu oft übersehen wird. In der Tat könnte Liberia, wenn die gegenwärtige Entwicklung anhält, zu einer Erfolgsgeschichte für die UN-Friedenssicherung und damit für das Krisen- und Entwicklungsmanagement der Vereinten Nationen insgesamt werden.

Wir Teilnehmer blicken auf eine Studienreise zurück, an die wir uns gewiss noch lange und gern erinnern werden.

Unser Dank gilt all jenen, ohne deren engagierte Unterstützung die Reise nicht zustande gekommen wäre. Dies gilt für die Mitarbeiter von UNMIL, die uns vor Ort empfangen und bei der Gestaltung des Programms ebenso behilflich zur Seite standen wie der deutsche Botschafter in Monrovia, Thomas Freudenhammer, und der deutsche Chargé d'affaires, David Schwake. Wir bedanken uns beim Honorarkonsul für Liberia in Berlin und Brandenburg, Joachim Meier, für unbürokratische Unterstützung im Vorfeld der Studienreise sowie bei Bernd Leber und Matthias Dornfeldt, die uns als ausgewiesene Liberia-Kenner im Rahmen des Vorbereitungsseminars Rede und Antwort standen.

Schließlich geht ein besonderer Dank an Dr. Alfredo Märker und Daniel Maier, die sich mit außergewöhnlichem persönlichen Engagement der Konzeptionalisierung und Fertigstellung dieses Heftes gewidmet haben.

**Ekkehard Griep**  
Leiter der Studienreise



# **I. Die politische Dimension des Peacebuilding: Frieden braucht Stabilität**

*Die Arbeit von UNMIL in den Bereichen Political Affairs,  
Reform des Sicherheitssektors, Menschenrechte und die Bedeutung  
der Wahrheitskommission*

# Liberia: Peacebuilding im fragilen Staat<sup>1</sup>

Ekkehard Griep

Am 30. März 2007 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) durch seine Resolution 1750 (2007) das Mandat der seit etwa dreieinhalb Jahren bestehenden UNMIL-Friedensmission in Liberia um weitere sechs Monate – d. h. bis zum 30. September 2007 – verlängert. Auch wenn der UN-Generalsekretär eine Verlängerung um ein ganzes Jahr empfohlen hatte, sendet der Rat durch diesen Beschluss ein wichtiges politisches Signal aus: Die internationale Gemeinschaft bleibt zunächst weiterhin in Liberia engagiert, und dies mit einer überzeugenden Präsenz: UNMIL, mit ca. 15.200 Soldaten und Polizisten aus 64 UN-Mitgliedsstaaten sowie weiteren ca. 1.700 zivilen Mitarbeitern die zweitgrößte aller gegenwärtig 15 UN-Friedensmissionen, finanziert durch ein Jahresbudget von ca. US\$ 715.000, wird weiterhin dringend erforderliche Aufgaben zur Abstützung des Friedensprozesses wahrnehmen. Mit anderen Worten: Erste erkennbare Anzeichen einer politischen Stabilisierung im Lande führen nicht zwangsläufig zur Reduzierung der UN-Mission oder des internationalen Engagements insgesamt.

Die ganz persönliche Mission des Alan Doss, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs und Leiter der UN-Mission in Liberia, war erfolgreich. Erst vor ein paar Stunden von der Sitzung des Sicherheitsrates aus New York zurückgekehrt, ist das Gespräch mit der DGVN-Studiengruppe im UNMIL-Hauptquartier der erste offizielle Termin für Doss in Monrovia. Doss selbst ist ein Gewinn für die Vereinten Nationen: Erfahren in der westafrikanischen Krisenregion aufgrund vorheriger Tätigkeiten bei UN-Missionen in *Côte d'Ivoire* und Guinea, weiß er, wovon er spricht, wenn er über regionale Herausforderungen, grenzüberschreitende Probleme und mögliche Lösungsansätze redet. Nüchtern, aber bestimmt tritt er auf. UNMIL sei in dem fragilen Staat Liberia von Beginn an ein Faktor der Stabilität gewesen. Glasklar seine Position: UN-Truppen in ausreichender Anzahl mit einem robusten Mandat seien „absolutely vital“, nicht verhandelbar. Der Sicherheitsrat habe durch seine starke und kontinuierliche politische Unterstützung wesentlich dazu beigetragen, dass Liberia, einst das Epizentrum westafrikanischer Konflikte, nunmehr zu einem „Pfeiler der Stabilität“ in der Region werden könne. Solange Fortschritte erkennbar seien, müsse dieser Kurs fortgesetzt werden.

**-- „Liberia ist not a failed state but a fragile state.“ --**  
(Alan Doss, SRSB)

Fortschritte? Im Herbst 2003 war die Bilanz in Liberia nach 14 Jahren Konflikt und Bürgerkrieg desaströs: eine massiv zerstörte Infrastruktur, immense Armut, mehrfach traumatisierte Menschen. Verglichen mit den ökonomischen Kennzahlen von 1980 hat das Land 90% seines Nationaleinkommens verloren. Das bedeutet, so rechnet Doss vor, dass Liberia bei einer angenommenen Wachstumsrate seines Bruttosozialprodukts von jährlich 10% erst in 25 Jahren wieder den Stand von 1980 erreichen werde. Keine allzu rosigen Aussichten. Und doch hat Doss Recht: Nach bisher dreieinhalb Jahren UNMIL-Präsenz sind Fortschritte erkennbar, wenn auch oft nur auf den zweiten Blick. Noch am ehesten greifbar ist die verbesserte Sicherheitslage: Die Menschen trauen sich auf die Straße, ohne gewaltsame Übergriffe fürchten zu müssen. Innenpolitisch brisante Krisen führen nicht mehr zu blutigen Eskalationen zwischen verfeindeten Milizen. Das UNMIL-Konzept, die Hauptstadt Monrovia von Beginn an mit einem Netz von Kontrollpunkten zu überziehen, verhindert das Eindringen möglicherweise noch vorhandener Kämpfer aus dem Hinterland. Sicherheit wird für die Menschen erlebbar, so dass allmählich Vertrauen in die öffentliche Ordnung entstehen kann.

Während für UNMIL die Schaffung von Sicherheit und Stabilität zunächst eindeutig die vorrangige Aufgabe war, haben sich die Prioritäten mittlerweile verschoben. Seit etwa einem Jahr, d. h. seit Frühjahr 2006, betreibt man „peacekeeping“ und „peacebuilding“ gleichzeitig, nebeneinander, parallel, miteinander verzahnt, in Abhängigkeit voneinander. In Liberia wird praktisch erlebbar, dass sich

<sup>1</sup> Treffen und Gespräch mit Alan Doss, SRSB, 29.3.2007.

Sicherheit und Entwicklung gegenseitig bedingen. In der Tat beinhaltet das robuste UNMIL-Mandat von Beginn an starke Anteile des „post-conflict peacebuilding“, Elemente für den langfristig ausgerichteten Wiederaufbau. Doch offenbar war es unrealistisch, in der direkten Nachkriegsphase andere Schwerpunkte zu setzen als die Verbesserung der unmittelbaren Sicherheitslage. Es reift die Erkenntnis, dass in jeder Phase eines anspruchsvollen Transformationsprozesses die realen Bedingungen vor Ort maßgeblich sind für die jeweiligen Schwerpunkte der internationalen Unterstützung. In der Zukunft aber muss tragfähige Sicherheit in Liberia auf einem breiten Fundament stehen, das politische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische und gesellschaftliche Elemente zusammenfügt, um nur die wichtigsten zu nennen. In den Worten von Doss: „Security is more than uniforms.“ Beispielhaft sind hier zu nennen: Die Achtung der Menschenrechte; eine überzeugende, von Korruption freie Rechtsstaatlichkeit; die Verringerung der Armut in einem Land, in dem mehr als 80% der Menschen von höchstens einem US-Dollar pro Tag leben. Die konzeptionelle Folgerung für internationale Unterstützungsmaßnahmen ist denn auch unmittelbar nachvollziehbar: Internationales Engagement muss multidimensional erfolgen, so wie im UNMIL-Mandat reflektiert. Darüber hinaus kommt die Nachhaltigkeits-Komponente zum Ausdruck in den Aktivitäten des *UN Country Team*, das etliche UN-Organisationen (u. a. UNDP, UNHCR, WFP und UNICEF) zusammenführt; diese engagierten UN-Mitarbeiter waren bereits vor UNMIL im Land, und sie werden auch nach dem Abzug von UNMIL weiter hier tätig sein. Jetzt sind sie wichtiger Kooperationspartner auch für die UN-Mission. Der schwierige Balanceakt für die internationalen Unterstützer besteht darin, einerseits dringend erforderliche Hilfe zu leisten, andererseits keine Abhängigkeiten zu schaffen, d. h. Liberia nicht dauerhaft an den Tropf der internationalen Gemeinschaft zu hängen. Der Herausbildung einer „Kultur der Abhängigkeit“, die die Übernahme von Eigenverantwortung durch die Liberianer selbst verhinderte, ist vorzubeugen. Stattdessen, so die politische Philosophie der internationalen Gemeinschaft, soll „Liberian ownership“ die Voraussetzungen für einen späteren Abzug der UN-Mission bereiten.

**-- „Peacekeeping and peacebuilding at the same time.“ --**  
(Alan Doss, SRSB)

Doch so weit ist man noch nicht. Der Sicherheitsrat deutet zwar in seiner jüngsten Resolution künftige UNMIL-Reduzierungen an und fordert den Generalsekretär auf, entsprechende Planungen bereits zur nächsten Mandatsdebatte im Sommer 2007 vorzulegen. Gleichwohl lässt sich SRSB Doss, der hier vor Ort die entscheidende Expertise für den Bericht des Generalsekretärs liefert, nicht drängen, scheint es nicht eilig zu haben mit Verkleinerungen der Friedensmission. Und wenn, dann werde dies ein Prozess sein, der durch klar definierte Kriterien („benchmarks“) definiert werde – messbare Erfolge z. B. im Sicherheitssektor oder im Justizbereich, die erfüllt sein müssten, bevor man die nächste Stufe der Reduzierung beginne.<sup>2</sup> Das Beispiel der UN-Mission UNAMSIL im Nachbarstaat Sierra Leone steht im Raum, wo man exakt diesen Weg gegangen ist. Heute, wenige Wochen vor wichtigen Wahlen in Sierra Leone, deren möglicher Ausgang die Fortsetzung des bisherigen Aufbaukurses offenbar keineswegs gesichert erscheinen lässt, ist auch in Liberia latente Besorgnis spürbar, ob der Rückzug in Sierra Leone nicht doch zu früh kam. Gedanklich ist nun auch die Analogie zu Ost-Timor nicht mehr fern: Ein Rückfall in überwunden geglaubte innere Konflikte nach dem relativ raschen Rückzug der dortigen UN-Mission. Nein, derartige Szenarien lässt Doss für Liberia nicht gelten. Man werde die UN-Präsenz zu gegebener Zeit auf ein bestimmtes Niveau absenken, dann abwarten, in aller Ruhe die Entwicklung beobachten und dann jeweils entscheiden, ob weitere Reduzierungsschritte opportun seien oder nicht. Man wünscht diesem besonnenen SRSB, dass der Sicherheitsrat seinem klugen Rat folgte.

Als einen wesentlichen, gemeinsam mit den Liberianern erreichten Erfolg wertet Doss die innenpolitische Entwicklung der vergangenen Jahre. In einem zunehmend stabileren Sicherheitsumfeld konnte ein politischer Prozess in Gang gesetzt werden, der über Parlamentswahlen und zwei Wahlgänge zur Bestimmung des Staatsoberhauptes die Etablierung demokratisch legitimer Institutionen ermöglicht hat. Ellen Johnson-Sirleaf ist heute die erste aus demokratischen Wahlen hervorgegan-

<sup>2</sup> Vgl. z. B. die Auflistung denkbarer Kriterien im 12. UNMIL-Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs: S/2006/743 vom 12. September 2006, Annex I.



Ekkehard Griep bedankt sich bei Alan Doss im Namen der Gruppe für interessante Einblicke in die Arbeit von UNMIL.

Foto: F. Schneider

gene Staatspräsidentin Afrikas. Als sie, die ausgiebige eigene berufliche Erfahrung aus dem UN-System (insbesondere aus Tätigkeiten bei UNDP und bei der Weltbank) in ihre jetzige Aufgabe mitbringt, im Januar 2006 die Amtsgeschäfte von Übergangspräsident Bryant übernahm, war dies für das souveräne Liberia – und vielleicht auch darüber hinaus für Afrika insgesamt – ein Signal des Aufbruchs. Heute, so Doss, sei die für sechs Jahre Amtszeit gewählte Präsidentin einer der stärksten Aktivposten überhaupt im Wiederaufbauprozess, von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für den Weg Liberias in eine bessere Zukunft. Die Menschen im Land identifizieren sich zu einem großen Teil mit ihrer Präsidentin, verschaffen ihr den notwendigen politischen Rückhalt. Die hochgesteckten Erwartungen sowohl in Liberia wie auch seitens der internationalen Gemeinschaft sind dabei gewiss nicht nur eine Erleichterung. Und doch scheint „Ma Ellen“ eher beflügelt vom eigenen Erfolg. Mutig und energisch entfernt die Präsidentin korrupte

Mitarbeiter aus staatlichen Ministerien und engagiert sich zugleich für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards auf den Kautschukplantagen im Landesinneren. Mit hoher persönlicher Glaubwürdigkeit kann sie so auf internationaler Bühne für ihr Land werben. Erst vor wenigen Wochen wurden Schuldenerlasse durch die USA und Deutschland erreicht – bei angehäuften Auslandsschulden von mehr als US\$ 3 Mrd. verschaffen solche Erfolge neue Luft zum Atmen – und sind zugleich ein Wechsel auf die Zukunft. Vertrauensvorschüsse, die in den kommenden Jahren gerechtfertigt werden müssen. Die Präsidentin lebt jedenfalls vor, dass Führungspersönlichkeiten des öffentlichen Lebens durch Verantwortungsbewusstsein und Zielstrebigkeit etwas bewirken können auf dem Weg in eine bessere Zukunft. Doss versichert, dass in Anbetracht der immensen Aufgaben die Offenheit der Regierung für Ratschläge äußerst hilfreich sei: Beispielhaft für den Aufbau neuer staatlicher Kapazitäten nennt der SRSG die Schaffung eines von Korruption freien Justizsystems – ein Kernproblem, das durch eine in Liberia tradierte Geschichte der Straflosigkeit noch verschärft worden ist. Für den neuen Staat sei es wichtig, einen neuen, leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu schaffen – hier ist kein einfacher und vor allem kein schneller Prozess zu erwarten.

**-- „Our best asset is Ellen Johnson-Sirleaf.“ --**

*(Alan Doss, SRSG)*

Indes könnten für die Überwindung der gegenwärtigen Defizite sogar frische Perspektiven entstehen, wenn in großem Stil Liberianer auch aus der Diaspora zurückkämen, gibt Doss zu bedenken. UNDP werde solche Programme auflegen. Die Botschaft dieses Tages ist klar: Vieles ist zu tun in Liberia, und viele können ihren Beitrag leisten. Doss vermittelt ein Gefühl von Aufbruchstimmung, nimmt sich – und damit die gesamte UN-Mission – im gleichen Augenblick aber auch in die Pflicht. Jetzt sei nicht die Zeit für Genügsamkeit. Weiter anpacken heiße das Gebot der Stunde, und UNMIL sei dafür gut aufgestellt. Vergessen werden sollte dabei aber nicht: Der Zweck des internationalen Engagements besteht im Wesentlichen darin, die Liberianer auf ihrem eigenen Weg zu unterstützen. Doss formuliert es prägnant: Liberia wird so sein, wie es die Liberianer wollen. Trotz vieler Herausforderungen lässt sich dabei erkennen: Ein gefestigtes, stabiles Liberia, in dem die Menschenrechte respektiert und Konflikte friedlich einer Lösung zugeführt werden, ein solches Liberia muss keine Utopie bleiben.

# Wissen, worum es geht: Die politische Planungseinheit von UNMIL<sup>3</sup>

Nadine Krysostan

Für den Nigerianer Ademola Araoye, der uns im UNMIL-Hauptquartier in seiner Funktion als stellvertretender Leiter die Aufgaben der Political, Policy & Planning Section (politische Planungseinheit) vorstellt, ist es nicht die erste UN-Mission in einem ehemaligen Bürgerkriegsland. Wie viele seiner UNMIL-Kollegen bringt der Doktor der Politikwissenschaften Erfahrung mit UN-Einsätzen in Krisengebieten mit. So war Dr. Araoye zuvor u. a. im UN Peace Building Support Office in Guinea-Bissau tätig.

Die politische Planungseinheit ist hauptsächlich für die politische Ausrichtung der Mission zuständig, beobachtet und analysiert aber auch die politischen Entwicklungen in Liberia. Dies umfasst Liberias zukünftige politische Landschaft, Entwicklungen innerhalb der politischen Parteien, Regierungsfragen, die Entwicklung politischer Splittergruppen sowie die wirtschaftliche Entwicklung Liberias. Nach innen gerichtet unterstützt die Einheit vor allem den Sondergesandten des Generalsekretärs (SRSG) sowie dessen Stellvertreter bei politischen Entscheidungen und in deren Aufgabe, den regulären Berichtspflichten gegenüber dem UN-Hauptquartier in New York nachzukommen. Dies geschieht in enger Koordinierung und Abstimmung mit anderen Komponenten und Sektionen der Mission.



UNMIL-Gebäude und -Parkplatz in Monrovia.

Foto: M. Meindl

Des Weiteren erstellt die Einheit Szenarien hinsichtlich der Entwicklung des Friedensprozesses in Liberia unter Berücksichtigung relevanter Faktoren und verfasst vorausschauende Studien sowie Berichte für die UNMIL-Führung unter Einbeziehung von Informationen des UN-Country-Teams, der liberianischen Regierung, diplomatischer Vertretungen, der internationalen Gebergemeinschaft, Liberias Zivilgesellschaft und anderer internationaler Organisationen. Durch die Formulierung von Kurz-, Mittel- und Langzeitplänen, basierend auf diesen Informationen, berät die politische Planungseinheit die UNMIL-Führung hinsichtlich der (politischen) Ausrichtung der Mission. Sie überwacht zudem die Umsetzung des Friedensprozesses und überprüft die Entscheidungen der für die Einhaltung des Friedensprozesses verantwortlichen Gremien, wie z. B. ECOWAS oder die Internationale Kontaktgruppe für Liberia (ICGL).<sup>4</sup>

Des Weiteren erstellt die Einheit Szenarien hinsichtlich der Entwicklung des Friedensprozesses in Liberia unter Berücksichtigung relevanter Faktoren und verfasst vorausschauende Studien sowie Berichte für die UNMIL-Führung unter Einbeziehung von Informationen des UN-Country-Teams, der liberianischen Regierung, diplomatischer Vertretungen, der internationalen Gebergemeinschaft, Liberias Zivilgesellschaft und anderer internationaler Organisationen. Durch die Formulierung von Kurz-, Mittel- und Langzeitplänen, basierend auf diesen Informationen, berät die politische Planungseinheit die UNMIL-Führung hinsichtlich der (politischen) Ausrichtung der Mission. Sie überwacht zudem die Umsetzung des Friedensprozesses und überprüft die Entscheidungen der für die Einhaltung des Friedensprozesses verantwortlichen Gremien, wie z. B. ECOWAS oder die Internationale Kontaktgruppe für Liberia (ICGL).<sup>4</sup>

## Verstehen, worum es geht

Während seiner Präsentation erläuterte Dr. Araoye die Voraussetzungen für die Einsetzung von UNMIL, informierte über die Fortschritte der Mission seit ihrem Bestehen und erklärte die Tätigkeit und Aufgaben der politischen Planungseinheit. Er betonte, dass die Wahrung von Sicherheit und die fortgesetzte Friedenssicherung zwei wichtige Aufgaben von UNMIL seien, gab aber auch zu bedenken, dass dies allein für den nachhaltigen Erfolg der Mission nicht ausreiche. Vielmehr müsse man für die-

<sup>3</sup> Treffen und Gespräch mit Ademola Araoye, UNMIL, stellv. Leiter, Political, Policy & Planning Section, UNMIL, 26.3.2007.

<sup>4</sup> Zu den Mitgliedern der Kontaktgruppe zählen neben der ECOWAS auch die UNO, die African Union (AU), die EU, Frankreich, Großbritannien, die USA, Ghana, Marokko, Nigeria und Senegal.

sen die politischen Prozesse im Land kennen, verstehen und in der Lage sein, zukünftige politische Entwicklungen in Liberia vorauszusagen. Damit die richtigen politischen Empfehlungen für die künftige Ausrichtung der Mission abgegeben und die zukünftige politische Richtung des Landes eingeschätzt werden kann, sei das Lesen und Analysieren politischer Fakten eine der Hauptaufgaben seiner Einheit. Um diese Aufgabe wirkungsvoll erfüllen zu können, verwies Araoye auf die Wichtigkeit der engen Zusammenarbeit mit der liberianischen Regierung. Nur so könnten die politischen Entscheidungsprozesse besser nachvollzogen und entsprechende Empfehlungen für politisches Handeln abgegeben werden.

## **Liberias Parteienlandschaft und politisches System**

Bis zur Einsetzung der neuen Regierung im Januar 2006 bestand Liberias Übergangsregierung seit 2003 aus Vertretern der drei Konfliktparteien NPFL (*National Patriotic Front of Liberia*), LURD (*Liberians United for Reconciliation and Democracy*) und MODEL (*Movement for Democracy in Liberia*). Heute setzt sich Liberias Legislative aus Repräsentantenhaus und Senat mit 30 Sitzen zusammen. Im Repräsentantenhaus mit insgesamt 64 Sitzen, die auf 11 Parteien und Koalitionen entfallen, ist der *Congress for Democratic Change* von George Weah, Ellen Johnson-Sirleafs Herausforderer während der Präsidentschaftswahl, mit 15 Sitzen als stärkste Fraktion vertreten. Johnson-Sirleafs *Unity Party* rangiert mit 8 Sitzen im Repräsentantenhaus hinter der *Liberty Party* von Charles Brumskin. Dies zwingt Johnson-Sirleafs Partei nicht nur, sich stetig um Bündnisse und Kompromisse zu bemühen. Die Tatsache, dass in beiden Häusern ehemalige Militärs wie Adolphus Dolo, einst gefürchteter General in Charles Taylors despotischem Regime, Prince Yormi Johnson, der für den brutalen Mord an Liberias ehemaligem Präsidenten Samuel Doe oder die ehemalige First Lady Liberias zu finden sind, macht das Regieren für Präsidentin Johnson-Sirleaf nicht einfacher.

Dieser Umstand wurde während der anschließenden Diskussion aufgegriffen, wobei Dr. Araoyes Einschätzung der politischen Zukunft Liberias von Interesse war. Die Tatsache, dass ehemalige Kriegsfürsten einen nicht zu unterschätzenden Teil in Liberias gewählter Legislative stellen, sei, laut Araoye, „sehr ärgerlich“, aber, „ein Umstand mit dem die Regierung lernen müsse umzugehen“. Hier stelle sich das Dilemma, diese entweder in die Entscheidungsprozesse mit einzubinden oder zu riskieren, dass sie die Anstrengungen der jetzigen Regierung unterminieren. Man bewege sich hier auf einem sehr schmalen Grat, der mit Vorsicht zu genießen aber nicht zu umgehen sei, so Araoye.

Auf die Frage nach dem Bestehen einer Zivilgesellschaft in Liberia entgegnete Araoye, dass diese zwar aktiv und entwickelt, jedoch unstrukturiert sei. Es existierten Kirchen, Frauenorganisationen, sogar ein Liberianischer Rat der Muslime und Imams. Allerdings arbeiteten diese Organisationen und Zusammenschlüsse eher für sich selbst, als dass sie sich in einem größeren Verband, der mehr Einfluss und Möglichkeiten hätte, organisieren würden.

Insgesamt gab Dr. Araoyes Vortrag einen guten Überblick über die Arbeiten der politischen Planungseinheit, der nicht nur innerhalb der Mission eine wichtige Koordinierungsfunktion zukommt. Auch durch die Darstellung der aktuellen politischen Lage in Liberia und der Beobachtung politischer Trends leistet die Einheit wertvolle Arbeit für UNMIL. Dennoch gilt es, auch in politischer Hinsicht die Worte des UNMIL SRSG zu bedenken: „At the end of the day, Liberia will be what Liberians want it to be!“

## **Weiterführende Links**

Informationen zu UNMILs politischer Planungseinheit finden sich auf der UNMIL-Seite im Internet unter:  
<http://unmil.org/content.asp?ccat=political>

Eine gute Übersicht über die politischen Parteien Liberias und deren Vertretung im Repräsentantenhaus sowie die Zusammensetzung des Senats finden sich unter:

[http://en.wikipedia.org/wiki/List\\_of\\_political\\_parties\\_in\\_Liberia](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_political_parties_in_Liberia)

# Die Bedeutung der Polizei für die Reform des Sicherheitssektors<sup>5</sup>

Maximilian Meindl

Die UN-CIVPOL in Liberia besteht derzeit aus 1201 Polizisten, darunter 574 Berater, 17 Justizvollzugsbeamten, 6 Immigrationsbeamten sowie 604 Angehörigen von Polizeiverbänden (sog. Formed Police Units). 194 der Beamten sind Frauen. Bemerkenswert ist, dass in Liberia der erste nur aus Frauen bestehende Polizeiverband in einem UN-Einsatz eingesetzt wird. Als erstes Kontingent trafen jordanische Polizisten im November 2003 ein, vollständig vor Ort war die CIVPOL im September 2004. Die Zusammenarbeit innerhalb der CIVPOL, so ist zu erfahren, orientiere sich an gemeinsamen Werten wie Integrität, Ehrlichkeit und Mut, und die regionale Ausgewogenheit diene der Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe. Um eine ähnliche Perspektive auf die Aufgaben im Land zu erlangen, erhielten neue Mitglieder des Teams bei ihrer Ankunft einen Einführungskurs.

Hauptaufgabe der CIVPOL in Liberia ist der komplette Neuaufbau der liberianischen Polizei (Liberian National Police, LNP), da alte Strukturen aufgelöst sind und Personal weitgehend entlassen worden war. Von den ehemals ca. 5000 Beamten wurden nach einem intensiven Überprüfen der



Die zerstörte Mesurado-Bridge in Monrovia: Symbolik einer ungewissen Zukunft.

Foto: F. Schneider

Lebensläufe lediglich 800 für Re-Training und anschließende Wiederaufnahme in die LNP ausgewählt. Schwierigkeiten bereitete bereits die Feststellung, ob jemand bereits vor 2003 Polizist gewesen war: Da viele einfach „von der Straße“ rekrutiert worden waren, hatte ein großer Teil nie eine Ausbildung erhalten. Heute wird der Hintergrund aller neuen Rekruten intensiv überprüft: Ihre Namen werden in Zeitungen veröffentlicht und die Bevölkerung in den Heimatgemeinden der Rekruten wird befragt. Sollten dabei mehrere Quellen übereinstimmend berichten, dass die betroffene Person in Kriegsverbrechen oder Ähnliches verwickelt war, ist eine Aufnahme in die LNP ausgeschlossen. Weitere Bedingungen sind die liberianische Staatsbürgerschaft und ein Highschool-Abschluss. Des Weiteren müssen die Rekruten zwischen 18 und 55 Jahre alt sein. Die neuen Rekruten werden zunächst für 9 Wochen an der Polizeiakademie ausgebildet, danach folgen 16 Wochen Ausbildung „im Feld.“ Anschließend besuchen sie noch einmal für 4 Wochen die Polizeiakademie. Für die Ausbildung ist die LNP selbst verantwortlich, die UN-Polizisten fungieren als Mentoren. Langfristig ist geplant, Polizisten in 12 bis 18 Monaten auszubilden (dies entspricht westafrikanischem Standard). Zur Ausbildung gehören auch Management-Training, Fahrausbildung und evtl. Spezial-Training für bestimmte Aufgabenbereiche wie „women and child protection.“

Ein großes Problem der liberianischen Polizei ist, dass die Beamten im Durchschnitt sehr jung sind und daher über wenig Einsatzerfahrung verfügen (dies liegt daran, dass fast alle „alten“ Polizisten entlassen worden waren). Auch soll der Anteil von Frauen in der Polizei, der derzeit sehr niedrig ist (es gibt ca. 200 weibliche LNP-Angehörige), auf 20% erhöht werden. Da während des Krieges nur sehr wenige Frauen einen Highschool-Abschluss erwerben konnten, ermöglicht ein Programm der LNP Bewerberinnen, diesen Abschluss in einem dreimonatigen „Crash-Kurs“ nachzuholen. An diesem Programm nehmen derzeit 130 Frauen teil. Auf Nachfrage, ob denn ein Highschool-Abschluss

<sup>5</sup> Treffen und Gespräch mit Mohamed Alhassan (Ghana) UNMIL, Police Commissioner (PC), 26.3.2007.

in einem Land mit einer Analphabetenquote von über 60% ein sinnvolles Aufnahmekriterium ist, wurde darauf verwiesen, dass zum Anwenden von Gesetzen diese ja auch verstanden werden müssten und hierfür durchaus eine gewisse Bildung vonnöten sei.

## **Es mangelt nicht nur an einem guten Image**

Das Image der Polizei war nach dem Bürgerkrieg sehr schlecht. UN-CIVPOL und LNP versuchen daher, durch vertrauensbildende Maßnahmen wie „Community Policing Forums“, Radioprogramme und demonstrative Offenheit gegenüber den Medien das Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen. Durch die Einführung neuer Uniformen soll ebenfalls vermittelt werden, dass ein Bruch mit der vorherigen Polizei vollzogen wurde. Schwierigkeiten bereitet die Bewaffnung der LNP, die wegen der vielen noch im Land vorhandenen Waffen unumgänglich ist, wenn die Polizei ein wirkungsvoller Ordnungsfaktor sein soll. Aufgrund der vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen war die Einfuhr von Waffen nach Liberia lange nicht möglich. Die Stadt Antwerpen tauschte vor kurzem ihre Polizeiwaffen aus und schenkte die alten der LNP – die Einfuhr der Waffen nach Liberia war im Rahmen einer Ausnahmeregelung trotz der Sanktionen möglich. Ein Mangel an Munition für die Polizeiwaffen ist allerdings noch immer festzustellen. Um Auskunft über den Verbleib der Waffen zu haben, werden diese registriert, und der Bestand vierteljährlich überprüft. Neben Waffen fehlt es der LNP jedoch auch an Fahrzeugen (die Niederlande spendeten vor kurzem 2 Mio. US-\$ für Fahrzeuge sowie für die Polizeiakademie) sowie an Infrastruktur: in weiten Teilen des Landes existieren keine Polizeistationen, so dass der Einsatz der LNP dort noch nicht möglich ist (Norwegen stellte vor kurzem Geld für den Aufbau von Polizeistationen zur Verfügung). Wenigstens, so ist zu erfahren, kann die Bevölkerung im Notfall neuerdings die Notfallnummer *Nine Eleven* wählen. Wer jedoch die verstopften Straßen von Monrovia gesehen hat, wird sich nicht nur fragen, wann im Notfall Hilfe zu erwarten ist, sondern ob überhaupt.

Der Neuaufbau der Polizei, die derzeit unter Aufsicht des Justizministeriums steht, ging zwar zügig vonstatten, doch das alte Justizsystem ist noch immer fast unverändert existent und seine Reform eine der größten Herausforderungen. In den Gefängnissen herrschen unmenschliche Haftbedingungen. Überfüllung, Korruption, und mangelhaft ausgebildetes Personal ist an der Tagesordnung. Insbesondere die Tatsache, dass ein großer Teil der Insassen noch nicht verurteilt wurde, sondern teilweise seit Monaten ohne richterliches Urteil inhaftiert ist, bereitet große Sorgen und prägt das Bild vom „jungle of justice“.

## **Korruption ist manifest und der Aufbau von Vertrauen schwierig**

Auch Korruption innerhalb der LNP selbst konnte noch nicht beseitigt werden. Da Polizisten vor 2003 lediglich 17 US-\$ monatliches Gehalt erhielten (und dies auch nur unregelmäßig) war es üblich, dass Polizisten sich anderweitig selbst versorgten. Dieses Verhalten kann nicht über Nacht beseitigt werden. Dennoch wurde versucht, durch die strenge Auswahl der übernommenen Polizisten Korruption einzugrenzen. Auch die Tatsache, dass Polizisten unter Staatsangestellten zu den „Spitzenverdienern“ zählen (ein einfacher Polizist erhält 90\$ im Monat), zielt darauf ab, Korruption vorzubeugen. Um Geberländern zu zeigen, dass ihre Gelder nicht abgezapft werden, wurde eine Datenbank eingeführt, in der das gesamte Material und dessen jeweiliger Standort bzw. Endverbleibsort aufgelistet sind. So soll verhindert werden, dass Ausrüstungsteile einfach „verschwinden“. Die LNP und die UN besitzen je eine Ausführung dieser Datenbank nach dem Motto *Vertrauen ist gut, Kontrolle besser*. Das Vertrauen der Geberländer ist umso wichtiger, da der Aufbau der Polizei stark von ausländischen Hilfgeldern abhängig ist (die EU stellte letztes Jahr 1,8 Mio. US-\$ zur Verfügung), und der Staat sich nicht in der Lage sieht, die Kosten selbst zu tragen. Dies zeigt sich ebenfalls bei der Sicherung von Grenzen oder Personenkontrollen, die nicht von der Polizei, sondern von UNMIL durchgeführt werden. UNMIL arbeitet in diesem Bereich mit den Nachbarstaaten und anderen UN-Missionen (vor allem UNOCI) zusammen.



UN-CIVPOL hat ein nicht-exekutives Mandat. Dies bedeutet, dass die UN-Polizisten lediglich als Berater fungieren dürfen, die eigentliche Autorität zum Beispiel für Verhaftungen aber bei der LNP liegt. Es bereitet Schwierigkeiten, dies der Bevölkerung zu vermitteln, da diese der CIVPOL bisher mehr Vertrauen als der LNP entgegenbrachte. Aufgabe der CIVPOL ist allerdings nicht, die LNP zu ersetzen, sondern lediglich diese neu aufzubauen. Patrouillen bestehen im Normalfall aus sechs Polizisten: zwei Angehörigen der LNP, zwei unbewaffneten UN-Polizisten und zwei bewaffneten Angehörigen der „Formed Police Units“ (FPU) der UN. Geleitet werden die Patrouillen von einem der beiden CIVPOL-Polizisten. In Fällen, in denen die LNP selbst nicht mehr in der Lage ist, eine Situation zu kontrollieren, werden erst CIVPOL-Beamte und schließlich als „last resort“ die FPUs eingesetzt, was aufgrund des UNMIL-Mandats nach Kapitel VII (UN-Charta) zwar gestattet ist, jedoch hinsichtlich des Aufbaus von liberianischen Kapazitäten einzelfallabhängig ist. Wie zu erfahren war, sind die Fälle, die das Eingreifen der FPUs erfordert hätten, zum Wohlgefallen aller Beteiligten zurückgegangen.

## **Stabilität auf den Straßen Monrovia zeichnet sich ab**

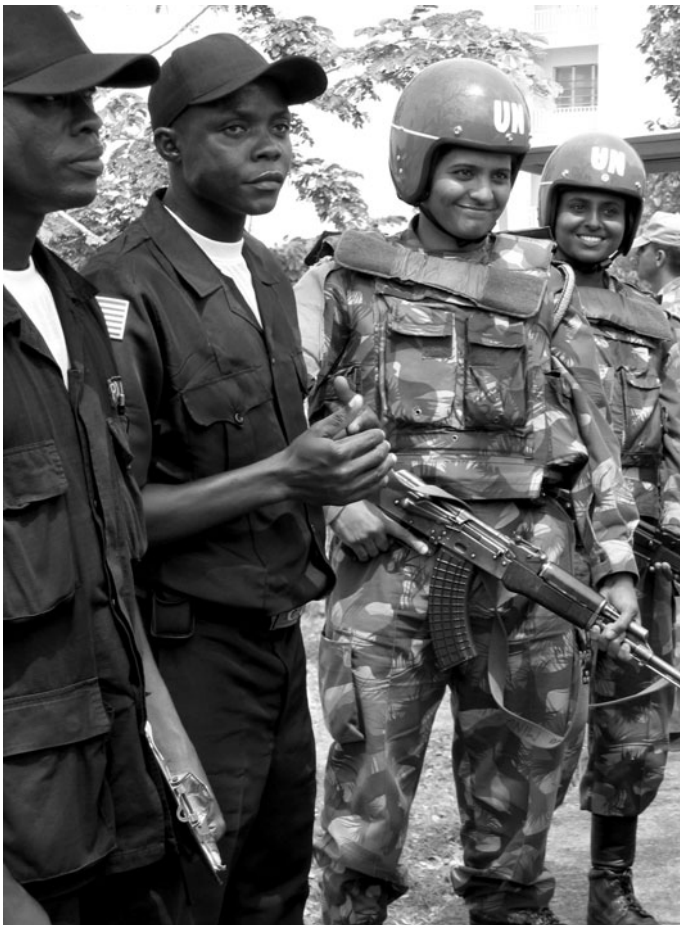
Die Sicherheitslage in Liberia ist derzeit relativ stabil. In der Vergangenheit gehörten zu den größten Herausforderungen Demonstrationen und Unruhen („Monrovia riots“ im Herbst 2004; Demonstrationen von ehemaligen Mitgliedern der Sicherheitskräfte), Streiks, Probleme während der Anfangsphase der Entwaffnung der Ex-Kombattanten sowie die Gewährleistung von Sicherheit während der Wahlen 2005. Größere Zwischenfälle gab es seit etwa zwei Jahren nicht mehr, jedoch stieg die Zahl bewaffneter Überfälle im Jahre 2006 an. CIVPOL reagierte daraufhin mit mehr Patrouillen, so dass die Zahl der Überfälle nun stagniert. Angriffe mit Schusswaffen sind relativ selten. An den Grenzen kommt es in letzter Zeit öfters zu Raubüberfällen von Guinea aus, nach denen sich die Täter schnell wieder ins Nachbarland absetzen und so der Verfolgung entgehen. Die derzeit größte Herausforderung ist die Verhinderung von Vergewaltigungen, die immer noch weit verbreitet sind („rape is endemic“). Als ein wichtiger Schritt wird die Verabschiedung eines neuen Gesetzes gesehen, das eine Grundlage für die Verfolgung von Tätern bildet und schwere Strafen vorsieht. Dennoch werden viele Fälle nicht einmal der Polizei gemeldet. Zahlreiche Plakate in Monrovia, die das Thema ansprechen, zeugen von dem Bemühen der Regierung, die Bevölkerung für diese Verbrechen zu sensibilisieren und Opfer zu ermutigen, Vergewaltigungen zu melden.

Derzeit versucht CIVPOL sich selbst „überflüssig“ zu machen, um der LNP zu ermöglichen auf eigenen Beinen zu stehen. Dennoch betonte der Police Commissioner, dass es noch viel Material, Training und Aufbau von Infrastruktur bedürfe, bevor die LNP selbstständig ihren Auftrag erledigen könne.

# Eindrücke einer Fahrt durch Monrovia mit Besuch der indischen Polizeieinheit, einer Polizeistation in Jacob`s Town und der Polizeiakademie

Maximillian Meindl

Nachdem die Studiengruppe ihre UN-Besucherausweise erhalten hat, beginnt eine Rundfahrt durch Monrovia. Wir werden von Karina Reinheimer, einer deutschen UN-Polizistin begleitet, die sich spontan bereit erklärt hat, uns während der Fahrt Land und Leute näher zu bringen. Bereits nach wenigen hundert Metern halten wir am Eingang des Außenministeriums, um die dort stationierten Angehörigen der indischen bewaffneten Polizeieinheit sowie deren Kommandeurin zu treffen. Bei dieser

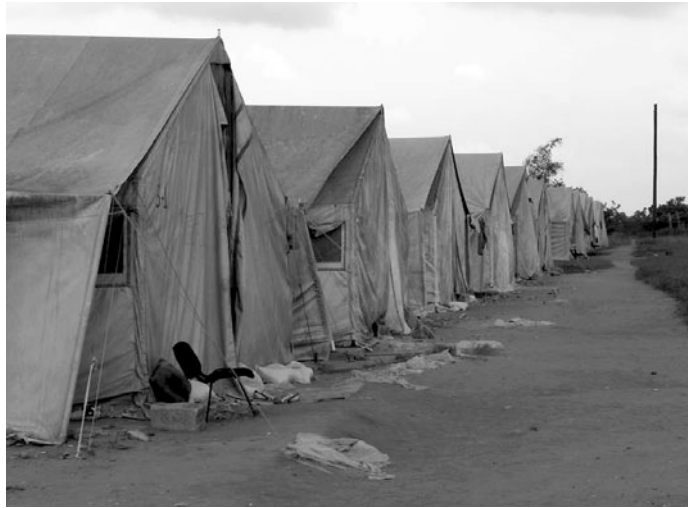


Indien stellt in Liberia die erste nur aus Frauen bestehende Polizeieinheit in der Geschichte der UN. **Foto: D. Maier**

Einheit handelt es sich um die erste allein aus Frauen bestehende Polizeieinheit in einem UN-Einsatz (ca. 20 Männer gehören der Einheit ebenfalls an und sind für Logistik und Fahrzeuge verantwortlich). Die indischen Polizistinnen haben sich alle für den Einsatz freiwillig gemeldet und wurden für den UN-Einsatz in einer eigenen Einheit zusammengefasst. Diese wird von der UN sehr „öffentlichkeitswirksam“ eingesetzt, um auch liberianische Frauen dazu zu ermutigen, sich der LNP anzuschließen. Am Tag unseres Besuchs wirken die Polizistinnen recht martialisch, da sie Helm und Schutzweste angelegt haben sowie ihr Gewehr vor sich halten. Während der Woche passieren wir noch einige weitere Male diese Position der Inderinnen, wobei diese mal den Helm gegen eine Kappe ausgetauscht, die Schutzweste abgelegt sowie das Gewehr locker geschultert haben. Nach dem Gespräch mit der Kommandeurin der indischen Einheit wird uns eine typische CIVPOL/LNP-Patrouille gezeigt, die aus zwei unbewaffneten CIVPOL-Polizisten (den Ausbildern), zwei Angehörigen der LNP (den Lernenden) sowie zwei Angehörigen einer FPU (der Eingreifreserve) besteht. Die beiden liberianischen Polizisten (LNP) sind beide noch sehr jung und nicht sehr gesprächig.

Über Tucker-Bridge und Somalia-Drive geht die Fahrt weiter zur neu errichteten Polizeistation „Jacob`s Town“ (Stadtteil Paynesville), der eine „Women and Children Protection Section“ angegliedert ist. In dieser „Section“, treffen wir einen Polizeibeamten in zivil, der über die Arbeitsbedingungen der LNP berichtet. In der Polizeistation, die als ein so genanntes „Quick Impact Project“ binnen kurzer Zeit gebaut wurde, mangelt es noch immer an Vielem: es stehen keine sanitären Anlagen zur Verfügung, keine eigenen Fahrzeuge, und auch die durch den täglichen Betrieb entstehenden Kosten müssen häufig von den Polizisten selbst beglichen werden. Lediglich ein Aktenschrank lässt vermuten, dass gemeldete Fälle aufgenommen werden. Ein Ordnungssystem ist allerdings nicht zu erkennen. Auch sonst ist das Büro nur sehr spärlich eingerichtet. Der Polizeibeamte, der in zivil arbeitet, um die Bevölkerung nicht durch das Tragen einer Uniform einzuschüchtern, erweckt einen bemühten Eindruck, wenn er berichtet, dass der Mangel an Logistik auch Verhaftungen erschwere. Zu den Aufgaben der „Women and Children Protection Section“ gehört insbesondere, Familien wieder zu

vereinigen – zum Beispiel Straßenkinder zurückzubringen oder auch verschwundene Kinder zu suchen. Dabei werden Eltern oder Kinder unter anderem auch über Radio gesucht. Viele Kinder, deren Fall gerade von der Polizei bearbeitet wird, übernachten in der Polizeistation. Während der anschließenden Fahrt zur Polizeiakademie klärt uns Karina Reinheimer darüber auf, dass die eben besuchte Polizeistation zu den besser ausgestatteten gehöre, und der UN als „Vorzeigeeobjekt“ diene.



Unterricht und Wohnen in Zelten: Die Polizeiakademie.

**Foto: R. Pöschl**

Bei der Polizeiakademie erwarten uns der Norweger Dag Roger Dahlen, der dort die UN vertritt, sowie der liberianische Leiter der Akademie. Sie geben uns einen Überblick über das Training, das die Rekruten absolvieren müssen, wobei der Rundgang über das unwegige Gelände der Akademie offenbart, wie begrenzt die Ressourcen sind. Da die eigentlich für die LNP vorgesehenen blauen Uniformen aufgebraucht sind, tragen die Rekruten einfachere grüne Kleidung. Außerdem sind die Rekruten in weißen Zelten der UN untergebracht, bis neue Unterkünfte fertig gestellt sind. Auch der Lehrbetrieb findet derzeit in Zelten statt. Während unseres Rundgangs stoßen wir auf zwei Polizeifahrzeuge, die eigentlich für den regulären Polizeibetrieb vorgesehen waren, doch aus Mangel an Alternativen der Akademie für die Fahrerausbildung der Rekruten zugewiesen wurden.



Gruppenfoto mit Angehörigen der indischen Polizeieinheit vor dem Außenministerium in Monrovia.

**Foto: R. Pöschl**

## Faktor 64 – Robust für den Frieden<sup>6</sup>

Ekkehard Griep

Mit forschem Schritt betritt der *Force Commander* der UN-Friedensmission UNMIL den Konferenzraum. Dieser stämmige Generalleutnant aus Nigeria vermittelt den Eindruck des kraftvollen Machers, der weiß, um was es geht und dem die Dinge nicht entgleiten – jetzt nicht und überhaupt nicht. Dabei besteht seine Truppe aus 49 verschiedenen nationalen Kontingenten, die UNMIL mit gegenwärtig ca. 14.000 Soldaten zur zweitgrößten UN-Friedensmission weltweit machen. Rechnet man die weiteren 15 Kontingente hinzu, deren Beitrag für UNMIL ausschließlich aus Polizeibeamten besteht, dann sind es insgesamt gar 64 Mitgliedsstaaten, die sich im Rahmen der UN-Mission personell mit Militär oder Polizei in Liberia engagieren. Auch 13 europäische Länder befinden sich darunter (vier davon ausschließlich mit Polizeibeiträgen). Die größten Truppenstellernationen mit jeweils mehr als 3.000 Soldaten werden allerdings aus Bangladesh und Pakistan entsandt, gefolgt von zwei afrikanischen Staaten, Nigeria (2.100) und Äthiopien (1.800). Die erkennbar starke Präsenz weiterer westafrikanischer Truppensteller (u. a. Ghana, Togo und Niger) ist dabei kein Zufall, sondern reflektiert regionale Verantwortung ebenso wie regionale Konfliktkompetenz. Fast beiläufig und nicht ohne Augenzwinkern stellt General Obiakor fest, dass die Mehrzahl seiner UN-Soldaten zu Beginn der Operation bereits in Liberia präsent war, und zwar im Rahmen der ECOWAS-geführten Eingreiftruppe ECOMIL, die die Unruhen in Monrovia im Sommer 2003 zunächst unter Kontrolle brachte – in Kooperation mit US-amerikanischer Marineinfanterie, die damals vor der Küste als Reserve bereitgehalten wurde. Der Wechsel von ECOMIL zu UNMIL war also seinerzeit nicht mit aufwendigen Truppenverlegungen verbunden, sondern vollzog sich zu einem wesentlichen Teil als reibungsloser Übergang vor Ort. Heute markieren die 64 beteiligten Mitgliedsstaaten eine für UN-Friedensmissionen kennzeichnende Multinationalität, die sich auch in den Führungspositionen widerspiegelt: Der Stellvertreter des nigerianischen *Force Commander* ist ein Brigadegeneral aus Bangladesh, der Chef des Stabes dieser starken militärischen Komponente ein Oberst aus Irland. Ein afrikanisch-asiatisch-europäisches Führungsteam. Professionelle Normalität im multinationalen Kontext.

### Liberias neue Streitkräfte: Schutz gegen Bedrohungen von innen

Im Wesentlichen ist es der unter Kapitel VII UN-Charta operierenden UN-Truppe zu verdanken, dass die allmähliche Implementierung des Accra-Friedensabkommens vom August 2003 unter bisher relativ stabilen Rahmenbedingungen erfolgen konnte. Durch die Einrichtung einer Vielzahl militärischer Kontrollpunkte an den Ein- und Ausfallstraßen Monrovias konnten seit Beginn der Operation wesentliche Voraussetzungen für physische Sicherheit im öffentlichen Leben geschaffen werden. Dabei ist die militärische UN-Präsenz vor allem in der Hauptstadt sichtbar, erstreckt sich aber durchaus auch über die Fläche des gesamten Landes bis hin in die Grenzregionen zu den Nachbarstaaten. Nach dreieinhalb Jahren bestehe eine wesentliche Aufgabe der UNMIL noch immer darin, so erläutert der Kommandeur, für Stabilität in Liberia zu sorgen, so dass die Regierung ihre eigene Autorität entwickeln und kontinuierlich über das Land ausdehnen könne. Wie langwierig sich dieser Prozess gestalten, sei am Beispiel des Aufbaus der liberianischen Streitkräfte zu ermessen: Von der bis Ende 2008 angestrebten Zielgröße von 2.000 Soldaten sei man mit derzeit 105 ausgebildeten Soldaten noch ein erhebliches Stück entfernt. Ein interessanter Aspekt hierbei: Das Rational künftiger Streitkräfte Liberias bezieht sich ausschließlich auf den Erhalt bzw. die Herstellung nationaler Sicherheit im Innern (Kontrolle innerer Unruhen, z. B. Bekämpfung von Aufständischen). Einsätze gegen äußere Bedrohungen, so der *UNMIL-Force Commander*, seien für die künftige liberianische Armee nicht vorgesehen. Eine neue Sicherheitsphilosophie zeichnet sich hier ab – neu, aber doch auch erstaunlich, betrachtet man die noch nicht wirklich stabile Lage in der gesamten Region. Als zweite wesentliche Aufgabe der UNMIL-Friedenstruppe benennt General Obiakor die Gewährleistung von Sicherheit für den Sondergerichtshof für Sierra Leone. UNMIL entsendet dazu eine Einheit aus Liberia ins

<sup>6</sup> Treffen und Gespräch mit dem UNMIL-Force Commander Lt. Gen. Obiakor, 26.3.2007.

westliche Nachbarland, wo der Gerichtshof weiterhin tätig ist – auch wenn sich sein prominenter Angeklagter Charles Taylor aus Sicherheitsgründen in Den Haag verantworten muss. Ein dritter Auftrag bestehe schließlich in der Unterstützung der UN-Mission im östlichen Nachbarland Elfenbeinküste – ein deutliches Indiz für die regionale Dimension etlicher Herausforderungen, denen nicht nur Liberia gegenübersteht. Auch die Vereinten Nationen haben vor dem Hintergrund mehrerer in Westafrika geographisch und zeitlich parallel stattfindender Friedensmissionen deren Leistungsfähigkeit und Effizienz durch grenzüberschreitende Kooperation gesteigert, vor allem durch die gemeinsame Nutzung verfügbarer Ressourcen sowie die gegenseitige operative Unterstützung.

Trotz der Tatsache, dass man gegenwärtig eine Konsolidierungsphase im Friedensprozess erreicht habe, sei die Situation in Liberia auch unter Sicherheitsaspekten nicht frei von Besorgnis. So beantwortet Obiakor die Frage nach einer möglichen Reduzierung der UN-Mission mit ernsthaften Bedenken angesichts des mühsamen Prozesses bei der Reform des Sicherheitssektors. Schließlich sei nach der kompletten Demobilisierung der früheren liberianischen Streitkräfte zunächst ein Sicherheitsvakuum entstanden, das bei weitem noch nicht ausgefüllt sei. Vor diesem Hintergrund werde klar, dass der personelle Abbau von UNMIL – vor allem mit Blick auf die für die Sicherheit im Lande noch immer wichtige militärische und polizeiliche Komponente – nur nach Erreichen klar definierter Erfolgskriterien beim Aufbau der liberianischen Sicherheitsorgane denkbar sei. Während der Neuaufbau der liberianischen Polizei in der Zuständigkeit von UNMIL erfolge, arbeiteten die mit dem Aufbau der liberianischen Armee beauftragten USA bzw. deren Subkontraktor DynCorps eng mit der UN-Mission zusammen, so dass man jederzeit über den aktuellen Stand der Entwicklung informiert sei.

**-- „Chapter VII with caveats doesn't work.” --**  
(Lt.Gen. Obiakor, UNMIL-Force Commander)

Auf die Diskussion, ob die Führung einer militärischen Operation mit Soldaten aus fünfzig, sechzig oder mehr Ländern eine besondere Herausforderung darstelle, lässt sich der *Force Commander* nicht ein. Er vermittelt einen Eindruck von gelassener Routine, und jeder von uns erinnert sich an die Blauhelme aus China, Peru, Namibia oder Nepal, die uns in den vergangenen Stunden auf dem UN-Areal in Monrovia begegnet sind. Wichtiger als die Anzahl der beteiligten Nationen sei für die Operationsführung, dass der *Force Commander* seine Truppen dort einsetzen könne, wo er es operativ für geboten halte, ohne einsatzbeschränkende Auflagen der truppenstellenden Mitgliedsstaaten. Nur so könne ein Mandat nach Kapitel VII UN-Charta, das den Einsatz von Waffengewalt erlaube und ggf. auch tatsächlich erforderlich mache, in die Tat umgesetzt werden. Der irische Chef des Stabes erinnert an die Situation im Kosovo – er meint die NATO-geführte multinationale KFOR-Friedenstruppe –, wo dies so nicht der Fall gewesen und die Operationsführung entsprechenden Restriktionen unterworfen war. Hier aber ist man offenkundig zufrieden damit, solche Debatten nicht führen zu müssen. Auch Liberia macht deutlich: Jede Operation findet unter sehr spezifischen Rahmenbedingungen statt.

# Zur Lage der Menschenrechte in Liberia<sup>7</sup>

Kirsten Joppe

Die Bevölkerung Liberias hat in den 14 Jahren, in denen der Bürgerkrieg im Land wütete, unbeschreibliche Menschenrechtsverletzungen erfahren müssen. Die Respektlosigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung, das völlige Ignorieren von Abkommen wie der Genfer Konventionen und somit des humanitären Völkerrechts führten zu einer Brutalisierung der Gesellschaft, vor allem der jüngeren Generationen, die mit dem Konflikt aufwuchsen.

Insbesondere seit der Wahl Ellen Johnson-Sirleafs zur Präsidentin Liberias im Jahr 2005 überwiegt bei der Bevölkerung sowie bei den internationalen und lokalen Akteuren Optimismus hinsichtlich einer positiven Entwicklung des ressourcenreichen Landes. Inzwischen wurden glaubwürdige Schritte zur Bearbeitung vieler Probleme unternommen, wie beispielsweise zur Bekämpfung der Korruption oder durch Änderungen im Strafgesetz bezüglich Definition und Strafmaß von Vergewaltigung. Trotz der Fortschritte in einigen Bereichen bleibt laut Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) die Menschenrechtssituation angesichts zunehmender Kriminalität, unzureichender Performance der Polizei, regionaler Instabilität sowie Defiziten im Justizsystem und bei der Reintegration von Kombattanten weiterhin prekär (siehe HRW Country Summary vom Januar 2007). Auch gemäß des vierzehnten Fortschrittsberichts des UN-Generalsekretärs über die UN-Mission in Liberia vom März 2007 hat sich die Menschenrechtssituation in Liberia zwar verbessert, jedoch gibt es weiterhin Defizite – vor allem, was Haftanstalten, die Judikative, das Jugendstrafrechtssystem und die Tätigkeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission, TRC) betrifft.

Während der Studienreise wurde von vielen Gesprächspartnern vor allem die Situation der Frauen und Kinder während und nach dem Konflikt thematisiert. Schätzungen besagen, dass ca. 70% der weiblichen Bevölkerung Liberias während des Bürgerkriegs vergewaltigt wurde. Viele Kinder wurden gewaltsam von ihren Familien getrennt, misshandelt und als „Kindersoldaten“ in die Kampfhandlungen einbezogen. Auch nach dem Ende des Konflikts sind Frauen und Kinder in großem Ausmaß Opfer von sexueller Gewalt; die Änderungen im Strafgesetz haben darauf kaum Einfluss. In Liberia ist der verhängnisvolle Irrglaube verbreitet, dass Geschlechtsverkehr mit Jungfrauen vor der Immunkrankheit Aids schützt. Dies hat zu einem alarmierend hohen Ausmaß sexueller Gewalt gegen Minderjährige geführt.

## Mandat und Aufgabe der UNMIL-Menschenrechtsabteilung

Die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (UNMIL) ist unter anderem mit dem Mandat ausgestattet, Menschenrechte in Liberia unter Berücksichtigung besonders verwundbarer Gruppen zu schützen und zu fördern sowie Monitoring-Aktivitäten durchzuführen. Obwohl UNMIL über kein Exekutivmandat verfügt, hat das zivile Missionspersonal vor allem in den ersten Monaten nach Ende des Konflikts aufgrund des Fehlens jeglicher Strukturen in den Verwaltungsbezirken oftmals Aufgaben der lokalen Administration übernommen.

Die UNMIL-Menschenrechtsabteilung (Human Rights and Protection Section, HRPS) besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten: Dem Personal, das in allen 15 Verwaltungsbezirken („Counties“) stationiert ist, und den Einheiten in der Hauptstadt Monrovia. Die Menschenrechtsbeobachter (Human Rights Officers) in den Verwaltungsbezirken berichten nicht nur über die Menschenrechtssituation, sondern widmen sich auch der Entwicklung von Kapazitäten („Capacity Building“) von Administration und Nichtregierungsorganisationen (NROs). Die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten

<sup>7</sup> Treffen und Gespräch mit dem stellv. Leiter der UNMIL-Menschenrechtsabteilung Adam Abdemoula, 29.3.2007.

ten an lokale Partner ist auch vor dem Hintergrund des – zeitlich noch nicht feststehenden – Abzugs von UNMIL von großer Bedeutung. Das UNMIL-Zivilpersonal ist außerdem in Informationskampagnen zu verschiedensten Menschenrechtsthemen engagiert und unterstützt zusammen mit dem Kultusministerium und liberianischen NROs ein nationales Menschenrechtsclub-Programm in Schulen.

Die HRPS in Monrovia besteht aus diversen Einheiten (Traditional Justice Unit, National Institutions Unit, Capacity Building Unit, Child Protection Unit, Rule of Law Unit), die auf zentraler Ebene ebenfalls beobachten, berichten und die Herausbildung von Fähigkeiten fördern. Die Einheit, die sich mit nationalen Institutionen beschäftigt, ist beispielsweise in die Etablierung der unabhängigen Nationalen Kommission für Menschenrechte, die aus dem Friedensvertrag von 2003 hervorgehen sollte, involviert. Die Kommission konnte jedoch aufgrund von Verzögerungen bei der Auswahl der Kommissare noch nicht gegründet werden. UNMIL wie auch die Zivilgesellschaft hatten hinsichtlich der elf Kandidaten Bedenken geäußert, da sich unter ihnen sehr umstrittene Persönlichkeiten und lediglich eine Frau befanden. Die Rule-of-Law Einheit hingegen beobachtet unter anderem Gerichte/Gerichtsverfahren und die Verhältnisse in Gefängnissen und Arrestzellen. Der Justizsektor wird immer wieder als schwächste staatliche Komponente in Liberia bezeichnet. Besorgniserregend ist die in Liberia nicht erst seit dem Bürgerkrieg vorherrschende „Kultur der Straflosigkeit“, d. h. dass Straftaten nicht bearbeitet oder geahndet werden. Im Justizsektor Abhilfe zu schaffen ist jedoch schwierig und kostspielig, da es an grundlegendsten Dingen fehlt, beispielsweise an Personal, Expertise und sogar Gerichtsgebäuden. Eine umfangreiche finanzielle Unterstützung in diesem Bereich wäre daher von großer Bedeutung. Der bisher für den Justizsektor geleistete Beitrag ist leider nicht mehr als „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Mit der Rückkehr von gut ausgebildeten Exil-Liberianern könnte zumindest ein Teil des Problems gelöst werden.

Das Verfassen und die Veröffentlichung von Berichten ist eine der Hauptaufgaben der UNMIL Menschenrechtsabteilung. Die benötigten Informationen werden vor allem von den in den Verwaltungsbezirken eingesetzten Menschenrechtsbeobachtern geliefert und im Hauptquartier zusammengefasst und analysiert. Die Angaben werden mit Berichten anderer UNMIL-Divisionen verglichen. Vor der Veröffentlichung wird Regierungsinstitutionen die Gelegenheit gegeben, den Bericht zu kommentieren. Die regelmäßig erscheinenden Reports widmen sich zusätzlich zur allgemeinen Menschenrechtssituation in Liberia jeweils wechselnden Schwerpunkten. Fokus des nächsten regulären Berichts wird beispielsweise die Situation in liberianischen Gefängnissen und Arrestzellen sein. Die unregelmäßig veröffentlichten, thematischen Berichte beschränken sich hingegen nur auf ein Thema, beispielsweise der Situation in Waisenhäusern.

## **Ausblick**

Die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Liberia hängt von diversen inneren und äußeren Faktoren ab. Der Repräsentant des Welternährungsprogramms in Liberia fasste die Risiken und Beschränkungen im Bereich Nahrungshilfe und -sicherung auf einige Punkte zusammen, die auch auf andere Bereiche wie die Menschenrechtssituation übertragen werden können. Zu diesen zählen (i) eine fragile Sicherheitssituation, (ii) fehlende Kapazitäten in der Regierung, (iii) regionale Instabilität, (iv) abnehmendes Geberinteresse, (v) abnehmende Kapazitäten von Nichtregierungsorganisationen (NROs), sowie generell (vi) eine schwache Infrastruktur. Während der Studienreise äußerten viele Gesprächspartner Bedenken gegenüber der fragilen Situation in einigen Nachbarstaaten Liberias, vor allem in Guinea, auf dessen Territorium sich schätzungsweise noch 22.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Liberia befinden. Einen plötzlichen Flüchtlingsstrom aus Guinea könnte Liberia womöglich nicht verkraften; vor allem in den an Guinea grenzenden und von Nahrungsmittelunsicherheit besonders betroffenen Verwaltungsbezirken Lofa, Bong und Nimba könnte dies schwerwiegende Folgen haben. Für die Stabilität Liberias und die Achtung und Entwicklung der Menschenrechte wird entscheidend sein, ob die in unbestimmter Zukunft sich aus dem Land zurückziehenden internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen nachhaltige Strukturen und Kapazitäten hinterlassen. Vor allem internationale NROs, die in andere akutere Konfliktregionen weiterziehen, könnten schon bald ein Vakuum zurücklassen, das lokale Strukturen (noch) nicht füllen können. Beispielsweise ist

der Zugang zu medizinischer Hilfe akut gefährdet: Die Gesundheitsversorgung wird zu 70% von NROs getragen, die sich zum Teil aber schon bald aus Liberia zurückziehen möchten.

Weitere zentrale Bereiche sind die Entwicklung des Sicherheitssektors und die Wahrheits- und Versöhnungskommission. Die brutalen Verbrechen an der Zivilbevölkerung während des Bürgerkriegs sowie die von einigen Gesprächspartnern als „endemisch“ bezeichnete Korruption haben zu einem völligen Vertrauensverlust gegenüber staatlicher Autorität geführt. Wirkliche Erfolge bei der Ausbildung der liberianischen Polizei (mit Hilfe von UNMIL) und des Militärs (durch das US-Unternehmen DynCorps) inklusive einer Menschenrechtskomponente und wirksamer Kontrollmechanismen werden unerlässlich sein, um dieses Vertrauen wiederzugewinnen. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC), die eine zentrale Aufgabe bei der Aufarbeitung grober Menschenrechtsverletzungen einnimmt, hat unter anderem durch finanzielle und logistische Probleme sowie durch Missmanagement im ersten Jahr ihres Bestehens leider keine großen Fortschritte erzielt. Es ist von großer Bedeutung für die Entwicklung Liberias, dass die TRC ihre Arbeit in den verbliebenen ein bis zwei Jahren nachholt und zu einem tatsächlichen Versöhnungsprozess innerhalb der Gesellschaft beiträgt. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Etablierung der unabhängigen Nationalen Kommission für Menschenrechte, die einen echten Beitrag zum Menschenrechtsschutz leisten könnte. Ob, beziehungsweise wie sich der Prozess gegen den „Warlord“ Charles Taylor am Sondergericht für Sierra Leone auf Liberia auswirken wird, bleibt abzuwarten, da das Mandat des Speziellen Gerichtshofs die Verbrechen in Liberia nicht umfasst.

Hoffnung auf verstärkten Respekt und Pflege der Menschenrechte nicht nur in Liberia, sondern in ganz Afrika, schenkt die Gründung des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Rechte der Völker (African Court of Human and Peoples' Rights, ACHPR): Am 2. Juli 2006 legten die elf von den Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union gewählten Richter des ACHPR ihren Eid in Banjul, Gambia, ab. Der ACHPR mit Sitz in Arusha, Tansania ist neben dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Sitz in Strassburg, Frankreich) und dem Inter-Amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (Sitz in San José, Costa Rica) der dritte regionale Gerichtshof für Menschenrechte. Der neue Gerichtshof wird die Menschenrechtssituation in der Region kaum sofort beeinflussen, jedoch ist der Mechanismus langfristig ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung und Achtung von Menschenrechten.

## **Literaturhinweise**

UN Security Council: Fourteenth progress report of the Secretary-General on the United Nations Mission in Liberia, S/2007/151, 15 March 2007

Regelmäßige UNMIL-Menschenrechtsberichte, z. B. „August – October 2006 Human Rights Report“, siehe [www.unmil.org](http://www.unmil.org)

Thematische UNMIL-Menschenrechtsberichte, z. B. „Human Rights in Liberia's Orphanages“ vom März 2007, siehe [www.unmil.org](http://www.unmil.org)

UN Office for the Coordinator of Humanitarian Affairs (OCHA): Liberia 2007. Common Humanitarian Action Plan, Genf, Februar 2007

Human Rights Watch: Country Summary Liberia, Januar 2007, siehe [www.humanrightswatch.org](http://www.humanrightswatch.org)

Scott Lyons: The African Court on Human and Peoples' Rights, in: The American Society of International Law (ASIL) Insight, Volume 10, Issue 24, September 19, 2006



## „Gender Mainstreaming“: Vom schwierigen Versuch, Frauen zu ihrem Recht zu verhelfen<sup>8</sup>

Renate Wilke-Launer

Joana Foster ist seit Januar 2004 bei UNMIL, ihr Stab besteht aus neun Personen (zwei Fachkräften, zwei UN-Freiwilligen und fünf lokalen Mitarbeitern. Drei sind männlich). Die multidisziplinäre UN-Mission ist die zweite überhaupt mit einer eigenständigen Position einer Beraterin für Genderfragen (die andere ist MONUC, die Mission in Kongo). Frau Foster wünscht sich, dass jede Mission ein solches Amt bekommt.

Das Büro der Genderberaterin hat drei Problem-bereiche zu bearbeiten: die endemische Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte der Frauen respektiert werden und – in der Mission und im Land – *gender mainstreaming* zu verankern. Letztere ist die wichtigste Aufgabe. Diese Ziele versuchen Frau Foster und ihre Mitarbeiter zu erreichen, indem sie beraten sowie Informationen sammeln und aufarbeiten, durch Fortbildung von „jedermann“ (und jederfrau) ein Bewusstsein für geschlechtsspezifische Fragen zu schaffen versuchen (*gender awareness training*) und indem sie im Namen von Frauen ihre Stimmen erheben (*advocacy*). Als Beispiel verweist sie auf die männlichen Militärbeobachter, denen Frauen sich nicht so leicht anvertrauen.



Joana Foster während des Gesprächs mit der Studiengruppe.

Foto: Richard Pöschl

Frauen machen 51 Prozent der Bevölkerung aus, tragen aber 60 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. Sie sorgen für das tägliche Überleben der Familie, während viele Männer sich damit begnügen, „auf Arbeit zu warten“. Nur 26 Prozent der Frauen können lesen und schreiben, lediglich vier Prozent arbeiten im formalen Sektor der Wirtschaft. Armut hat ein weibliches Gesicht. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) wurden 91 Prozent der Frauen misshandelt und 70 Prozent vergewaltigt. Die Müttersterblichkeit ist sehr hoch. Gleichzeitig hört man: „Liberian Women are quite tough“.

In der Übergangsregierung (NTGL) gab es in einem Kabinett von 21 Personen drei Frauen, im Parlament waren 4 von 76 Abgeordneten weiblich. Eine Quotierungsregelung (30 Prozent) war vom Übergangsparlament abgelehnt worden. Im derzeitigen Parlament sind 9 der 64 Abgeordneten weiblich, bei den Senatoren sind es 5 von 30. Auf der Ebene der Regierungsbezirke (*counties*) sind 33 Prozent der *superintendents* weiblich, sie wurden von der Präsidentin ernannt. Im Kabinett sind 31 Prozent Frauen. Die patriarchalischen Strukturen haben zur Folge, dass die Stimmen der Frauen nicht gehört werden, dass sie sich nicht zu Wort melden. Viele Frauen konnten es sich nicht leisten, sich für die Wahlen registrieren lassen, zum Beispiel, weil sie ihren Marktstand nicht verlassen konnten. Durch den Krieg haben Frauen alle Rechte verloren, auch heute arbeiten die Gerichte nicht gut.

Bei den Programmen der Demobilisierung (Disarmament, Demobilisation, Rehabilitation, Reintegration, abgekürzt: DDRR) meldeten sich zunächst nur 2000 Frauen. Das Büro der UNMIL-Gender-Beraterin ging der niedrigen Zahl nach und fand heraus, dass es mehr Frauen in den kämpfenden Gruppen gab: neben denen, die Waffen benutzten, auch solche, die sie trugen, die für die Kämpfer

<sup>8</sup> Treffen und Gespräch mit Joana Foster, Senior Gender Advisor von UNMIL, 26.3.2007.

kochten und andere Dienstleistungen verrichteten. Die Kommandeurin „Black Diamond“ hatte 800 Kämpferinnen in ihrer Truppe, alle konnten schießen, aber sie waren am Ende zu schüchtern, sich als solche zu erkennen zu geben. Nach einer Studie wurden 40 Prozent der Kämpferinnen entführt, 20 Prozent wurden von den Eltern an die Kommandeure „übergeben“ (statt der geforderten Jungen). Die Definition der Ex-Kämpfer wurde daraufhin erweitert, am Ende wurden dann offiziellen UN-Zahlen zufolge 24 825 Mädchen und junge Frauen demobilisiert.

Neben dem Bemühen um eine gendersensitive Demobilisierung und Reintegration müssen Frau Foster und ihre Mitarbeiterinnen auch frauenspezifische Arbeit initiieren und begleiten, in manchen Fällen auch die Mittel dafür einwerben. Im Rahmen der *quick impact*-Projekte bekommen zum Beispiel alle Polizeistationen *women's and children's units*. Frau Fosters Team hat auch am *Interim Poverty Reduction Strategy Paper* (iPRSP) von UNMIL mitgearbeitet und bemüht sich im Ausland um finanzielle Unterstützung von Frauengruppen (Geld kam schon vom *Global Fund for Women* und von *Mama Cash*). Sie zeigen den Frauen, wie man Anträge schreibt.

Als innerhalb von UNMIL im Vorfeld der Wahlen 2005 die ersten Daten über die Wählerregistrierung vorgelegt wurden, hat Joana Foster darauf bestanden, dass die Zahlen disaggregiert wurden, also ausgewiesen wurde, wie viele Frauen und viele Männer sich hatten registrieren lassen. Der damalige Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs (SRSG), Jacques Klein, hat dieses Anliegen sofort unterstützt. Nachdem so deutlich geworden war, dass sich nur unverhältnismäßig wenige Frauen hatten registrieren lassen, wurde durch gezielte Aktionen von Frauen (z. B. Bewachen der Marktstände, während die Inhaberin sich registrieren lässt) und mobile Registrierung erreicht, dass sich deutlich mehr Frauen für die Wahlen angemeldet haben, am Ende gab es mehr Registrierungen von Frauen als von Männern. Das ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass Ellen Johnson-Sirleaf die Stichwahl gewonnen hat. Frauen wurden ermuntert, selbst zu kandidieren und wurden darin unterstützt – durch *leadership training* und Kurse – wie man Kampagnen anlegt und durchführt bzw. wie man im Fernsehen auftritt. Dennoch hatten Frauen weniger Erfolg dabei, „sich zu verkaufen“ – und das, obwohl sie Haushalte besser zu managen wissen und dies auch in größerem Rahmen praktizieren könnten. Heute gibt es Unterstützung der Frauen bei Recherche und Parlamentstätigkeit, feministisches Bewusstsein ist aber nicht bei allen ausgeprägt, manche schimpfen zum Beispiel über kurze Röcke bei jungen Mädchen.

Liberia hat schon 1984 die „Frauenrechts“-Konvention der UN (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, abgekürzt: CEDAW) ratifiziert, jedoch nie einen Sachstandsbericht eingereicht, obwohl dies eigentlich vorgesehen ist. Der Stab von Frau Foster arbeitet mit der Regierung an Strategien zur Gleichstellung und Partizipation, zum Beispiel hinsichtlich *gender budgeting*, d. h. die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Gesichtspunkte bei der Haushaltsaufstellung und -bewirtschaftung.

Es gibt schon vier Gesetze für Frauenrechte. Eines hat die Definition von Vergewaltigung erweitert und die Strafen verschärft, ein anderes regelt das Erbrecht neu. Das Gesetz über die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) ist eines der am stärksten von gender-Gesichtspunkten geprägten der Welt. Auch Juristen wurden und werden mit Blick auf Frauenrechte fortgebildet. Angesichts der vielen Vergewaltigungen, insbesondere auch von Kindern, sind therapeutische Betreuung und Schutz (das schließt auch Obdach ein) durch Privatorganisationen wichtig. Die meisten Vergewaltigungsfälle werden außerhalb der Gerichte geregelt, da das Verfahren viel zu lange dauert.

Es ist wichtig, dass die Regierung die Sache in der Hand hat (*ownership*), das Büro der Genderbeauftragten unterstützt sie dabei. Die Präsidentin gilt als fähig, es gibt einige gute Ministerinnen und Minister, aber auch wenig überzeugende Regierungsmitglieder. Es gibt einen großen Mangel an qualifiziertem Personal und an grundlegender Bildung. Deshalb konnte George Weah, der am Ende unterlegene Präsidentschaftskandidat, auch damit hausieren gehen, dass er es trotz seiner fehlenden Bildung sehr weit gebracht habe. Man muss auf die Diaspora zurückgreifen, sie nutzen. Die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden, sonst wird es keine Rechenschaftslegung (*accountability*) geben – und keine Ansprechpartner für Projekte.

# Let's Speak the Truth! Do Justice & Reconcile! Besuch bei der liberianischen Wahrheits- und Versöhnungskommission<sup>9</sup>

Jöran Altenberg

An der zentralen Eingangstraße nach Monrovia liegt die unscheinbare Lutheran Church mit einer dazugehörigen Kirchenschule. Läuft man in der Mittagszeit am Schulhof vorbei, sieht man lachende Kinder, die auf dem Schulhof Basketball spielen. Dass unter ihren Füßen zwischen 600 und 1000 Opfer des Lutheran Church Massakers begraben liegen, lässt sich nur noch an den aufgemalten weißen Kreuzen erkennen, welche die Positionen der Massengräber bezeichnen. Jedes einzelne dieser Kinder hat seine ganz eigene Geschichte aus dem 14-jährigen Bürgerkrieg zu erzählen, hat Grausamkeiten erlebt, die man sich kaum vorstellen kann. Heute aber wird an diesem Ort wieder gelacht, gespielt und gelernt.

Eine solche Gleichzeitigkeit von Gegensätzen kann auf den Besucher verstörend wirken. Doch drückt sie die Situation in dieser mehrfach traumatisierten Gesellschaft besser aus als es Worte könnten. Im heutigen Liberia existieren zwei Realitäten nebeneinander. Auf der einen Seite stehen das kaum verarbeitete Grauen, die persönlichen Leidensgeschichten und Spätfolgen eines Bürgerkrieges der vollständig außer Kontrolle geriet. Demgegenüber finden sich individuelle Initiativen, Überlebenswille und Lebenslust, Kreativität und Zukunftshoffnungen. Wie sich beides miteinander verträgt, lässt sich von außen nur schwer nachvollziehen und ist auch in der liberianischen Gesellschaft nicht unumstritten. Viele wollen vergessen, was man eigentlich nicht vergessen kann und wollen nach vorne schauen. Einige wollen Rache für das, was ihnen angetan wurde. Andere wiederum suchen die Konfrontation mit den Tätern, fordern Bekenntnisse und öffentliche Entschuldigungen. Gleichzeitig bekleiden im heutigen Liberia viele der ehemaligen Rebellenführer oder ihre Vertrauten wichtige Positionen in der Politik und hegen ein natürliches Interesse daran, dass bestimmte Fragen nicht gestellt werden.

## Die Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission

In diesem schwierigen Umfeld agiert die liberianische Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission, TRC). Sie ist eine der Folgen des im Jahr 2003 geschlossenen *Accra Comprehensive Peace Agreement*, mit dem das endgültige Ende des Bürgerkrieges besiegelt wurde. In Artikel VIII des Friedensabkommens steht geschrieben, dass die Kommission durch ihre Arbeit zu wahrer Versöhnung und einem gesamtgesellschaftlichen Heilungsprozess beitragen soll. Um die Bedeutung dieses Auftrages voll erfassen zu können, muss man sich noch einmal die Dimension der verübten Verbrechen vergegenwärtigen: Die systematische Rekrutierung von Kindersoldaten hat dazu geführt, dass ganze Generationen mit einer AK-47 in der Hand erwachsen geworden sind. Massenvergewaltigungen, Vertreibungen, das Elend der Flüchtlingslager und Massaker haben den Alltag der Zivilbevölkerung über 14 Jahre lang geprägt. Wenn man sich mit den Berichten der Opfer auseinandersetzt, ist das Maß an Gewalt, das an den Tag gelegt wurde schier unbegreiflich. Das Mandat der Kommission erstreckt sich vor diesem Hintergrund von individuellen Menschenrechtsverletzungen über Verstöße gegen das Völkerrecht bis zur, und das ist eine Besonderheit, Untersuchung von Wirtschaftsverbrechen, wie illegalem Rohstoffhandel und Korruption im Zeitraum von 1979 bis 2003. Der TRC stehen neun Kommissionsmitglieder vor, die aufgrund ihrer persönlichen Integrität von der Zivilgesellschaft ausgewählt und vom ehemaligen Übergangspräsidenten Guyde Bryant ernannt wurden. Sie erfüllen die Funktion eines Aufsichtsrates gegenüber den einzelnen Abteilungen und werden im späteren Versöhnungsprozess die öffentlichen Anhörungen leiten. An der Spit-

<sup>9</sup> Treffen und Gespräch mit vier Mitgliedern der Kommission und dem Vorsitzenden Jerome J. Verdier Sr., 20.2.2007.



Der Eingang zur Wahrheitskommission. **Foto: D. Maier**

der Kommission keine leichte Aufgabe. Das Mandat läuft bereits in etwas mehr als einem Jahr aus, und auch wenn eine Verlängerung wahrscheinlich ist, kann sich niemand ein Stocken des Versöhnungsprozesses leisten. Anhand der gesammelten Statements erarbeitet die Kommission später ausgewählte sog. *Window Cases*, die in öffentlichen Anhörungen diskutiert werden sollen. Hierbei handelt es sich um Fälle, die sich ins kollektive Gedächtnis der liberianischen Bevölkerung eingebrannt haben, wie das bereits erwähnte Lutheran Church Massaker, oder Verbrechen, die exemplarisch für das von einer Vielzahl von Menschen Erlebte stehen können. Begleitet wird diese Arbeit von einer intensiven Medienkampagne, die in einem Land mit einer Analphabetenquote von über 85% mit großen Herausforderungen verbunden ist. In einigen Fällen kann die Kommission, gemäß ihrem Mandat, Strafverfolgung empfehlen, und es ist durchaus denkbar, dass langfristig auch in Liberia ein Gericht mit Ermittlungen betraut wird, wie dies in Sierra Leone bereits der Fall ist. Wie sich die potentiellen Angeklagten in einer solchen Situation verhalten werden, bleibt abzuwarten. Klar ist, dass sie derzeit noch immer eine nicht zu unterschätzende Vetomacht innerhalb Liberias darstellen, die nur durch die enorme Präsenz der Vereinten Nationen unter Kontrolle gehalten wird. Neben der einzelfallorientierten Arbeit leistet die Kommission zudem breiter angelegte Forschung zu Einzelaspekten des Bürgerkrieges, wie der besonderen Rolle von Kindern oder Frauen. Am Ende soll ein Bericht veröffentlicht werden, der die Arbeitsergebnisse zusammenfasst und die Grundlage für verschiedene Folgemaßnahmen darstellen wird. Durch diesen offensiven Umgang mit der eigenen Geschichte sollen Spannungen in der Gesellschaft abgebaut und zukünftige Generationen gegen die Verlockungen von Demagogie und Hasstiraden gestärkt werden.

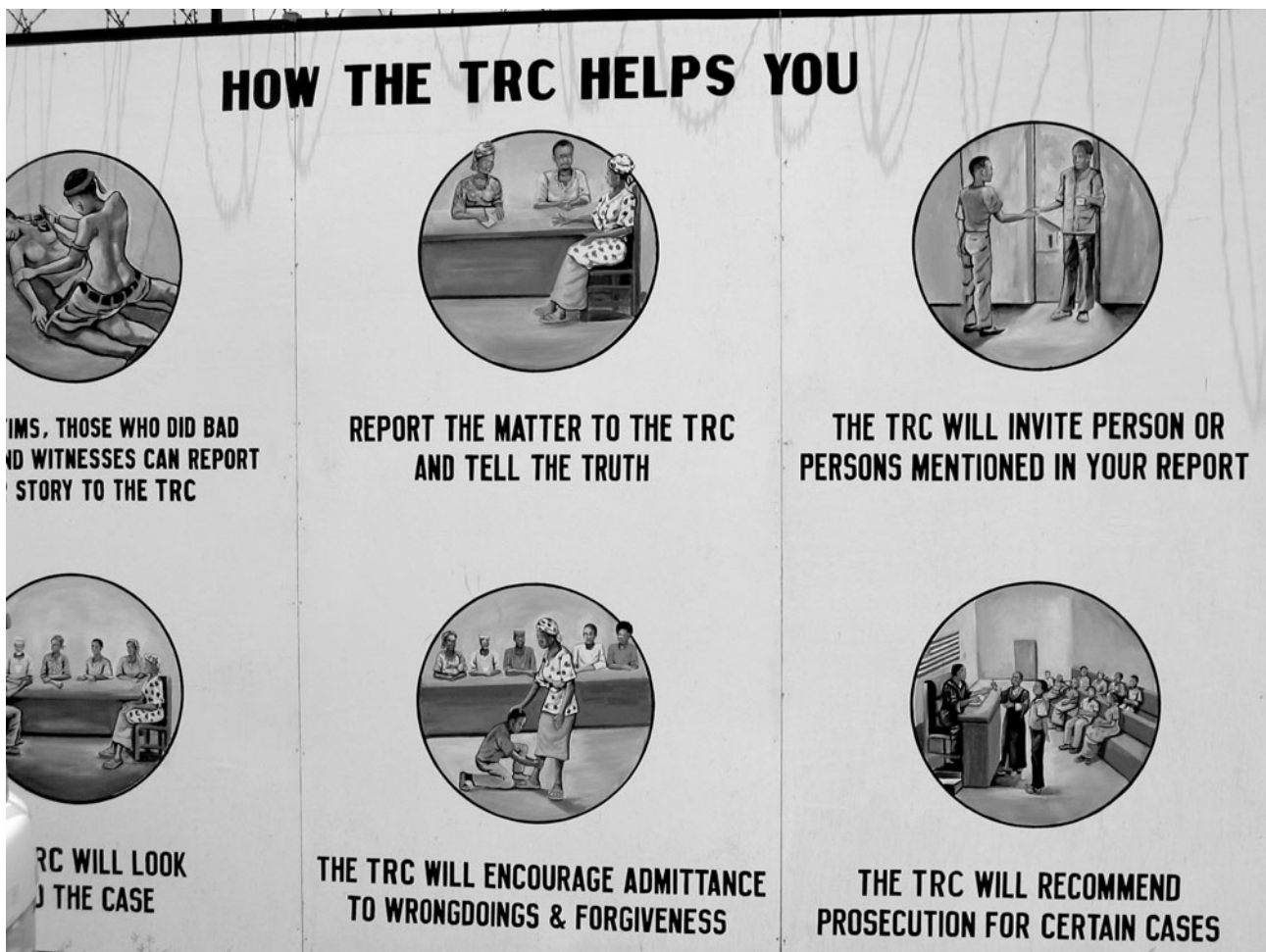


Das Erlebte im Gespräch verarbeiten: Ein Mitarbeiter der Wahrheitskommission bei einer Befragung im Stadtteil Smell NoTaste (Monrovia). **Foto: TRC**

ze stehen der sympathische Chairman Jerome Verdier, ein Anwalt und Menschenrechtsaktivist, sowie der neu ernannte Exekutivdirektor Nathaniel Kwabo.

Bei Versöhnungskommissionen handelt es sich um komplexe Organisationen mit einem weit gefächerten Aufgabenspektrum. Zentral ist jedoch immer die öffentliche Aufarbeitung der während des Konfliktes begangenen Verbrechen. Zu diesem Zweck werden in Liberia derzeit landesweit Opferberichte gesammelt, die später von den einzelnen Abteilungen der TRC analysiert und kategorisiert werden. Über 30.000 dieser so genannten Statements sollen insgesamt zusammen kommen. Angesichts der begrenzten Laufzeit

Um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen, arbeitet die Kommission mit einer Reihe nationaler und internationaler Gremien und Organisationen zusammen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Kooperation mit einer speziellen Arbeitsgruppe innerhalb der *International Contact Group for Liberia (ICGL)*; diese umfasst unter anderem Vertreter der UNO, USA, Deutschlands und der Europäischen Kommission. Zudem greift die Kommission auf die Unterstützung einer EU-Beraterin zurück und profitiert von den Erfahrungen des *International Center for Transitional Justice*, einer renommierten Nichtregierungsorganisation. Dennoch haben in der Vergangenheit Kommunikations- und Strukturprobleme auf beiden Seiten zu Enttäuschungen und Miss-



Anliegen und Arbeit der Wahrheitskommission auf einen Blick.

Foto: D. Maier

verständnis geführt, die ihren Ausdruck auch in einem Bericht des UN-Generalsekretärs gefunden haben. Auch wenn diese Probleme mittlerweile bereinigt werden konnten, ist in der Folge die Finanzierung der Kommission noch nicht vollständig gesichert. Nach Schätzungen des OHCHR belaufen sich die Kosten von Versöhnungskommissionen im Allgemeinen auf eine Summe zwischen 5 und 12 Millionen US-Dollar. Auch wenn dieser Betrag alles andere als gering ist, handelt es sich verglichen mit den anzunehmenden Folgekosten eines gescheiterten Versöhnungsprozesses, dennoch um eine nachhaltige und lohnende Investition. Es bleibt zu hoffen, dass die internationale Gemeinschaft die spürbar neue Dynamik innerhalb der Kommission erkennt und unterstützend aufgreift.

## Besuch bei der Kommission

Schon beim Betreten des Kommissionsgebäudes fällt der noch immer vorherrschende provisorische Charakter der Einrichtung auf. Wenige Tische und Stühle stehen in kahlen Zimmern. Eine Klimaanlage gibt es in den meisten Räumen trotz der extremen Hitze nicht und nur die ständige Brise, die vom Meer herüberweht, sorgt für ein wenig Linderung. Empfangen wird die Gruppe von vier Kommissionsmitgliedern und dem Chairman, der später dazu stößt. Das offene Gespräch dreht sich um die von den Vereinten Nationen geübte Kritik, die finanzielle Situation der Kommission aber auch inhaltliche Aspekte. Hierbei stehen insbesondere die Bedeutung von traditionellen Mechanismen der Versöhnung, denen die Kommission große Aufmerksamkeit schenkt und die Frage, woher die Kraft zum Verzeihen kommt, im Mittelpunkt des Interesses. Neben kulturellen Erklärungen wird hinsichtlich des letzten Punktes vor allem auf die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung verwiesen. Allerdings ist man sich darüber bewusst, dass die Meinung zu diesem Thema in der Bevölkerung durchaus heterogen ist. Als ein zentrales Problem innerhalb der Kommission wird hervorgehoben, dass es außerordentlich schwierig ist, qualifizierte Mitarbeiter insbesondere aus dem juristischen Bereich zu wer-

ben. Die Zahl geeigneter Kandidaten ist nicht sehr groß, und aufgrund des Personalbedarfs anderer Institutionen existiert ein intensiver Wettbewerb um die besten Köpfe. Der Rückgriff auf die liberianische Diaspora ist aufgrund der Geschichte des Landes stark umstritten. Insgesamt vermitteln die Kommissionsmitglieder ein durchaus differenziertes Bild ihrer Arbeit und richten zum Ende des Gesprächs nochmals den Appell an die Gruppe, sich in Deutschland für die Sache der Kommission einzusetzen, nicht ohne für die bereits bestehende Unterstützung auf bi- und multilateraler Ebene zu danken.

Die Lutheran Church hat mittlerweile einen neuen Anstrich bekommen, die Fenster sind ersetzt, und auch die dazugehörige Schule ist renoviert. Doch die Vergangenheit lässt sich nicht mit wenigen Pinselstrichen übermalen. Noch immer kehren Überlebende an den Ort des Massakers zurück und suchen Trost in Glaube und Gemeinschaft. Bis heute erinnern nur die provisorischen Kreuze und ein kleiner Gedenkstein an das Ereignis. Auf ihm wird an eine Einzelperson erinnert: Charles Taylors Vater, der während des Massakers ermordet wurde. Liberia ist und bleibt vorerst ein Land voller Widersprüche. Diese zu entflechten ist Aufgabe der Kommission. Ob sie erfolgreich sein wird, liegt nicht nur in ihrer Hand. Wenn die internationale Gemeinschaft ein Interesse an dauerhaftem Frieden hat und die Mittel für UNMIL und den Wiederaufbau nachhaltig sinnvoll investiert worden sein sollen, wird man die Unterstützung der Kommission nicht nur aufrechterhalten, sondern intensivieren müssen.

### **Weiterführende Links:**

Offizielle Homepage der Wahrheitskommission: [www.trcofliberia.org](http://www.trcofliberia.org)

Aktivitäten des International Center for Transitional Justice in Liberia:

<http://www.ictj.org/en/where/region1/589.html>

Accra Comprehensive Peace Agreement: [www.trcofliberia.org/docs/peaceagree.pdf](http://www.trcofliberia.org/docs/peaceagree.pdf)

Bericht des UN-Generalsekretärs zu Liberia, Dezember 2006:

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N06/642/12/PDF/N0664212.pdf?OpenElement>

Publikation des OHCHR zu Wahrheitskommissionen:

[http://www.ohchr.org/english/about/publications/docs/ruleoflaw-TruthCommissions\\_en.pdf](http://www.ohchr.org/english/about/publications/docs/ruleoflaw-TruthCommissions_en.pdf)

## **II. Peacebuilding in der Praxis: Herausforderungen und Initiativen**

*Zur Rolle des UN Country Team, Koordination im Bereich der humanitären Hilfe, über Zustände im öffentlichen Sektor, Reintegration sowie die Bedeutung natürlicher Ressourcen*

## UN Country Management Team: Mehr als die Summe seiner Mitglieder?<sup>10</sup>

Daniel Maier

Ein atemberaubender Ausblick über den Mamba Point und den Atlantik vom Balkon des Bryant Komplexes (UNDP) ist der Lohn für einen schweißtreibenden Treppenaufstieg zum großen Konferenzraum im fünften Stock. Die Gruppe wird von Malin Herwig, Special Assistant des UN Resident Coordinator, in Empfang genommen. Sie wirkt sichtlich erleichtert, als wir eintreffen, denn schließlich haben sich an diesem Nachmittag mehr als fünf Vertreter des Country Management Team (CMT) für die *UNA Germany* Zeit genommen.

Die Einführung erfolgt durch Louis Imbleau, der in seiner Funktion als örtlicher Leiter des World Food Programme den Vorsitz des CMT turnusmäßig innehat. Ausgestattet mit einer Reihe schwerer *Berichte* gibt der dynamisch auftretende Kanadier einen kurzen Überblick über die Arbeit des CMT, die sich vor allem von den humanitären Herausforderungen in Liberia ableiten lässt: 76 Prozent der Bevölkerung Liberias muss mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen, 85 Prozent der Erwerbsfähigen sind ohne feste Arbeit, 39 Prozent leiden unter mangelhafter Ernährung, die Analphabetenrate liegt bei geschätzten 70 Prozent, die Infrastruktur des Landes ist weitestgehend zerstört. Auch wenn manche Zahl und Statistik zu Armut, Unterernährung oder Arbeitslosigkeit am vierten Tag dieser Studienreise bereits bekannt vorkommt, bleibt die Vorstellung bedrückend, dass sich hinter aggregierten Daten die Einzelschicksale von Millionen Menschen verbergen, und man bei der Fahrt durch Monrovia lediglich einen Ausschnitt zu sehen bekommt.

Um sich angemessen, umgehend und effektiv diesen humanitären Herausforderungen anzunehmen, bedarf es daher nicht nur vieler Statistiken, sondern vor allem der koordinierten Absprache, Expertise und effizienten Ressourcenallokation im öffentlichen Sektor, wo die Regierung bei einem Jahresbudget von ungefähr 130 Mio. US-Dollar vor allem auf die finanzielle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft angewiesen ist. Prinzipiell zählen sämtliche UN-Sonderorganisationen, -Fonds und -Programme, die in Liberia operieren, zu den Mitgliedern des CMT. Derzeit sind dies FAO, UNDP, UNESCO, UNEP, UN-Habitat, UNFPA, UNHCR, UNICEF, UNV, OCHA, WFP, WHO sowie die IOM. Außerdem ist das wöchentliche Koordinationstreffen offen für so genannte „strategische“ Partner wie zum Beispiel die Weltbank oder andere potenzielle Geldgeber, deren Teilnahme gewährleisten soll, dass die ambitionierten Aktionspläne mit den notwendigen finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.<sup>11</sup>

### Von der Bedarfsanalyse zur Koordination

Stellvertretend für das CMT konstatiert Kamil Kamaludden von UNDP, dass sich Liberia in einer Transitionsphase befinde, und allmählich aus einem „furchtbaren Koma“ erwache. Von großer Bedeutung ist seiner Einschätzung nach, dass es der Regierung gelungen sei, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft eine Bedarfsanalyse zu erstellen (Comprehensive Needs Assessment), die nicht nur Auskunft über sozio-ökonomische Eckdaten liefere, sondern als gemeinsame und operativ-strategische Plattform für die zu bewältigende Arbeit diene. In einer vom CMT eigens erstell-

<sup>10</sup> Treffen am 29.3.2007. Zu den anwesenden Organisationen an diesem Nachmittag zählen die Vertreter von UNHCR, UNDP, UNFPA, FAO, WHO und Weltbank, die uns in kurzer Abfolge einen Überblick über ihre Tätigkeitsfelder geben, und ansonsten für Fragen zur Verfügung stehen.

<sup>11</sup> Mandat und Tätigkeitsprofile der einzelnen Akteure sind auf der UNMIL-Internetseite aufgeführt. Die IOM, obwohl keine UN-Sonderorganisation, wird dort ebenfalls als UN-Agency angegeben. Die Weltbank hingegen wird zu den UN-Sonderorganisationen hinzugezählt, fehlt allerdings in der Liste. Siehe: <http://unmil.org/content.asp?ccat=agencies>



ten Publikation „*UN Common Country Assessment Liberia: Consolidating Peace and National Recovery for Sustainable Development*“, die im Sommer 2006 veröffentlicht wurde, verpflichten sich alle im Land ansässigen UN Agencies dem Aufruf Kofi Annans nach „greater unity of purpose“ zu folgen. Das CMT bringt deshalb in der Präambel dieses gut 30 Seiten umfassenden Arbeitsplans für die kommenden Jahre einen Basiskonsens zum Ausdruck, gemeinsam mit der Regierung sowie der Bevölkerung Liberias für die Verwirklichung der Prinzipien von Freiheit, Gleichstellung der Geschlechter sowie sozialer Gerechtigkeit einzustehen und Dringlichkeitsbereiche zu identifizieren. Dazu zählen die Wiederbelebung ökonomischer Aktivitäten, die Herstellung von Ernährungssicherheit, die Bereitstellung von Basisdiensten in den Bereichen Gesundheit, Hygiene, Wasser und sanitärer Einrichtungen, aber auch der Aufbau von Infrastruktur, eines umfassenden Bildungswesens, nationale Sicherheit sowie Schutz der natürlichen Ressourcen. An erster Stelle zu verankernder Querschnittsthemen steht die Gleichstellung sowie Stärkung der Rolle von Frauen und der Jugend innerhalb der liberianischen Gesellschaft. Außerdem gilt es, sich dem Kampf gegen HIV/AIDS zu verschreiben, für gute Regierungsführung einzustehen, die Gewährleistung von Menschenrechten sowie Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, und schließlich die Partizipation weiterer Bevölkerungsgruppen am Aufbau des Landes durch eine vitale Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Die Palette der Themen scheint schier endlos – und gleichzeitig der Rückgriff auf die zur Verfügung stehenden Daten sowie Ressourcen problematisch. Eine Sorge, die bei fast allen Briefings um sich greift und von so manchen Gesichtern abzulesen ist.

Einen ähnlich umfassenden Referenzrahmen vor allem für das Management der finanziellen Ressourcen der Aufbauarbeit soll das *Governance and Economic Management Assistance Program* (GEMAP) liefern, das zugleich vielen Beobachtern als Kampfansage an die im Land weit verbreitete Korruption gilt.<sup>12</sup> Die Übereinkunft aus dem Jahr 2005 regelt detailliert und zeitlich gebunden die Anstrengungen, die die Regierung unternehmen muss, um die zu Tage getretenen Missstände ihres Finanzmanagements zu beheben. Zu den identifizierten Bereichen zählen (i) Finanzmanagement und Rechenschaftspflicht, (ii) Budgetpraxis und Offenlegung von Ausgaben, (iii) Öffentliches Beschaffungswesen und die Erteilung von Konzessionen, (iv) die Schaffung effektiver Kontrollmechanismen zur Korruptionsbekämpfung sowie (v) Capacity Building und die institutionelle Stärkung von besonders relevanten Einrichtungen wie zum Beispiel des Central Audit Office. Erklärtes Ziel ist es, durch diese Maßnahmen die Grundlage für ein funktionierendes Steuerwesen zu schaffen, und dadurch die Einnahmen des Staates zu erhöhen bzw. die Ausgaben in die richtigen Kanäle zu leiten. Erwähnt werden sollte, dass die erfolgreiche Umsetzung der im GEMAP festgelegten Ziele die Voraussetzung für die Erstellung einer von der Weltbank begleiteten Strategie zur Reduzierung von Armut darstellt (Interim Poverty Reduction Strategy), und somit einen wichtigen Schritt für Liberia zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Form von direkten Budgetzuweisungen bedeuten könnte.

Im Verlauf unserer Treffen wurde GEMAP immer wieder als zentrales Programm oftmals mit einem Schmunzeln erwähnt, obwohl es – als ausgesprochenes Akronym – vielen Beteiligten als Kompass und Wegweiser für den Wiederaufbau von Staatlichkeit in Liberia gilt. Kritische Stimmen sehen in GEMAP vielleicht eher den zweifelhaften Versuch, maroden Strukturen des Landes auf bürokratischem Wege zu begegnen, ohne effektiv die Menschen zu erreichen. Dem ist jedoch entgegenzusetzen, dass die Schaffung von Transparenz und funktionierender Institutionen sowie die erhoffte Erweiterung der ökonomischen Basis zu den wichtigsten Voraussetzungen eines funktionierenden Staatswesens zählen, jedoch aufgrund eher mittel- bis langfristiger fiskaler Effekte zunächst wenig dazu beitragen, die akute Not weiter Bevölkerungsteile zu lindern.

In diesem Zusammenhang taucht auch aus vergleichender Perspektive eine ganz andere Herausforderung auf, wonach viele Krisenländer innerhalb weniger Jahre Gefahr laufen, wieder in das Chaos von Gewalt und Krieg zurückzufallen, wenn es nicht gelingt, staatliche Strukturen zu schaffen und zu konsolidieren bzw. humanitäre Hilfe in Entwicklungsaktivitäten zu überführen. Trotz dieser düsteren Vorstellung ist es zumindest beruhigend, dass sich die im Raum versammelten Akteure ihrer

<sup>12</sup> <http://www.gemapliberia.org/>

Verantwortung bewusst sind, und genauso wie Präsidentin Johnson-Sirleaf oder der SRSG Alan Doss um das befristete Zeitfenster der Aufbaumühungen und Erreichung von Stabilität wissen.

*Koordination* im Rahmen von Peacebuilding heißt hier vor allem Vermeidung von Doppelstrukturen und möglichst effiziente Mittelverwendung zur Erreichung der vereinbarten Ziele. Koordination bedeutet aber auch im Fall von akuter humanitärer Not sofort zu handeln, sich auf die Vergabe von Mitteln für „quick impact projects“ zu einigen, oder im Bedarfsfall zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Für die UN, die trotz der Heterogenität ihrer Akteure allzu häufig und fälschlicherweise einheitlich wahrgenommen wird, bedeutet dies in der Regel, dem Ideal einer Superbehörde nachzueifern, die möglichst umfassend für die öffentlichen Belange des Krisenlandes verantwortlich zeichnet und Anfragen systemintern adäquat verarbeitet und zu beantworten versucht. Das CMT ist sich diesem an die UN-Familie herangetragenen Anspruch und des Dilemmas des eigenen Handelns bewusst, und versucht als „one team“ zu agieren, wobei durch die Erstellung von Aktionsplänen Verantwortungsbereiche abgesteckt und somit die Grundlagen für Rechenschaftspflicht der operativen UN geschaffen werden. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politische UN im Falle Liberias ohne so genanntes *exekutives* Mandat nicht autorisiert ist, an Stelle der Regierung zu handeln, sondern in erster Linie als Partner für Anfragen und Expertise zur Verfügung steht.

### **Koordination als Beitrag zu „System-wide Coherence“**

Die Debatte über verbesserte Koordination läuft seit geraumer Zeit unter dem Stichwort „System-wide Coherence“ und verbindet konzeptionell den Anspruch als eben die eine UN aufzutreten („Delivering as One“) mit einer generellen Verbesserung des Management und der Qualität ihrer Arbeit in den Bereichen Entwicklung, humanitäre Hilfe und Umwelt.<sup>13</sup>

Als Eckpfeiler eines umfassenden Reformvorhabens von Kofi Annan 2006 ins Leben gerufen, wurden die Vorschläge des High Level Panel zu Jahresbeginn gesichtet, und am 16. April 2007 von Ban Ki-moon der Generalversammlung formal vorgestellt. Zu den relevanten Empfehlungen für Entwicklungsaktivitäten auf Landesebene zählen neben allgemeinen Harmonisierungsmaßnahmen die Einführung einer gemeinsamen landesspezifischen Bedarfsanalyse sowie die Erstellung eines Entwicklungshilfe-Programmrahmens (Development Assistance Framework, UN-DAF). Nimmt man diese Vorschläge als Kriterium für die Tätigkeit des CMT in Liberia, kommt man zu dem Schluss, dass sich deren Mission bereits vor der vollen Entfaltung der Debatte als progressiv erwiesen hat, da die beteiligten Akteure ihre koordinierten Tätigkeiten eben auf diesen Analyserahmen stützen.

Eine weitere zentrale Idee ist die Zusammenlegung von Büros, Budgets und Programmen, um eine einheitliche Präsenz der UN auf Landesebene zu erreichen. Die Vorstellung, dass sich durch die Zusammenlegung Synergieeffekte ergeben, scheint naheliegend. Auch aus praktischer Sicht scheint es sinnvoll, wenn die verschiedenen Büros zumindest auf einem *compound* vereint werden, da dies zu einer drastischen Reduzierung von Fahrzeiten in den oftmals verstopften Straßen führen würde, und auch das Personal aus Sicherheitserwägungen einem geringeren Risiko exponiert wäre. Ferner liegt es nahe, dass sich Kommunikation und *ad hoc meetings* vor Ort leichter arrangieren ließen. Diese horizontale Effizienzsteigerung auf Landesebene bleibt jedoch so lange illusorisch als die vertikale Verständigung zwischen *country office* und *headquarters* weiterhin Prozesse der Abstimmung verlangsamen oder schlimmstenfalls gar verhindern. Kohärenz verlangt deshalb auch ein effektives Dokumenten-Management, kompatible Datenbanken sowie eine Orientierung am Leitbild der lernenden Organisation, was unter dem Stichwort *knowledge-sharing* oder der Einrichtung von *lessons learnt units* diskutiert wird.

Dass die Empfehlungen nicht nur positiv aufgenommen werden, darf bei der fragmentierten Ausgangslage des „Systems“ nicht verwundern. Immerhin haben die UN-Mitgliedstaaten eigene Interessen,

<sup>13</sup> Vgl. den Beitrag von Francois Rohner „Systemweite Kohärenz- aus der Sicht des Nordens“, in: Vereinte Nationen (2/2007), S. 45- 51 sowie die Blaue Reihe Nr. 99 „Einheit in der Aktion“.

die den Reformvorschlägen in mancher Hinsicht entgegenstehen mögen, vor allem wenn es um eine Zusammenführung von Programmen geht, die eventuell neue politische Konditionalitäten mit sich bringen.<sup>14</sup> Aber auch die an anderer Stelle (siehe Beitrag zum Treffen mit UNOPS) erwähnten gewachsenen Identitäten, Organisationskulturen sowie mandats-bedingte Abhängigkeiten oder finanzielle Sonderstellungen bergen Konfliktpotenzial und sorgen gegebenenfalls für Frustration beim Personal, was Auswirkungen auf Arbeitsmoral und Leistungsbereitschaft haben kann. Im Zusammenhang mit der Implementierung von humanitärer Hilfe und der Koordination mit NGOs wurde der Gruppe berichtet, dass getrennte *compounds* sogar wünschenswert seien, da dies mehr Vertrauen schaffe, und den humanitären Imperativ von Unparteilichkeit stärker betone.

Um einige der Empfehlungen einem Praxistest zu unterziehen, haben sich verschiedene Länder unter der Federführung der United Nations Development Group (UNDG) bereit erklärt, als Pilotprogramme zu agieren.<sup>15</sup> Zur Herstellung einer gemeinsamen Wissensbasis dient die Internetpräsenz der Entwicklungsgruppe, wo nicht nur einzelne CMT ihre Vision von der *einen UN* vorstellen, sondern auch die verschiedenen Arbeitsgruppen ein Forum finden, um existierende Strukturen in den Bereichen Programm, Budget und lokale Präsenz mit den Empfehlungen der *High Level Group* abzugleichen, und ihre Analysen zu veröffentlichen.

So begrüßenswert der ambitionierte Plan nach verbesserter Kohärenz und Effektivität auch sein mag, mutet es jedoch ein wenig bizarr an, wenn sich UNDP, UNFPA, WFP und UNICEF beispielsweise auf vier Schritte für den Aufbau einer gemeinsamen Präsenz vor Ort einigen. Diese in der Manier von „How to...guides“ präsentierten Anleitungen wirken daher beinahe banal in ihrem Anspruch auf globale Gültigkeit, und die auf Öffentlichkeit bedachte Harmonie klingt nach Meinung des Autors eher nach Festigung strategischer Allianzen, denn echtem Reformwillen. Trotz dieser partiellen Kritik bleibt festzuhalten, dass die Arbeit des CMT von großer Bedeutung ist, da die wöchentlichen Treffen nicht nur eine gemeinsame Perspektive eröffnen, sondern alle Beteiligten in die Pflicht nehmen, ihren möglichen Beitrag zum Wiederaufbau in Liberia zu leisten. Vor allem für den UNDP Resident Coordinator ist es unerlässlich, als Ansprechpartner für die Regierung, und im Falle Liberias (DPKO-Mission) direkt dem Sondergesandten des Generalsekretärs unterstehend, sich auf die Zusagen der einzelnen Akteure bei der Formulierung realistischer Zielvorgaben verlassen zu können. Ein Eindruck, der an diesem Nachmittag unmissverständlich vermittelt wurde. Für Erheiterung sorgte abschließend der sehr ernstgemeinte Vorschlag zum *fundraising*, wonach von jedem Besucher ein Obulus zu verlangen sei – eine Art Kurtaxe – die bei der Einreise nach Liberia fällig würde. Dies war wohl eine Anspielung auf die vielen Besucher, die sich im Land zwar umschauen, aber unter monetären Gesichtspunkten wenig Konkretes zurücklassen. Ein Umstand, dem sich die Studiengruppe permanent ausgesetzt sah und der oftmals für Nachdenklichkeit sorgte.

## Dokumente, Literatur, Links

Heft 2/2007 der Zeitschrift Vereinte Nationen enthält Beiträge zur Debatte um Systemweite Kohärenz

Der Bericht A/61/583 zu System-wide Coherence ist abrufbar im Pdf-Format über die Website des High-level Panel on System-wide Coherence: <http://www.un.org/events/panel/> oder auf Deutsch bei der DGVN als Blaue Reihe Nr. 99 zu bestellen.

Wissenswertes zu sämtlichen UN-Reformvorhaben findet sich bei: <http://www.reformtheun.org>

Centre for UN Reform Education: <http://www.centerforunreform.org/node/33>

UN System Chief Executives Board for Coordination: <http://www.unsystemceb.org/>

UN Common Country Assessment Liberia: Consolidating Peace and National Recovery for Sustainable Development, abrufbar über UNDP: <http://www.lr.undp.org/index.htm>

Die Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen bemüht sich seit 1997 ebenfalls um mehr Kohärenz und verbesserte Koordination: <http://www.undg.org>

<sup>14</sup> Vgl. den Beitrag von Thalif Deen: Systemweite Kohärenz – aus der Sicht des Südens, in: Vereinte Nationen (2/2007), S. 52-55.

<sup>15</sup> S. <http://www.undg.org>

# Zur Koordination der humanitären Hilfe in Liberia<sup>16</sup>

Kai Yamaguchi

## Ausgangssituation 2006

Die primäre Herausforderung der humanitären Organisationen nach dem Ende des Bürgerkrieges 2003 war die Bereitstellung von Unterkünften, lebensnotwendigen Gütern und medizinischer Versorgung. Diese „Emergency Relief“ diente der unmittelbaren Unterstützung von Teilen der Bevölkerung, die anderenfalls einer lebensbedrohlichen Situation ausgesetzt geblieben wären. Mit fortschreitender Tätigkeit der UNMIL wird seit 2006 verstärkt ein Übergang von der Hilfsphase zu einer Wiederaufbau- und Entwicklungs-Phase angestrebt, in der staatlichen Institutionen sukzessive die Verantwortung über die Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung und der Schutz ihrer Unversehrtheit übertragen wird. Mit dem Amtsantritt der Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf im Januar 2006 verknüpfte die internationale Gemeinschaft dabei große Hoffnungen. Das neu geschaffene und direkt dem Präsidialamt unterstehende Liberia Reconstruction and Development Committee (LRDC) zeugt von der politischen Bereitschaft auf Seiten der liberianischen Regierung, die Entwicklung einschließlich der humanitären Agenda führend mitzugestalten. Während UNMIL Sicherheit und politische Stabilität gewährleistete, konnten UN-Organisationen, GOs, NGOs und Regierung bis Beginn des Jahres 2007 die Rückkehr von 321.000 IDPs – was die Zahl der 314.000 insgesamt registrierten IDPs noch übersteigt – und ca. 80.000 registrierter Flüchtlinge herbei führen – so die Zahlen, die wir während des Briefings erhielten.

Diesen Erfolgen stehen weiterhin zwingende Fakten gegenüber. Anfang 2007 waren 110.000 registrierte Flüchtlinge noch nicht repatriiert, während die bestehende Grundversorgung in vielen Bereichen immer noch nicht gewährleistet ist: Nur 35% der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser und nur 40% zu medizinischer Versorgung, im ländlichen Raum sind es nur 10%. Die „Food Security and Nutrition Survey“ vom September 2006, erhoben von UN-Organisationen und u. a. der GTZ, ergab, dass 11% der untersuchten Haushalte keinen Zugang zu ausreichender Ernährung haben, bei 40% ist die ausreichende Ernährung als „höchst unsicher“ einzustufen, bei 41% ist sie „nicht gesichert“. 39% der Kinder unter 5 Jahren zeigen Anzeichen von Unter- oder Mangelernährung.

## Humanitäre Koordination der Vereinten Nationen

Die Koordination der humanitären Hilfe während der Relief-Phase oblag einer Feld-Dependance des Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA). Vor dem geplanten Übergang zur Entwicklungsphase wurde auch der Verantwortungsbereich von OCHA an die Humanitarian Coordination Section (HCS) von UNMIL übergeben. Die HCS untersteht dem Humanitarian Coordinator (HC), der auch als Deputy Special Representative of the Secretary General (DSRSG) und UNDP Resident Coordinator (RC) fungiert. Diese Personalunion ist in UN-Missionen nicht unüblich. In Liberia wird dieses Amt gegenwärtig von Jordan Ryan ausgeübt.

Mit der Integration der HCS in den Arbeitsbereich „Recovery and Governance“ wurde auch die humanitäre Arbeit dichter an den Fokus nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit gerückt. Die Aufgabe der HCS besteht darin, Informationen über die humanitäre Situation zu sammeln und den Partnern zugänglich zu machen, Ressourcen zu mobilisieren, Mechanismen und Pläne zur Koordination und Notfallhilfe bereitzustellen, gefährdete Bevölkerungsgruppen politisch zu unterstützen, lokale Kapazitäten zur Notfallabwehr zu entwickeln und zu stärken.

<sup>16</sup> Treffen und Gespräch mit Trond Jensen, Humanitarian Field Coordinator in der Humanitarian Coordination Section (HCS) von UNMIL, 29.3.2007.

Neben der Errichtung einiger Arbeitsplattformen und Mechanismen zum Informationsmanagement koordiniert die HCS das Einwerben von humanitären Hilfsgeldern insbesondere in der Form von „Consolidated Appeals“, d. h. Konvoluten von Projektfinanzierungsanträgen zu bestimmten Schwerpunkten. Ein Derivat dieses Ansatzes ist der international propagierte so genannte „Cluster Approach“, der jeweils bestimmten Organisationen die leitende Verantwortung in den Schwerpunktaufgaben zuweist. Der jüngste von der HCS konsolidierte Plan ist der „Liberia 2007 Common Humanitarian Action Plan (CHAP)“. Er identifiziert folgende sektoralen Schwerpunkte und die entsprechend benötigten Ressourcen auf der Basis der Angaben der teilnehmenden Organisationen:

<b>Sector</b>	<b>Original Requirements in US-\$</b>
Agriculture	10,700,000
Education	3,536,000
Health	43,703,000
Multi-Sector	32,265,201
Protection/Human Rights/Rule of Law	20,628,960
Water and Sanitation	5,958,152
Grand Total (in US-Dollar)	116,791,313

Erklärtes Ziel ist es u. a., neben der Bekämpfung gegenwärtiger und erwarteter humanitärer Notstände, den Übergang von humanitärer Notfallhilfe zu Entwicklung so störungsfrei wie möglich zu gestalten.

Ähnliche „Consolidated Appeals“ der Vorjahre haben den Handlungsspielraum der humanitären Organisationen um einiges erweitert. 2006 konnten auf der Basis der vom HCS konsolidierten Anträge über 70 Mio. USD eingeworben werden. Größte Geldgeber außerhalb der UN waren dabei die USA (18 Mio. USD), Japan (12 Mio. USD) und die EU (9 Mio. USD).

## **Ausblick**

Die Entwicklung der humanitären Situation in Liberia hängt stark von der zukünftigen Fähigkeit der Regierung ab, die soziale Grundversorgung der Bevölkerung und den Schutz der Menschenrechte sicherzustellen. In Vorwegnahme der erwarteten Entwicklung und durch die relativ positiven Fortschritte der letzten Jahre ermutigt, stellen viele NROs ihre Programme bereits von Notfallbekämpfung auf Entwicklung um. Es ist weiterhin von erklärtermaßen höchster Priorität der HCS, etwaige Versorgungslücken rechtzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls mit Hilfe des Inter-Agency Standing Committee (IASC) und Partnern entgegenzusteuern, sowie die Ächtung von Menschenrechtsverletzungen national und international auf die politische Agenda zu setzen. Darüber hinaus bleibt die Reintegration und Rehabilitation von Ex-Kombattanten und den verbleibenden 110.000 Flüchtlingen eine wichtige Aufgabe zur Stabilisierung des Landes. Bestehende Marginalisierung, Armut und Soziale Disparitäten allein könnten die erzielten Fortschritte bereits gefährden. Die Stabilität und weitere Entwicklung könnte auch durch Verwerfungen von Konflikten in den Nachbarländern, namentlich Guinea, Elfenbeinküste und Sierra Leone, in Mitleidenschaft gezogen werden. Die HCS und das IASC halten Notfallpläne bereit, um bis zu 100.000 Flüchtlinge aus der Elfenbeinküste in Liberia erstzuversorgen, sollte der Friedensprozess dort kollabieren.

Bislang sind den am CHAP beteiligten Organisationen 28 Mio. US-Dollar von Geberseite zugekommen und weitere 22 Mio. US-Dollar in Aussicht gestellt worden. Damit ist der Appeal zu etwa einem Drittel finanziert. Der international von OCHA und von der HCS in Liberia vielfach erwähnte Cluster Approach ist nicht unumstritten. Nicht alle humanitären Organisationen begrüßen die Verbindlichkeit, die der relativ neue Cluster Approach fordert. Insbesondere in Complex Emergencies, d. h. in Notfällen in Konfliktgebieten mit möglicherweise erwünschter oder auch unerwünschter Beteiligung des Militärs, steht die Bewährung dieses Ansatzes noch aus. Die Verbrechen der Bürgerkriege sind

nach der Meinung etlicher Organisationen nicht ausreichend aufgearbeitet worden. Obwohl die HCS die „Truth and Reconciliation Commission“ lobend erwähnt, bleiben deren Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurück. Auch Berichte über Verletzungen der Menschenrechte durch die von UNMIL beaufsichtigte Polizei werden kaum durchgreifend untersucht.

**Zusätzliche Quellen:**

Comprehensive Food Security and Nutrition Survey: <http://www.wfp.org/odan/senac>  
Funding status consolidated appeals: [www.reliefweb.int](http://www.reliefweb.int)

# Civil Affairs in Friedensmissionen. Dimensionen des Wiederaufbaus von Staats- und Gesellschaftsstrukturen<sup>17</sup>

Till Blume

Die Civil Affairs Section von UNMIL ist mit 92 UN-Beamten (Juli 2007) eine der größten der Mission, die nicht nur Büros im ganzen Land hat (4 regional offices, 15 county offices), sondern mit einer Vielzahl von Ministerien und weiteren öffentlichen Institutionen (wie z. B. der Diamond Agency) auf allen Ebenen des Staates zu tun hat. Die Direktorin, Zainab Bangora aus Sierra Leone, beschreibt die Aufgabe der Abteilung als „eyes and ears of the mission“. Civil Affairs ist die Abteilung, die sich um den Wiederaufbau und die Stärkung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen kümmert. Dabei geht es in Liberia um die Hafenbehörde genauso wie um staatliche Lohnauszahlungsstellen in den Regionen (counties), um die Außenstelle des Innenministeriums in Fishtown ebenso wie um die NGO, die für die Rechte vergewaltigter Frauen eintritt. Zudem liefert Civil Affairs der UN-Mission Informationen aus abgelegenen Regionen Liberias.

Civil Affairs war ursprünglich, gemeinsam mit der UN Polizei und den Unterabteilungen für Menschenrechte und für den Wiederaufbau der Justiz, organisatorisch unter dem stellvertretenden SRSG für Rule of Law and Operations angesiedelt. Seitdem die neue Regierung unter Ellen Johnson-Sirleaf im Amt ist, gehört ihre Abteilung aber zur Abteilung für Entwicklung und Wiederaufbau. Aufgrund der vielen Aufgaben hat Civil Affairs aber weiterhin Verbindungsbeamte in anderen Abteilungen der UNMIL.

Zudem koordiniert Civil Affairs die Programme der UN-Organisationen auf county-Ebene. Und dies alles für ein Ziel: einen „brand new state“ einschließlich „good governance“ in Liberia zu schaffen, so Zainab Bangora.

Wie die meisten der Konflikte in Afrika in den 90er Jahren war auch der Konflikt in Liberia ein blutiger Bürgerkrieg, der nicht nur zur Zerstörung der Infrastruktur, sondern zur vollkommenen Eliminierung staatlicher Institutionen und des sozialen Zusammenhalts geführt hat. Die liberianische Gesellschaft ist traumatisiert, und traut nach dem über 14 Jahre dauernden Krieg keinem mehr über den Weg, der sich „Staat“ nennt. Trotz der Popularität der neuen Präsidentin ändert sich dies nur langsam. Das Vertrauen in staatliche Institutionen, sowie in den Staat selbst, muss vollkommen wiederaufgebaut werden. Dies sei ähnlich wie in ihrem Heimatland Sierra Leone, so Bangora, nur dass das Ausmaß der Zerstörung in Liberia noch gewaltiger sei.

## Das Risiko eines Wiederaufflammens von Konflikten ist hoch

Internationale Anstrengungen zum Wiederaufbau in Post-Konfliktstaaten stehen einer Gefahr gegenüber, an die jeder kleine Rückschlag im Wiederaufbauprozess erinnert: mehr als 70% der Staaten, die einen internen Konflikt erfahren haben, fallen wieder in diesen zurück. Die Hauptgründe hierfür sind oft, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen nur langsam – und oft zu langsam – wiederkehrt, und dass die staatlichen Institutionen oft – trotz internationaler Unterstützung – sehr lange brauchen, um überhaupt zu existieren und effizient und rechtsstaatlich zu funktionieren.

Die größte Frage in Liberia – und für Civil Affairs – also ist: Wie entwickelt man einen neuen Staat? Wie baut man Ministerien auf, wenn nur 2% der Regierungsbeamten Universitätsabschlüsse haben? Wie geht man mit dem Problem um, dass Ministerien Geberunterstützung brauchen, aber oft das Wissen und die Expertise nicht haben, um die richtigen Anträge zu schreiben? Ein weiteres Problem ist dann der Moment, in dem das Geld ankommt: Wie geht man mit gewaltigen Summen in einem

<sup>17</sup> Treffen und Gespräch mit Zainab Bangora, Chief Civil Affairs, UNMIL, 29.3.2007.

Staat um, der bis 2003 – und auch während der Zeit Übergangsregierung – durch Korruption und Bereicherung Einzelner geprägt war?

Bangora ging weiterhin darauf ein, dass Geberinstitutionen oft ähnliche Projektmuster in ganz verschiedenen Ländern einsetzten, ohne dass aber geprüft werde, ob diese Muster in diesen verschiedenen Kontexten überhaupt Sinn haben. Auch die Vorgaben des UN-Sicherheitsrates seien zu schablonenhaft, und es erscheine deshalb fragwürdig, ob diese im Rahmen der UN-Friedensmissionen wirklich umgesetzt würden. Jede Friedensmission also sei jedes Mal eine eigene, neue Erfindung, die vor allem dann „vor Ort“ stattfindet.

Civil Affairs ist eine der wenigen Abteilungen, die es in fast jeder UN-Friedensmission gibt, die aber im DPKO nicht entsprechend widerspiegelt ist. Und dies, obwohl Beamte von Civil Affairs oft die ersten sind, die – nach den militärischen Verhandlungen und Verträgen – in Konsultation mit den lokalen und nationalen Counterparts erste Schritte für die Mission unternehmen. Dabei ist es meist die allererste Aufgabe, die Konfliktsituation zu analysieren und Gesprächspartner in den verschiedenen Fraktionen – und den verschiedenen sozialen Gruppierungen – zu identifizieren. Dies geschieht dann nicht nur auf nationaler, sondern auf kommunaler und regionaler Ebene (community und county). Alle Ebenen, so Bangora, seien gleich wichtig: *peacebuilding*, auf Deutsch mit „Friedenskonsolidierung“ übersetzt, müsse auf allen Ebenen gleichzeitig und gleichermaßen stattfinden. In Liberia ist es allerdings manchmal schwierig, von *peacebuilding* zu reden, wenn im Parlament ehemalige warlords und offensichtliche Kriegsverbrecher sitzen.

### **Staatliche Strukturen müssen sich erst etablieren**

Auf jeden Fall ist aber eine der Hauptaufgaben von Civil Affairs – vor allem wenn es um den (Wieder-) Aufbau von staatlichen Strukturen geht – die Präsenz der Ministerien und Verwaltungsbehörden im ganzen Land zu unterstützen. Dabei ist es vor allem nötig, die liberianische Zentralbank zu unterstützen, die ohne die UNMIL-Helikopter keine Löhne auszahlen könnte. Hier muss man UNMIL sicherlich einige Innovationen, wie beispielsweise die Zusammenarbeit der UN-Organisationen in County Support Teams sowie eine gute Koordination mit dem UN-Country Team, zugute halten.

Trotz der Fortschritte in Liberia, so Bangora, sei mehr Zeit nötig. Man könne zum Beispiel noch nicht – so nötig dies sei – über fiskalische Reformen sprechen, da hierfür die Kapazitäten noch nicht vorhanden seien. Und eine Dezentralisierung könne nur stattfinden, wenn es auch etwas zu dezentralisieren gebe. Auf der community-Ebene in Liberia gibt es eigentlich nichts mehr, was an staatliche Strukturen erinnere (und in machen Bereichen sind wohl nie staatliche Strukturen präsent gewesen). Deswegen spiele – neben dem Wiederaufbau staatlicher Institutionen – auch der Wiederaufbau der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle, sowohl für die sofortige Stabilisierung von Gesellschaften als auch für die Kontrolle der sich gerade im Aufbau befindlichen Regierung. Wenn kein zusätzliches Korrektiv für staatliche Willkür und politische Meinungen geschaffen werde, sei die Nachhaltigkeit vieler Reformen schon von vornherein zum Scheitern verurteilt.



# UNOPS – Projektdienste an der Schnittstelle von humanitärer Hilfe und Entwicklung<sup>18</sup>

Daniel Maier

Das Büro für Projektdienste<sup>19</sup> (UNOPS) ging zu Beginn der 1990er Jahre aus dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) hervor und wurde von der Generalversammlung zum 1. Januar 1995 durch Beschluss 48/501 als eigenständige Agentur der Vereinten Nationen mit Sitz in New York gegründet. Aufgrund seines Mandats, der Organisationsstruktur und finanziellen Verfasstheit gilt UNOPS als *einzigartig* innerhalb des UN-Systems, ohne dass damit a priori eine Wertung zum Ausdruck kommen soll. UNOPS bezieht keine Gelder aus dem regulären Haushalt der UN. Im Gegenteil, das Büro für Projektdienste muss sich durch die Bereitstellung von Dienstleistungen im Rahmen seines Mandats gewissermaßen *selbst finanzieren*, und ist deshalb entsprechend auf eine effiziente Mittelverwendung sowie permanente Projekt-Akquise bedacht. Die Kehrseite dieses innovativen und nachfrageorientierten Ansatzes ist jedoch eine durch das Mandat bedingte (finanzielle) Abhängigkeit von anderen UN-Organisationen, die ihrerseits seit einigen Jahren vermehrt zu programmorientierter Gemeinschaftsfinanzierung übergehen und Projekte im DEX/NEX-Verfahren mit der jeweiligen Regierung gemeinsam implementieren.<sup>20</sup>

UNOPS, das sein Hauptbüro im zweiten Halbjahr 2006 nach Kopenhagen verlegt hat, ist Mitglied der UN-Development Group<sup>21</sup> und operiert derzeit in mehr als 25 Ländern mit einem Projektvolumen von mehreren Hundert Millionen US-Dollar. Zu den regulären Dienstleistungen zählen die Rekrutierung von Projektpersonal, die Ausrichtung von Ausschreibungen sowie Beschaffung von Gütern, aber auch die Verwaltung von Mittelzuweisungen durch internationale Finanzinstitutionen sowie die Projektimplementierung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Regierungen, die sich in politischer Transition befinden, oder die Folgen von Naturkatastrophen zu bewältigen haben.<sup>22</sup> UNOPS arbeitet somit an der Schnittstelle von humanitärer Hilfe und Entwicklung, und präsentiert sich als potenzieller Partner für verschiedene Sektoren sowie Phasen des *Post-Conflict Peacebuilding*.

## UNOPS in Liberia: Fokus Infrastruktur

Seit 2004 ist UNOPS wieder operativ in Liberia vertreten, nachdem das Büro – wie viele andere – bedingt durch den Bürgerkrieg seine Arbeit in den 1990er Jahren vorübergehend unterbrechen musste. Es wird dabei logistisch unterstützt von dem UNOPS-Regionalbüro in Nairobi, das effektiv das *back-stopping* (*Unterstützung von Länderbüros durch die Zentrale*) für die Operationen in Liberia betreibt. Zu den Sektoren, in denen UNOPS tätig ist, zählen zum Beispiel *Infrastructure, Education, Health, Basic Services, Economic Recovery* oder *Governance*. Die Bandbreite der in der Eigendarstellung<sup>23</sup> genannten sektoralen Tätigkeitsfelder offenbart, dass es in Liberia umfassender Investitionen in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens bedarf, am besten gleichzeitig und nachhaltig, sowohl in den größeren Städten entlang der Küste als auch im Landesinneren. Konzeptionell liegt dabei ein klarer Fokus auf Infrastrukturvorhaben, ein Sektor, in dem UNOPS traditionell den größten

<sup>18</sup> Treffen und Gespräch mit Cox Mason, Büro für Projektdienste der Vereinten Nationen (UNOPS), 28.3.2007.

<sup>19</sup> United Nations Office for Project Services.

<sup>20</sup> DEX/NEX steht für Direct bzw. National Execution und verzichtet als Verfahrensprinzip auf die Projektimplementierung durch Dritte. Ministerien können nach diesem Verfahren über Budgetzuweisungen direkt über Finanzmittel verfügen, freilich unter Einbeziehung von Kontrollmechanismen.

<sup>21</sup> Die UN Development Group (UNDG) ist ein Zusammenschluss von verschiedenen UN-Organisationen, die sich seit 1995 um mehr Kohärenz ihrer Aktivitäten durch regelmäßige Koordinierungstreffen bemühen: [www.undg.org](http://www.undg.org)

<sup>22</sup> Zur Selbstdarstellung siehe [www.unops.org](http://www.unops.org)

<sup>23</sup> M. Knowls: UNOPS in Liberia, Unveröffentlichtes Dokument (2007).

Anteil seines Portfolios verbucht, und sich vielleicht am sichtbarsten die Schnittstelle von humanitärer Hilfe und Entwicklung manifestiert, indem Straßen und Brücken den Zugang der verschiedenen Akteure zur Bevölkerung gewährleisten, und Transaktionskosten als Anreiz für zunehmenden Handel reduziert werden sollen.<sup>24</sup>

Cox Mason, der sich zum Zeitpunkt unseres Treffens als einziger *national staff* das Hauptbüro am UN-Drive mit dem UNOPS-Leiter vor Ort Michael Knowls teilt, konzentriert sein *briefing* auf einen kurzen Überblick verschiedener laufender Projekte, deren geographische Verbreitung durch eine übersichtliche Wandkarte mit Legende schnell erfasst werden kann. So erfahren wir von dem studierten Ingenieur, dass UNOPS neben der Rehabilitierung von Kliniken und Schulen auch am Bau von Polizeistationen sowie Kasernen beteiligt ist, und somit einen nicht unwesentlichen – im wahrsten Sinne des Wortes – *fundamentalen* Beitrag zur Reform des Sicherheitssektors leistet. Spontan taucht das Thema des ersten Tags vor dem geistigen Auge auf, der Besuch der Polizeistation in Jacob's Town oder die flüchtigen Gespräche mit den Rekruten am Rande des Besuchs der Polizeiakademie. Es wird klar, dass der Aufbau von Infrastruktur sich nicht auf den Bau von Straßen und Brücken eingrenzen lässt; vielmehr wird deutlich, dass ein „fragiler Staat“ eben jener Gebäude und physischen Infrastruktur bedarf, nicht nur um den zukünftigen Garanten der staatlichen Sicherheit würdige Unterkünfte und Dienststellen zu bieten, sondern um sich vor allem gegenüber der Bevölkerung sichtbar zu machen.<sup>25</sup>

Folgt man den Ausführungen Masons zur Erreichbarkeit der Projektorte, wird deutlich, unter welchen schwierigen logistischen Bedingungen in Liberia operiert wird. So erfahren wir, dass viele der Projekte nur mit Helikopter zu erreichen seien und dass Entfernungen an Stelle von Fahrzeiten, unter Angabe von Kilometern, häufig in Flugzeiten wiedergegeben würden. Beim Blick auf die Karte verwundert dabei nicht, dass die durchschnittliche Flugzeit ca. eineinhalb Stunden beträgt. Auffällig ist ebenfalls, dass sich die bunten Köpfe der Stecknadeln, die jeweils ein Projekt symbolisieren, in den grenznahen Regionen zu Sierra Leone, Guinea und Elfenbeinküste besonders dicht aneinander reihen. Hier zeigt sich scheinbar die Richtigkeit der eingangs erwähnte These einer Abhängigkeit von der Auftragsvergabe, und es lässt sich unschwer von der Hand weisen, dass dies symptomatisch für den staatlichen Aufbau in manchen Krisenregionen ist: Viele Akteure tummeln sich in der Hauptstadt, während einige wenige Akteure sich der schwierigen Aufgabe annehmen und in den entlegenen Teilen des Landes operieren.

In diesem Zusammenhang scheint es angebracht, funktionale Aufgabenbereiche von Friedenseinsätzen nicht nur aus der Perspektive der Bedürfnisse der Bevölkerung zu analysieren, sondern eben auch – hinsichtlich zu vergebender Aufträge – als Geschäftsfelder mit einem nicht zu unterschätzenden Finanzvolumen zu erkennen. Derzeit, so Mason, seien lediglich 20 Baufirmen beim *Ministry of Public Works* akkreditiert, womit nicht nur beschränkte Kapazitäten zum Ausdruck kommen. Es bedarf nicht allzu viel Vorstellungskraft um zu verstehen, dass hier ein erhöhtes Risiko für „extrabudgetäre Aufwendungen“ besteht und Managementkapazitäten häufig nur auf den Ausschreibungsformularen bestehen, jedoch den Anforderungen der Realität nicht Stand halten.<sup>26</sup> Umso wichtiger erscheint es daher, Modalitäten von Infrastrukturprojekten an den Bedürfnissen besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen auszurichten, indem arbeitsintensive Methoden den Vorzug erhalten, und mit dem Straßenbau als Jobmaschine das Anliegen verfolgt wird, Einkommen zu generieren und die Grundversorgung von Familien nach dem Selbsthilfeprinzip zu ermöglichen. Diese so genann-

<sup>24</sup> M. Knowls dazu: „Indeed, it will take time to rebuild the country, but it (infrastructure, D.M.) is essential for successful transition from an emergency phase into one of sustainable development“, Quelle: UNOPS in Liberia, Unveröffentlichtes Dokument (2007).

<sup>25</sup> In verschiedenen Gesprächen wurde uns mitgeteilt, dass in einigen Landesteilen niemals eine Polizeistation existierte, und der Staat entsprechend von der Bevölkerung nicht wahrgenommen wurde.

<sup>26</sup> Vergleiche hierzu den Bericht von Savage/ Jackollie et al: Corruption perceptions and risks in humanitarian assistance: a Liberia case study, ODI Humanitarian Policy Group, April 2007 ([http://www.odi.org.uk/hpg/papers/BG\\_Corruption\\_Liberia.pdf](http://www.odi.org.uk/hpg/papers/BG_Corruption_Liberia.pdf)). Es soll an dieser Stelle kein Generalverdacht ausgesprochen werden. Es ist jedoch wichtig darauf hinzuweisen, dass Korruption nicht nur auf der Akteursebene zu verorten ist, sondern auch in strukturellen Begebenheiten u. a. von externer Hilfe begründet ist.

ten *workfare*-Programme haben sich bereits in anderen Ländern (Indien, Pakistan, Afghanistan) als erfolgreich erwiesen, und scheinen sich konzeptionell in Post-Konflikt-Ländern zunehmend zu bewähren.

Ähnlich arbeitsintensiv (labour-intensive), jedoch stärker Sektoren übergreifend ausgerichtet, ist das sich im Aufbau befindliche *Civilian Conservation Corps*. Dieser Mechanismus zum Schutz von natürlichen Ressourcen und Wiederaufbau lokaler Strukturen auf der Gemeindeebene wurde bereits in anderen Ländern erfolgreich angewandt und dient, nicht zuletzt charakterisiert durch seinen partizipativen Ansatz, der Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte sowie Inklusion gesellschaftlich benachteiligter Personengruppen. Konzeptionell handelt es sich um das Anliegen, Biodiversität in natürlichen Lebensräumen zu erhalten sowie zusätzliche schützenswerte Flächen in Zusammenarbeit mit der Forestry Development Authority (FDA) auszuweisen, so zum Beispiel in der Umgebung des Sapo Nationalparks, der im Süd-Osten des Landes in der Region Sinoe liegt.<sup>27</sup>

### **Ausblick: „Delivering as One“?**

Der Termin bei UNOPS hat einen anschaulichen Beitrag zum besseren Verständnis der *blue box UN* geliefert: Zum einen konnte man gut erkennen, dass es innerhalb des UN Systems verschiedener Akteure bedarf, um politisch-konzeptionelle Strategien für den Aufbau des Landes in Zusammenarbeit mit der Regierung zu entwickeln. Dem gegenüber steht jedoch auch die Verpflichtung der UN, Worten Taten folgen zu lassen, womit der operativ-logistische Arm der UN gefordert ist, die Regierung in ihrem Bemühen, die Bevölkerung zu erreichen, zu unterstützen, und gleichzeitig deren politische Legitimation zu stärken. Freilich gelingt dies nur, wenn beide Teile der UN partnerschaftlich mit der Regierung zusammenarbeiten, Ideen gemeinsam konzipiert und, dem Kontext entsprechend, Projektdokumente formuliert werden, die Verantwortungsbereiche klar definieren und somit auch die Grundlagen für den häufig bemühten Anspruch auf Rechenschaftspflicht (accountability) geschaffen werden.

Entscheidende Faktoren und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit sind daher (i) eine Harmonisierung der Mandate und Arbeitsprozesse, (ii) ein koordiniertes Auftreten sowie (iii) Klarheit über Kosten und Laufzeiten von Programmen, um politischen wie sozialen Instabilitäten mit erhöhter Planungssicherheit für die Regierung zu begegnen (Vgl. hierzu auch das Gespräch mit dem UN-Country Team). Strukturelle Schwierigkeiten bei der Schaffung dieser Voraussetzungen sind erkennbar durch mandatbedingte Abhängigkeiten und Restriktionen sowie häufig durch gewachsene Identitäten verschiedener Akteure und deren Organisationskultur, die die Umsetzung von Reformvorhaben gerade vor dem Hintergrund einer komplexen Friedensmission schwierig erscheinen lassen.

Zu den jüngsten Initiativen der Reformagenda zählen beispielsweise die Vorschläge des *High-level Panel on UN System-wide coherence in the areas of development, humanitarian assistance and environment*, die bestehende systemische Ineffizienzen gerade mit Bezug auf Mandate problematisieren. Ob die Akteure in der Lage sein werden, die Ideen von systemweiter Kohärenz umzusetzen, und als eine UN zu agieren („*deliver as one*“) bleibt daher weiter eine der großen aktuellen Herausforderungen, die bei unseren Begegnungen mit Einrichtungen der UN in Monrovia offensichtlich wurden. Wichtige Fragen bleiben allerdings offen, die doch gerade im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und Kostenstruktur von Entwicklungsaktivitäten der UN dringend beantwortet werden müssen: Ist die UN qua ihres Mandats dazu verpflichtet, Aufbauhilfe um jeden Preis zu leisten oder könnten nicht zumindest einige zentrale Aufgaben an private Akteure zügig übertragen werden (Elektrizität, Wasserversorgung, Müll, etc)? Und was ist eigentlich der Preis eines öffentlichen Guts in einem Land wie Liberia? Was packt man zuerst an, und wo müssen Querschnittsaufgaben verankert werden? Und schließlich daran anknüpfend die allzeit spannende Frage nach den Exit-Strategien, erfolgreichem Capacitybuilding und Transition, was derzeit als große Herausforderung von Friedensmissionen gesehen wird, die aufgrund ihres komplexen Auftrags nicht nur Aspekte humanitärer Hilfe zu berück-

<sup>27</sup> Informationen zum Sapo-Nationalpark finden sich hier: <http://www.irinnews.org/report.aspx?reportid=56153>

sichtigen haben, sondern gerade im Hinblick auf Nachhaltigkeit die Grundlagen für den Aufbau des Staates und sozio-ökonomischer Entwicklung schaffen. Gerade im Hinblick auf die Debatte „linking relief to development“ ist es deshalb schade gewesen, dass es zu keinem gesonderten Briefing mit UNDP gekommen ist. Ein solches Treffen hätte wohl auch zusätzliche Informationen über das operative Umfeld von UNOPS vermittelt, und Gelegenheit gegeben, Ansätze und Herausforderungen eines innovativen Projektmanagements zu diskutieren, das zumindest in der Rhetorik der beteiligten Akteure zunehmend Eigenverantwortung in den Mittelpunkt rückt, und auf die Herstellung von „local ownership“ abzielt.

### **Dokumente, Literatur, Links**

Savage/ Jackollie et al: Corruption perceptions and risks in humanitarian assistance:  
a Liberia case study, ODI Humanitarian Policy Group, April 2007,  
[http://www.odi.org.uk/hpg/papers/BG\\_Corruption\\_Liberia.pdf](http://www.odi.org.uk/hpg/papers/BG_Corruption_Liberia.pdf)

Report of the High-level Panel on System-wide coherence in the areas of development,  
humanitarian assistance and environment (A/61/583)

[www.unops.org](http://www.unops.org) – [www.undg.org](http://www.undg.org) – [www.odi.co.uk](http://www.odi.co.uk) – [www.humansecurity.org](http://www.humansecurity.org) – [www.worldbank.org/conflict](http://www.worldbank.org/conflict) –  
[www.reliefweb.int](http://www.reliefweb.int) – [www.irinnews.org](http://www.irinnews.org)

# Die Deutsche Welthungerhilfe in Liberia<sup>28</sup>

Richard Pöschl

Neben vielen nationalen und internationalen NGOs ist auch die Deutsche Welthungerhilfe (DWHH) seit September 2003 an zahlreichen Projekten des Wiederaufbaus in Liberia beteiligt.<sup>29</sup> Das Engagement umfasst die Förderung von vier Groß-Projekten mit einem Volumen von derzeit<sup>30</sup> ca. 14 Mio. EUR (Kofinanzierungsanteil 93%). Da die meisten anderen Hilfsorganisationen im Norden und Westen des vom Bürgerkrieg gezeichneten Landes tätig sind, setzt die DWHH einen Schwerpunkt in den strukturschwachen süd-östlichen Verwaltungsbezirken (River Ghee, Sinoe und Grand Gedeh Counties).<sup>31</sup> Die inhaltlichen Schwerpunkte umfassen Ernährungssicherung, Schulspeisung, Wasserversorgung, Wiederaufbau sozialer Infrastruktur sowie Straßen- und Brückenerneuerung. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden ein Regionalbüro in Monrovia und jeweils ein Projektbüro in Lofa Bridge (Grand Cape Mount) und Zwedru (Grand Gedeh) mit insgesamt sieben entsandten Fachkräften eingerichtet. Ferner werden die deutschen Helfer von ca. 115 liberianischen Mitarbeitern unterstützt. Die DWHH arbeitet in Liberia an einem Pilotprojekt mit Medica Mondiale bei der Durchführung von Nothilfe- und Entwicklungsmaßnahmen in Verbindung mit medizinischer und psychologischer Hilfe für Frauen zusammen. Im Folgenden sollen diese einzelnen Projekte kurz vorgestellt werden.

## Wiederansiedlung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen (BMZ und WFP)

In den nord-westlichen Counties Bomi und Cape Mount wurde zwischen April 2005 und Dezember 2006 ein vom BMZ<sup>32</sup> und WFP finanziertes Projekt zur Wiederansiedlung von Flüchtlingen durchgeführt. Besondere Aufmerksamkeit lag dabei auf der Nahrungsmittel-Sicherheit, die durch Versorgung der angesiedelten Flüchtlinge mit Saatgut und Gerätschaften sowie der Einweisung in landwirtschaftliche Anbau- und Verarbeitungsmethoden garantiert werden sollte. Des Weiteren mussten die Grundlagen für eine soziale Infrastruktur geschaffen werden (Schulen, Brücken, Straßen etc.). Die nötigen Baumaterialien für dieses Projekt wurden von der DWHH bereitgestellt, während die Arbeiten unentgeltlich von der Bevölkerung als Eigenbeitrag bzw. von bezahlten qualifizierten Arbeitskräften geleistet wurden. Dieses Projekt half ca. 6620 Familien und wurde von September bis Dezember 2006 vom BMZ mit weiteren 250.000 USD unterstützt.

## Versorgung mit sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen (ECHO)

Zwischen September 2005 und April 2006 kam ein von ECHO<sup>33</sup> finanziertes Programm zum Graben und Erneuern von Brunnen sowie der Beschaffung von zahlreichen Pumpen ca. 30.000 Menschen in den nord-westlichen Verwaltungsbezirken Bomi, Grand Cape und Gbarpolu zugute. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und auch Sanitäreinrichtungen waren außerhalb der County-Hauptstädte so gut wie gar nicht vorhanden. Nur weniger als ein Viertel der Haushalte in den Counties verfügte über Latrinen oder Toiletten, was erheblich zur Verbreitung von Krankheiten beitrug. Um dieses Problem zu beheben, sollten Hygieneberater die Bevölkerung in Fragen der Hygiene schulen und durch ein Toilettenprogramm für Familien, bei dem die Bodenplatte zur Verfügung gestellt wurde, wenn die Familie die Bauarbeiten selbst durchführte, die Versorgung mit Sanitäranlagen angeregt werden. Im Zeitraum Januar bis November 2007 wurde die Arbeit der DWHH von ECHO mit weiteren

<sup>28</sup> Treffen und Gespräch mit, Derek Frank, Deutsche Welthungerhilfe, DWHH Hq Monrovia, 27.3.2007.

<sup>29</sup> Seit 02. Oktober 2003 als NGO in Liberia anerkannt.

<sup>30</sup> Stand April 2007.

<sup>31</sup> Außerdem vereinzelt Projekte im Nordwesten (Bomi, Gbarpolu und Grand Cape Mount Counties).

<sup>32</sup> Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; 1,6 Mio. USD.

<sup>33</sup> Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft; 360.000 USD.



Eingang zum Büro der DWHH in Monrovia.

Foto: R. Pöschl

des Südostens Liberias (Grand Gedeh, Rivergee und Sinoe). Die Deutsche Welthungerhilfe führt im Auftrag der KfW Entwicklungsbank dieses aus Mitteln des BMZ finanzierte Programm seit Oktober 2005 durch. Das Projekt konzentriert sich auf vier Bereiche, in denen der Wiederaufbauprozess bis Dezember 2008 unterstützt werden soll.

#### (i) Infrastruktur:

Die gesamte ländliche Infrastruktur in der süd-östlichen Region stellt sich als katastrophal dar. Das Straßennetz ist mehr als lückenhaft und kaum eine Straße ist ganzjährig befahrbar. Besonders problematisch ist die Vielzahl beschädigter oder völlig zerstörter Brücken, so dass insbesondere in Rivergee ganze Landstriche von der Außenwelt abgeschnitten werden. Für alle Infrastrukturmaßnahmen werden so weit wie möglich lokale Arbeitskräfte eingesetzt. Die Tätigkeiten werden mit arbeitsintensiven Methoden durchgeführt, um neben den Gemeindemitgliedern auch möglichst vielen Ex-Kombattanten zumindest eine temporäre Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Die Tatsache, dass bei diesen Maßnahmen Ex-Kombattanten und andere unterstützungsbedürftige Gruppen gleichermaßen gefördert werden, soll verhindern, dass Animositäten zwischen den Gruppen entstehen. Auf diese Weise wird die Bevölkerung ermuntert, sich in gemischten Gruppen zusammenzuschließen, wodurch der Organisationsgrad erhöht und ein Beitrag zur Friedensbildung geleistet wird.

#### (ii) Wasserbau und Sanitäreinrichtungen:

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Projekts ist die Schaffung des Zuganges zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen. Mittels lokaler Baubrigaden werden Brunnen ausgeschachtet, gemauert und mit einfachen Handpumpen versehen. Außerdem sollen in den einzelnen Communities „Wasserkomitees“ geschaffen werden, die die Instandhaltung der Brunnen überwachen und koordinieren.

885.000 EUR unterstützt. Da ca. 1/3 der verfügbaren finanziellen Mittel der DWHH von der Europäischen Union bereitgestellt werden, zählt diese zweifelsohne zu den wichtigsten Geldgebern.

#### Emergency Schoolfeeding Programme (WFP)

Seit Oktober 2005 führt die DWHH sehr erfolgreich ein vom WFP finanziertes<sup>34</sup> Schulspeisungsprogramm in den süd-östlichen Counties durch. Hierbei werden Kinder täglich an bis zu 255 Schulen versorgt, wobei die Mädchen teilweise auch Rationen für zu Hause erhalten. Bisher konnten ca. 55.000 Kinder von diesem Programm profitieren.

#### Ländlicher Wiederaufbau im Süd-Osten Liberias (KfW)

Dieses bisher größte Engagement der DWHH in Liberia ist Teil des Programms der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit zum Wiederaufbau

<sup>34</sup> 2,4 Mio. USD.

### **(iii) Landwirtschaft:**

Der dritte Schwerpunkt betrifft die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion, um die Menschen unabhängig von Nahrungsmittelhilfen zu machen. In diesem Zusammenhang werden landwirtschaftliche Gerätschaften und Saatgut zur Verfügung gestellt. Eine Aufstockung des Kleinviehbestandes sowie landwirtschaftliche Ausbildung, u. a. in Agro-Forsttechniken, sollen die Grundlagen für eine marktorientierte Produktion schaffen.

### **(iv) Unterstützung für Opfer sexueller Gewalt:**

Der vierte Schwerpunkt dieses Projekts, nämlich „Kampf gegen sexuelle Gewalt“, wird in Kooperation mit Medica Mondiale durchgeführt. Da auch nach dem offiziellen Ende des Krieges die Gewalt gegen Frauen und Kinder kein Ende nahm und bis heute schätzungsweise 70% der Frauen und Mädchen geschlechtsspezifischer Gewalt zum Opfer gefallen sind, kommt einer medizinischen und psychologischen Betreuung der Betroffenen eine herausragende Bedeutung zu.

## **Ausblick**

Besonders wichtig bei allen Maßnahmen ist, dass die DWHH eng mit den Sektor-Ministerien, den County-Autoritäten und den gesellschaftlichen Basisgruppen zusammenarbeitet. Um eine hohe Teilhabe der Bevölkerung zu ermöglichen, ohne die Souveränitätsrechte der Regierungsstellen zu beschneiden, ist eine umfassende Kommunikationsstrategie notwendig. Jedoch funktioniert die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen, besonders mit dem Gesundheitsministerium, inzwischen sehr gut, so dass durch gezielte Schulungen der Regierungsmitarbeiter die staatlichen Stellen am Entwicklungshilfeprozess teilhaben können. So beteiligt sich das Ministry of Public Works sehr engagiert an der Planung und Genehmigung von Brücken.

Obwohl die Sicherheitslage als sehr anfällig für Zwischenfälle gilt, ist die Situation derzeit ruhig und die Akzeptanz der DWHH in Liberia sehr gut. Problematisch ist, dass die Regierung außerhalb Monrovia nur sehr rudimentär präsent ist, wodurch für die NGOs in den Counties vor allem Einschränkungen durch Korruption auf lokalem Niveau und unklare Rahmenbedingungen existieren. Eine Kooperation bzw. Koordination mit anderen internationalen NGOs ist gegeben und funktioniert auch relativ zufriedenstellend.

Wie wir erfahren, liegen die Ergebnisse der Aktivitäten der DWHH in Liberia in vielen Bereichen weit über den gesteckten Zielen. Dennoch bleibt für die Zukunft, besonders im Bereich der Infrastruktur, noch erheblicher Handlungsbedarf.

## **Weiterführende Links**

Veröffentlichung der DWHH, Hilfsprojekt in Liberia: Kampf gegen sexuelle Gewalt

<http://www.welthungerhilfe.de/liberia-hilfsprojekt-frauen.html>

Veröffentlichung der DWHH, Kriegsverbrechen gegen Mädchen und Frauen ahnden

<http://www.welthungerhilfe.de/890.html>

medica mondiale in Liberia

<http://www.medicamondiale.org/projekte/liberia/>

medica mondiale, Pionierarbeit in Liberia

<http://www.medicamondiale.org/projekte/liberia/pionierarbeit/>

## **Versorgungssicherheit garantieren: Ein Besuch beim Ernährungsprogramm der UN<sup>35</sup>**

Maximilian Meindl

Derzeit hat WFP, das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen, 310 Mitarbeiter in Liberia, darunter 24 Personen „International Staff.“ Wie der Leiter des Büros Louis Imbleau erläutert, ist geplant, binnen der nächsten zwei Jahre die Zahl der Mitarbeiter auf 238 zu reduzieren, von denen nur noch 12 ausländische (d. h. internationale) Mitarbeiter sein sollen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Unterstützung der Binnenvertriebenen (Internally Displaced Persons, IDPs). In den letzten 18-24 Monaten wurden – laut Louis Imbleau – allein 329.800 IDPs sowie 94.000 Flüchtlinge zurückgeführt, die gerade in den ersten Monaten nach ihrer Rückkehr besonders auf Unterstützung angewiesen sind. Die Arbeit mit Flüchtlingen und IDPs als nationale Herausforderung wird umso deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass 86% der liberianischen Haushalte während des Krieges mindestens ein Mal fliehen mussten.

Große Probleme bereitet weiterhin die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln für viele Liberianer. Nach Statistiken des WFP sind lediglich 8,6% der liberianischen Landbevölkerung „food secure“, 50,5% hingegen sind „food insecure“ oder „highly vulnerable to food insecurity.“ In den Counties Lofa, Bomi, River Gee und Grand Kru sind mehr als 60% aller Haushalte auf dem Land „food insecure“ oder „vulnerable“. Die Situation im Nordwesten des Landes ist hauptsächlich kriegsbedingt, während die Situation im Süden und Osten als chronisch bezeichnet werden kann. Anschaulich werden diese Daten vor allem durch ein geschätztes Defizit von jährlich 40.000t Lebensmitteln.

### **Brauchbare Daten sind ein großes Problem**

Eines der größten Probleme des WFP in Liberia ist übrigens der akute Mangel an Informationen. Die Jahre der Diktatur und des Bürgerkriegs ließen Liberia ein „information black hole“ (WFP-Flyer Comprehensive Food Security & Nutrition Survey) werden, weshalb das WFP das gerade erst neu eingerichtete Amt für Statistik unterstützt. Das WFP hofft mit dieser Initiative wieder zuverlässige Daten zu erhalten, auf deren Grundlage Hilfsprogramme aufgebaut werden können. Erschwert wird die Arbeit des WFP weiterhin insbesondere durch folgende Faktoren: die Sicherheitslage in Liberia ist weiterhin fragil, die Regierung leidet unter einem Mangel an fähigen Beamten, die Region ist weiterhin instabil, das Interesse der Geberländer scheint zu schwinden, NGOs ziehen sich bereits wieder aus Liberia zurück und schließlich und endlich bereitet auch die schlechte oder nicht vorhandene Infrastruktur Liberias große Probleme.

Das derzeit größte Programm des WFP sind „safety net programs“, zu dem auch die Versorgung von Schulkindern mit Lebensmitteln („food-for-education“-Programme) gehört. Erklärtes Ziel ist, zurückgekehrte Flüchtlinge dauerhaft in einer Region zu halten und sie langfristig von fremder Hilfe unabhängig zu machen. Des Weiteren hilft das WFP den Bedürftigsten, zum Beispiel durch allgemeine Lebensmittelverteilungen. Diese sind noch immer von herausragender Bedeutung und häufig lebensrettend, da landesweit (in ländlichen Gebieten) allein 6.9% aller Kinder unter 5 Jahren stark unterernährt sind (in einigen Regionen sogar mehr als 10%). Weitere 39% der Kinder unter 5 Jahren sind in ihrer körperlichen Entwicklung aufgrund von falscher oder nicht ausreichender Ernährung zurückgeblieben. Die Ernährungssituation von Kindern ist in 9 von 15 Counties „kritisch,“ in den verbleibenden sechs Counties ist sie „ernst.“ Laut der WFP-Studie sind Haushalte, die auf unregelmäßige Vertragsarbeit, Jagen und die Produktion von Palmöl angewiesen sind, am häufigsten von „food insecurity“ betroffen, während Haushalte von Landwirten und fest angestellten Personen am seltens-

<sup>35</sup> Treffen und Gespräch mit WFP Country Director, Louis Imbleau, sowie dem WFP Logistik-Experten Daniel Nowack, WFP-Landesbüro, Freitag, 30.3.2007.



ten davon betroffen sind, obwohl auch diese Gruppe gefährdet ist, z. B. durch die Zerstörung ganzer Ernten durch Wildtiere. Zusätzlich betreibt das WFP einen „humanitarian air service,“ der Hilfsgüter und Passagiere, darunter immer wieder verletzte oder schwer erkrankte Personen, transportiert. Dieser „Air Service“ wurde im Jahr 2001 begonnen und hat allein im Jahr 2006 mehr als 7000 Personen befördert (darunter 21 Verletzte/Erkrankte) sowie 240t Fracht befördert. Dabei werden nicht nur Ziele innerhalb Liberias angefliegen, sondern auch Landeplätze in allen Nachbarländern Liberias.

Trotz der noch immer vorhandenen Probleme ist WFP derzeit im Begriff, einen Teil der Mitarbeiter abzuziehen („rightsizing“). Das Programm zur Unterstützung von IDPs und Flüchtlingen, das jährlich 70 Mio. US-Dollar kostet, wurde allerdings um weitere sechs Monate verlängert. Das WFP kooperiert dabei mit den liberianischen Ministerien, NGOs sowie dem UN Country Team. Ein Beispiel für die Kooperation der UN-Agenturen ist der Trust Fund for Human Security, ein gemeinsames UN-Programm mit dem Ziel, Familien die Möglichkeit zu geben, Landwirtschaft zu betreiben und dabei während der ersten Monate mit Expertise oder Saatgut zu unterstützen. Auch mit „Community based Organisations“ wird zusammengearbeitet, wobei diese dabei zuerst ihre Bedürfnisse feststellen müssen und dann an NGOs oder die UN-Agenturen als Projektpartner herantreten. Kaum beteiligt ist das WFP hingegen an Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, die laut Herrn Imbleau die großen internationalen Finanzinstitutionen angehen sollen. Seiner Aussage nach sollte sich die liberianische Regierung vor allem um die Wiedereinrichtung des Gesundheitssektors kümmern.

### **Beim Lebensmitteltransport ist gute Logistik von herausragender Bedeutung**

Im Laufe der Präsentation kamen einige Fragen über die Herkunft der Lebensmittel auf. Herr Imbleau erklärte, dass das WFP keinen festen Betrag aus dem regulären UN-Haushalt erhält, sondern lediglich durch freiwillige Beiträge der Mitgliedsstaaten finanziert werde. Neben Zuwendungen in „cash“ stellten die Geberländer auch häufig direkt Lebensmittel zur Verfügung (das WFP verfügt daher über einen großen Logistik-Sektor). Ansonsten würden Lebensmittel nach Möglichkeit direkt in der Region gekauft, in der sie verteilt werden sollen. Allerdings stellen einige Staaten oder internationale Organisationen Bedingungen auf, wie ihre jeweiligen Beiträge zu verwenden seien. So besteht die EU darauf, dass mit den von der EU bereitgestellten Hilfsgeldern lediglich Lebensmittel aus der EU angekauft werden. Die Lebensmitteltransporte erreichen über den Seeweg den Freihafen von Monrovia, der für das WFP von entscheidender Bedeutung und derzeit relativ sicher ist. Im vergangenen Jahr (2006) löschten 24 Schiffe dort für das WFP ihre Ladung. Von dort aus werden die Hilfsgüter auf dem Landweg mit LKW weitertransportiert, wozu das WFP eine eigene LKW-Flotte betreibt.

Laut WFP betragen die Verluste während des Transports der Lebensmittel derzeit weniger als 1%, was auf die Einführung einer Reihe von strengen Überwachungsmaßnahmen zurückzuführen sei. Bevor die Lebensmittel an die „Endverbraucher“ ausgegeben werden, werden sie auf mehrere Lagerhäuser in Liberia mit einer Gesamtkapazität von 20.000t aufgeteilt. Um zu verhindern, dass lokale Bauern auf Grund der „Gratislieferungen“ des WFP keinen Anreiz zum Anbau von Reis mehr haben, werden die Lieferungen langsam aber stetig verringert. Herr Imbleau gab aber zu, dass der einheimische Reis auf dem Weltmarkt derzeit nicht konkurrenzfähig ist. Dies ist insbesondere auf die Feld-Wald-Wechselwirtschaft, die in Liberia die am weitesten verbreitete Form der Landwirtschaft ist, zurückzuführen. Die Böden der Felder sind auf Grund des starken Regens bereits nach wenigen Jahren ausgewaschen und somit nicht mehr fruchtbar. Es sei falsch, so Herr Imbleau, sich zu sehr auf den Anbau von Reis zu konzentrieren.

# Eine komplexe Herausforderung: Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpfern – RRR – Rehabilitation, Reintegration und Recovery<sup>36</sup>

Maike Schübler/Ursula Thiele

*„After more than 10 years of conflict, there are men and women, and unfortunately also children, who have known only violence...The real danger is, if they remain idle, they can regroup not only to destabilize Liberia but the whole of the sub-region.“<sup>37</sup>*

*„It is envisaged that through comprehensive disarmament, demobilization and sustainable reintegration, all ex-combatants will be enabled to contribute to national development and reconciliation in Liberia instead of posing a threat to peace and stability.“<sup>38</sup>*

Seit mehr als 15 Jahren gehört das DDR<sup>39</sup>-Programm zu den grundlegenden Maßnahmen<sup>40</sup> der Vereinten Nationen zur Stabilisierung und langfristigen Entwicklung von Nachkriegsgesellschaften. Abrüstung (disarmament), Demobilisierung (demobilisation) und die Wiedereingliederung (reintegration) ehemaliger Kriegsteilnehmer sollen die Sicherheit und Stabilität in Post-Konflikt-Gebieten fördern und zum Wiederaufbau beitragen. Deshalb muss DDR in den gesamten Friedensprozess – von den Friedensverhandlungen über friedenssichernde Maßnahmen bis zur Friedenskonsolidierung – einbezogen werden.

Das Programm allein mag keine Konflikte lösen oder Gewalt verhindern, doch ist es möglich, mit seiner Hilfe eine Umgebung zu schaffen, in der andere Elemente der Rekonvaleszenz und friedenskonsolidierende Strategien umgesetzt werden können.<sup>41</sup> Deshalb liegt ein starker Fokus auf der Integration der ehemaligen Kämpfer, die innerhalb des DDR-Prozesses entwaffnet sowie aus ihren militärischen Strukturen herausgelöst und durch (Aus-)Bildungsmaßnahmen in ihrer sozialen und ökonomischen Integration gefördert werden, um aktive Teilnehmer am Friedensprozess werden zu können. Denn ohne die Perspektive einer selbständigen Sicherung der Existenzgrundlage bleiben

<sup>36</sup> Vorträge von und Gespräche mit u. a. Andrea Tamagnini, Leiter der UNMIL RRR-Abteilung, Ibrahim Idris, (RRR Head of Field Unit 3), Moses K. Cavela (Übergangsmanager der Guthrie-Plantage) und Herrn Qamar (UNMIL Sektor II-Militär), 25.3.2007 im UNMIL-Hauptquartier, Monrovia, Liberia und auf der Guthrie-Plantage.

<sup>37</sup> Charlotte Abaka (Independent Expert on Liberia, appointed by the UN Commission on Human Rights) beim Press briefing on Liberia's human rights situation, 23. Juli 2004, zitiert in: AI AFR 34/012/2004. S. 3.

<sup>38</sup> Liberia Needs Assessment – Sector Report on Demobilization, Disarmament, Rehabilitation and Reintegration. Revised Draft, NCDDR, 21. Januar 2004, p. 8.

<sup>39</sup> Definitionen finden sich z. B. unter: <http://www.unddr.org/whatisddr.php>, zuletzt abgefragt am 13.05.07, sowie: Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration Standards (IDDRS). United Nations. 2006. S. 2. Vgl. auch: Disarmament, Demobilization and Reintegration of ex-combatants in a Peacekeeping Environment – Guidelines and Principles. United Nations Department of Peacekeeping Operations. 1999. S. 15.

<sup>40</sup> Z. B. United Nation Assistance Mission in Sierra Leone (UNAMSIL, 1999), die Mission in der Democratic Republic of Congo (MONUC, 1999), die United Nations Mission in Liberia (UNMIL, 2003), die United Nations Operation in Cote d'Ivoire (UNOCI, 2004), die United Nations Stabilization Mission in Haiti (MINUSTAH, 2004), die United Nations Operations in Burundi (UNOB, 2004) sowie die United Nations Mission in Sudan (UNMIS, 2005). Nicht nur die letzten sieben UN-Mandate schließen allesamt DDR mit ein, die Vereinten Nationen unterstützen das Programm auch in Ländern, in denen man keine friedenssichernden Einsätze durchführt z. B. Aceh (Indonesien), Afghanistan, Niger, Uganda, etc.

<sup>41</sup> Vgl. <http://www.unddr.org/whatisddr.php>, zuletzt abgefragt am 13.05.07.

sie auch nach Beendigung des Konfliktes eine Gefahr für die Stabilisierung der Region. DDR schafft dadurch eine Grundlage für die Sicherung und Stärkung der Gemeinden, in die sie zurückkehren, um als Teil der Gemeinschaft leben können, während nationale Kompetenzen für lang anhaltenden Frieden, Sicherheit und Entwicklung aufgebaut werden sollen.

In Liberia wurde das offizielle DD-Programm mittlerweile beendet. Nach einer Bedarfsanalyse wurde der anschließende Prozess der Rehabilitation und Wiedereingliederung (rehabilitation and reintegration) um den Aspekt der Erholung der Gesellschaft und des Wiederaufbaus (recovery) erweitert. Ziel dieses RRR-Programms ist die Entwicklung einer langfristigen und nachhaltigen Strategie, als Beitrag zur Sicherung des Friedens in Liberia sowie der Stabilität in der Region. Gefahren für den Friedensprozess in Liberia stellen u. a. die hohe Arbeitslosenquote, die schlechte Versorgungslage, die angespannte wirtschaftliche Lage sowie die unsichere Situation in den angrenzenden Ländern (Sierra Leone, Guinea, Elfenbeinküste) dar.<sup>42</sup> Es wird befürchtet, dass nicht integrierte, arbeitslose und somit oft perspektivlose ehemalige Kombattanten, erneut Ursache für Unruhen, Gewalt und Instabilität in der Region sein könnten. Sicherheit und Stabilität jedoch sind die Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum.

### **Die Situation in Liberia: Rahmenbedingungen, Ablauf und Struktur**

Im Umfassenden Friedensabkommen (CPA)<sup>43</sup> wurden die Grundlagen für die Implementierung eines DDRR-Programms in Liberia<sup>44</sup> sowie die Gründung einer Nationalen Kommission für Abrüstung, Demobilisierung, Rehabilitation und Wiedereingliederung (NCDDRR)<sup>45</sup> festgelegt. Anschließend wurde die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (UNMIL) durch die Resolution 1509 (S/Res/1509 [2003]) des UN-Sicherheitsrates unter Kapitel VII errichtet, deren Mandat u. a. auch die Durchführung von DDRR beinhaltet.<sup>46</sup> Ziel des DDRR-Programms ist die Entwaffnung und Demobilisierung der liberianischen Streitkräfte (Armed Forces of Liberia, AFL), der liberianischen Regierung (Government of Liberia, GOL) der Rebellen Gruppen LURD (Liberians United for Reconciliation and Democracy) und MODEL (Movement for Democracy in Liberia) sowie anderer paramilitärischer Gruppen und Milizen. Durch die Vorbereitung auf eine nachhaltige soziale und ökonomische Wiedereingliederung der Kämpfer sollen langfristiger Frieden und eine fortwährende Entwicklung Liberias gesichert werden.<sup>47</sup>

Für die Teilnahme am Programm qualifizierte sich, wer eine funktionstüchtige Waffe abgeben konnte.<sup>48</sup> Ausnahmen wurden in Bezug auf Kindersoldaten sowie den kämpfenden Gruppen angeschlossene Kinder und Frauen gemacht. Jeder dieser Bewerber wurde von Repräsentanten des Kinderschutzes oder Frauen- bzw. Gesundheitsorganisationen (UNICEF; WHO oder UNFPA) in enger Zusammenarbeit mit UNMIL-Militärbeobachtern speziell überprüft. Das Überprüfungsverfahren bestätigte, ob eine bestimmte Person an den Kämpfen teilgenommen hatte oder Teil der kämpfenden Truppen war und deshalb am DDRR-Programm teilnehmen durfte, ohne eine Waffe abgeben zu müssen.

<sup>42</sup> Vgl. z. B. Liberia: Staying Focused. Crisis Group. Update Briefing – Africa Briefing No. 36. Dakar/ Brüssel, 13. Januar 2006.

<sup>43</sup> Comprehensive Peace Agreement between the Government of Liberia and the Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) and the Movement for Democracy in Liberia (MODEL) and Political Parties. Accra, Ghana. 18. August 2003.

<sup>44</sup> Ebd. Part III. Article VI. Cantonment, Disarmament, Demobilization and Reintegration (CDDRR).

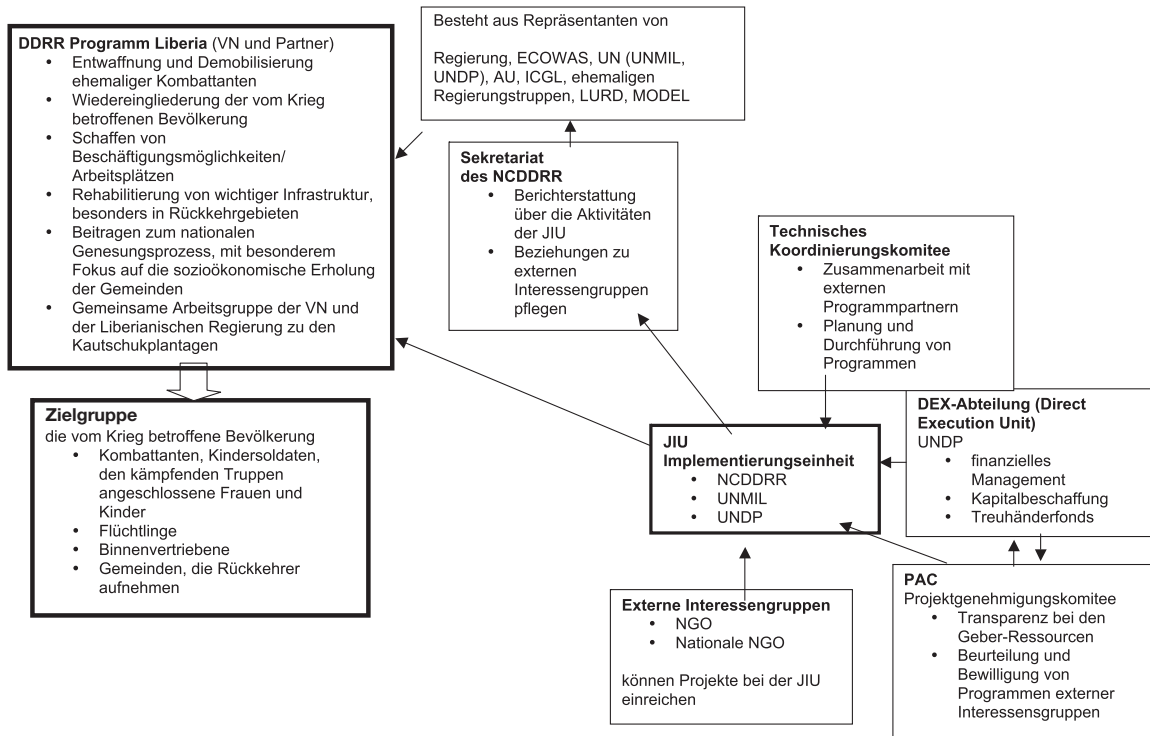
<sup>45</sup> Ebd. § 8-10.

<sup>46</sup> S/Res/1509 (2003). 3. f und g.

<sup>47</sup> Vgl. <http://www.unddr.org/countryprogrammes.php?c=52>, zuletzt abgefragt am 16.05.07.

<sup>48</sup> Für genauere Informationen zu den Parametern, die für die Teilnahme am DD- Prozess qualifizieren vgl. qualifying parameters for DD process: <http://www.unddr.org/countryprogrammes.php?c=52>, zuletzt abgefragt am 16.05.07.

## Schaubild 1: Akteure im Überblick



Die Aufgabe zur Überwachung des Programms übernahm die Nationale Kommission für Abrüstung, Demobilisierung, Rehabilitation und Wiedereingliederung (NCDDRR). Diese setzte sich aus Repräsentanten der Nationalen Übergangsregierung (NTGL), der ehemaligen Regierungstruppen, LURD, MODEL, ECOWAS, Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union (AU) sowie der Internationalen Kontaktgruppe für Liberia (ICGL) zusammen. Zusätzlich sollten 48 ehemalige Generäle (16 von jeder Partei) die Kombattanten motivieren, am Programm teilzunehmen. Um die Implementierung des DRR-Programms zu erleichtern, formten NCDDRR, UNMIL und UNDP eine Gemeinsame Implementierungseinheit (Joint Implementation Unit). Die NCDDRR wird durch ein Sekretariat unterstützt, das über die Aktivitäten der JIU berichtet, Programmvorgänge vorantreibt und die Beziehungen zu externen Interessensgruppen pflegt.<sup>49</sup> Die DEX-Abteilung (Direct Execution Unit) besteht aus Mitarbeitern des UNDP, die für das finanzielle Management und die Kapitalbeschaffung für die Programme verantwortlich sind und auch die Ausgaben für Aktivitäten im Rahmen des Treuhänderfonds überwachen. Durch die JIU wurde ein Technisches Koordinierungskomitee eingerichtet, das für die Zusammenarbeit mit externen Programmpartnern bezüglich der Planung und Durchführung (strategisch sowie technisch) von Programmen verantwortlich ist. Der Projektgenehmigungsausschuss soll Transparenz in die Geber-Ressourcen bringen. Es ist für die Beurteilung und Bewilligung von Programmen verantwortlich, die von Partnern – z. B. internationale und nationale Nichtregierungsorganisationen – bei der JIU eingereicht werden. Innerhalb des Rahmens der JIU und in enger Zusammenarbeit mit dem UNDP versucht RRR die Kompetenzen der NCDDRR zu stärken, deren Regionalbüros mittlerweile die Hauptanlaufstellen in den Bezirken für alle DRR-Themen sind.<sup>50</sup>

<sup>49</sup> Vgl. Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration Standards. Annex C: Liberia DDR programme: Strategy and implementation modalities. United Nations. 2006. S. 20ff.

<sup>50</sup> Gespräch mit Andrea Tamagnini, Direktor der UNMIL-RRR-Abteilung am 25.03.07, Vgl. auch: Relief, Recovery and Rehabilitation: <http://unmil.org/content.asp?ccat=recovery>, zuletzt abgefragt am 24.05.07.

## Entwaffnung und Demobilisierung (DD)

Im Dezember 2003 wurde mit der Errichtung von acht Entwaffnungs- und Demobilisierungslagern im ganzen Land<sup>51</sup> begonnen. Um Massenansammlungen in diesen Lagern zu vermeiden und zu verhindern, dass Kombattanten weite Strecken mit ihren Waffen zurücklegen müssen, richtete man Sammelpunkte ein. Für die Angehörigen der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen wurden getrennte Entwaffnungs- und Demobilisierungslager angelegt.<sup>52</sup> In drei Phasen (I-III)<sup>53</sup> wurden insgesamt 101.495 ehemalige Kombattanten<sup>54</sup> und den Kämpfern angeschlossene Personen entwaffnet und demobilisiert, darunter 22.370 Frauen, 8.523 Jungen und 2.440 Mädchen sowie ca. 1.000 Verwundete oder kriegsversehrte Kombattanten. 60% der Entwaffneten wurden als Angehörige der Regierungstruppen registriert, 28% als Kombattanten der LURD und 12% für MODEL. Während der Abrüstung und Demobilisierung wurden insgesamt 28.314 Waffen (Sturmgewehre, Maschinengewehre, Pistolen, Panzerabwehrraketen, Minenwerfer und sonstige), 33.604 Mal schwere Munition und 6.486.136 Schuss kleine Munition abgegeben.<sup>55</sup>

Auf die Entwaffnung<sup>56</sup> hin erfolgte die Registrierung und Ausstellung von Ausweispapieren. Bei ihrer Registrierung wurden die Teilnehmer gefragt, für welches der Angebote der Wiedereingliederungs- und Rehabilitationsphase (formale Bildung mit Computertraining, berufliche Aus- und Weiterbildung und Training von Fertigkeiten z. B. im Bereich der Landwirtschaft) sie sich interessierten. Die Entwaffnung und Demobilisierung endete offiziell am 31. Oktober 2004. Zwei Tage darauf übergaben 48 ranghohe Kommandanten der drei bewaffneten Parteien ihre Waffen in einer offiziellen Zeremonie. Am 3. November unterzeichneten die drei Fraktionen eine gemeinsame Erklärung, die den Abschluss der Abrüstung und Demobilisierung bestätigt und das Ende ihres militärischen Bestehens mit der Auflösung ihrer Truppen und Kommandostrukturen anerkennt. Außerdem wurde vereinbart, dass UNMIL in schwer erreichbaren Gebieten weitere mobile Abrüstungsaktionen durchführt.

## Neuer Fokus seit 2005

Nachdem die Entwaffnung und Demobilisierung Ende 2004 beendet war, fasste UNMIL die DDDR-Einheit zu einer RRR-Abteilung zusammen und unterstellte sie dem stellvertretenden SRSG für Recovery and Governance. Zusammen mit der liberianischen Regierung, dem UN Country Team, Nichtregierungsorganisationen und anderen Partnerorganisationen entwickelte sie ein umfassendes und auf Nachhaltigkeit abzielendes Rehabilitations-, Wiedereingliederungs- und Wiederaufbauprogramm (RRR).<sup>57</sup> RRR unterstützt die Friedenskonsolidierung in Liberia durch die Wiedereingliederung der betroffenen Bevölkerung, die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und die Wieder-

<sup>51</sup> In Buchanan, Ganta, Gbarnga, Harper, Monrovia [VOA], Tubmanburg, Voinjama und Zwedru.

<sup>52</sup> Vgl. <http://www.unddr.org/countryprogrammes.php?c=52>, zuletzt abgefragt am 16.05.07 für den detaillierten Ablaufplan der Phasen (DD- timeline).

<sup>53</sup> Phase I: 7. Dezember 2003-1. Januar 2004, Phase II: 15. April 2004- 8. September 2004 und Phase III: 7. Juli bis 31. Oktober 2004.

<sup>54</sup> Zu Beginn der Maßnahme war von einer Zahl von 53.000 Kombattanten ausgegangen worden. Vgl. Liberia Needs Assessment – Sector Report on Demobilization, Disarmament, Rehabilitation and Reintegration. Revised Draft. Januar 2004. S. 4.

<sup>55</sup> Vgl. Aufstellung in Area of Activity, unter: <http://www.unddr.org/countryprogrammes.php?c=52>, zuletzt abgefragt am 16.05.07.

<sup>56</sup> Etwa zwei Drittel der Registrierten gab eine Waffe ab, zeigte sich jedoch enttäuscht über ausbleibende Zahlungen für die Abgabe. Die schlechte Lager-Ausstattung, besonders im Bereich der sanitären Einrichtungen und Kochmöglichkeiten trug zusätzlich zu Spannungen und Unruhen bei. Deshalb entschied man sich dazu, eine Ausgleichszahlung von 75 Dollar bei ihrer Registrierung vorzunehmen. Eine nachträglichen Analyse der Spannungsursachen ergab, dass unzureichende Informationen zu den Tumulten beigetragen hatten. Daraufhin führte man eine umfassende Informations- und Sensibilisierungskampagne durch. Vgl. Liberia Needs Assessment – Sector Report on Demobilization, Disarmament, Rehabilitation and Reintegration. Revised Draft. Januar 2004. S. 7.

<sup>57</sup> Vgl. <http://unmil.org/content.asp?ccat=recovery>, zuletzt abgefragt am 16.05.07.

## Schaubild 2: RRR Programm Liberia

**RRR Programm Liberia** (UN und Partner)

- Wiedereingliederung der vom Krieg betroffenen Bevölkerung
- Schaffen von Beschäftigungsmöglichkeiten/ Arbeitsplätzen
- Rehabilitation von wichtiger Infrastruktur, besonders in Rückkehrgebieten
- Beitragen zum nationalen Genesungsprozess, mit besonderem Fokus auf die sozioökonomische Erholung der Gemeinden
- Gemeinsame Arbeitsgruppe der VN und der Liberianischen Regierung zu den Kautschukplantagen

**Zielgruppe**

- Ex-Kombattanten, Kindersoldaten, den kämpfenden Truppen angeschlossene Frauen und Kinder
- Zurückgekehrte Flüchtlinge
- Zurückgekehrte Binnenvertriebene
- Gemeinden, die Rückkehrer aufnehmen

herstellung der wichtigen Infrastruktur. So will man vom Krieg betroffene Gruppen und Individuen als auch die Gemeinden unterstützen, die Rückkehrer aufnehmen und zur Beendigung des Ausschlusses von anfälligen Gruppen beitragen.

### Rehabilitation, Wiedereingliederung und Wiederaufbau

Durch ihre Entwaffnung und Demobilisierung haben die ehemaligen Kombattanten ihren zivilen Status (zurück-)erhalten. Reintegration und Rehabilitation können als ein Prozess definiert werden, in dem sie selbst beginnen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen und als produktive Mitglieder ihrer neuen Gemeinden akzeptiert werden. Dazu gehört das Ausschalten ihrer psychischen und materiellen Abhängigkeit von ehemaligen Kommandostrukturen. Im Juni 2004 begannen die ersten Wiedereingliederungs- und Rehabilitationsprogramme für diejenigen, die bereits den DD-Prozess durchlaufen hatten. Die am DD-Prozess teilnehmenden Kinder wurden

fast alle mit ihren Familien zusammengeführt. Der Beginn des Ausbildungsprozesses trug zur Stabilität und Sicherheit des Landes bei, da beschäftigungslose Kombattanten auf den Straßen für Unruhe gesorgt und Gewalttaten begangen hatten.<sup>58</sup>

### Ausbildungsprogramme und Berufsaussichten

Formale Bildungsprogramme sind für die Teilnehmer am DD-Prozess an Schulen im ganzen Land verfügbar und dauern bis zu drei Jahre. Zusätzlich zum freien Unterricht bekommen die Teilnehmer im ersten Jahr volle monatliche Unterhaltszahlungen, im zweiten Jahr wird dieser Betrag reduziert und fällt während des dritten Jahres komplett weg. Berufsausbildungen werden in verschiedenen handwerklichen Bereichen sowie in der Landwirtschaft angeboten. Ausbildungsprojekte mit einer Laufzeit von neun Monaten werden meist durch lokale Partnerorganisationen ausgeführt, die zuvor ein Beurteilungs- und Zulassungsverfahren bei der JIU durchlaufen haben. Während des Trainings erhalten die Teilnehmer einen monatlichen Unterhaltszuschuss und zu ihrem Abschluss einen Werkzeugsatz.<sup>59</sup>

Das RR-Programm wird durch einen vom UNDP verwalteten Treuhänderfonds finanziert. Weitere Programme werden von Partnern, wie z. B. UNICEF oder bilaterale Partner unterstützt.<sup>60</sup> Der Treuhänderfonds wird voraussichtlich 2007 geschlossen,<sup>61</sup> die Programme sollen Mitte des Jahres auslaufen. Da man zwar allen Anwärtern die Teilnahme ermöglichen will, die finanziellen Ressourcen dafür jedoch wohl nicht ausreichen, erhebt man derzeit die Anzahl der nach wie vor Interessierten, um eine realistische Zukunftsplanung zuwege zu bringen.<sup>62</sup> Bisher haben 75.000 Personen das RR-Programm in Anspruch genommen.<sup>63</sup> 35.000 haben die formale Bildung gewählt, etwa 40.000 haben ein Ausbildungsprogramm beendet oder nehmen zurzeit an einem solchen oder ähnlichen Projekten teil.<sup>64</sup>

<sup>58</sup> A. Tamagnini am 25.03.07.

<sup>59</sup> A. Tamagnini am 25.03.07, Vgl. auch: Relief, Recovery and Rehabilitation: <http://unmil.org/content.asp?ccat=recovery>, zuletzt abgefragt am 24.05.07.

<sup>60</sup> Vgl. <http://www.unddr.org/countryprogrammes.php?c=52>, zuletzt abgefragt am 16.05.07.

<sup>61</sup> A. Tamagnini am 25.03.07, Vgl. Auch: Relief, Recovery and Rehabilitation: <http://unmil.org/content.asp?ccat=recovery>, zuletzt abgefragt am 24.05.07.

<sup>62</sup> A. Tamagnini am 25.03.07.

<sup>63</sup> Gespräch mit Andrea Tamagnini, Direktor der UNMIL-RRR-Abteilung am 25.03.07, Vgl. auch: Relief, Recovery and Rehabilitation: <http://unmil.org/content.asp?ccat=recovery>, zuletzt abgefragt am 24.05.07.

<sup>64</sup> Ebd.

Insgesamt hat das Interesse an der Teilnahme an Bildungs- und Ausbildungsprogrammen mittlerweile nachgelassen. Dies kann sowohl positiv als auch negativ gewertet werden.<sup>65</sup> Einerseits hat sich ein größerer Anteil ehemaliger Kombattanten (10-15%) selbstständig integriert als zuvor erwartet wurde (2-3%), andererseits sind die Perspektiven für eine Beschäftigung nach Abschluss der Programme aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation unbefriedigend. 70% der Ausgebildeten sind arbeitslos oder unterbeschäftigt und deshalb unzufrieden. Die Personen, die ein berufliches Ausbildungsprogramm absolviert haben, möchten nach Abschluss gerne im gelernten Beruf arbeiten, was oft nicht möglich ist. Vielen Kurzzeitjobs stehen nur wenige langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüber. In diesem Bereich liegen die Herausforderungen für ein auf eine langfristige Perspektive angelegtes Wiederaufbauprogramm.<sup>66</sup> Berufsausbildung und formale Bildung sind nur ein Schritt in Richtung nachhaltiger Integration. Arbeit ist ein grundlegender Faktor, um der vom Krieg betroffenen Bevölkerung zu ermöglichen, wieder eine Existenzgrundlage zu erlangen sowie eine effektive und nachhaltige Wiedereingliederung zu sichern.

### **Infrastruktur und Arbeitsplätze<sup>67</sup>**

RRR unterstützt Akteure vor Ort bei der Wiederherstellung der Infrastruktur, mit besonderer Berücksichtigung der Rückkehr- und Grenzgebiete. Wichtig ist hierbei, dass der Schwerpunkt nicht auf der Schaffung von Jobs exklusiv für die ehemaligen Kombattanten liegt, sondern dass sie für alle Gemeindebewohner offen sind. Mit den so geschaffenen Transportwegen hilft RRR die lokale Wirtschaft und den Handel wiederzubeleben. Eine große Initiative in diesem Bereich ist der arbeitsintensive Wiederaufbau von Straßen – ein gemeinsames Projekt von UNMIL und UNDP, in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für staatliche Bauvorhaben und finanziert von der Weltbank. Ziel dieses gemeinsamen Projektes ist es, die hohe Arbeitslosigkeit zu verringern sowie die Beschaffenheit wichtiger Straßen zu verbessern. Im Zeitraum August/September 2006 bis Februar 2007 wurden hier etwa 11.000 Kurzzeitjobs im ganzen Land geschaffen.<sup>68</sup> Für den Straßenbau sind z.T. nicht ausreichend Steine vorhanden, so dass (im Bereich des Abbaus und der Bearbeitung von Steinen) ebenfalls Jobs geschaffen werden können. Die Erhaltung der Straßen wird auch langfristig Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen, da sie jedes Jahr während der Regenzeit stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

### **Existenzgrundlage und Wiederaufbau**

RRR unterstützt die Koordinierung von Initiativen, die den Gemeinden helfen, sich nach 14 Jahren Krieg eine Existenzgrundlage zu schaffen, zum Beispiel Partner, die bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen Geräten, Samen sowie Ausbildung im Bereich von Anbautechniken helfen. Diese Aktivitäten stehen in Verbindung mit der Rehabilitation der Infrastruktur innerhalb von Gemeinden, der Restrukturierung von Markt-Systemen sowie der Wiederbelebung von Handel und verarbeitender Industrie. Neben der Rehabilitation und Wiedereingliederung soll explizit ein Schwerpunkt auf eine langfristige Perspektive gelegt werden, die neben den einstigen Kämpfern die gesamte Bevölkerung einbezieht.<sup>69</sup> RRR engagiert sich für einen offenen Dialog mit der Regierung, um sicherzustellen, dass Themen, die Wiedereingliederung und Wiederaufbau bzw. Genesung der vom Krieg betroffenen Bevölkerung betreffen, bei den nationalen Planungen berücksichtigt werden.<sup>70</sup>

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> A. Tamagnini am 25.03.07, Vgl. auch: Relief, Recovery and Rehabilitation: <http://unmil.org/content.asp?ccat=recovery>, zuletzt abgefragt am 24.05.07.

<sup>68</sup> A. Tamagnini am 25.03.07.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Wie z. B. im Interim Poverty Reduction Strategy Paper (IPRSP) und im Common Country Assistance Framework (CCA/ UNDAF). Auch die Arbeit des kürzlich gegründeten Easy Recovery Cluster wird vom RRR, durch die Unterstützung des Sub-Cluster für die Rehabilitation von Infrastruktur mit getragen.

## **Gemeinsame Arbeitsgruppe von Regierung und UN zu den Kautschukplantagen<sup>71</sup>**

Wegen fehlender legaler Arbeitsmöglichkeiten und Existenzgrundlagen waren die Kämpfer nach dem Krieg oft an der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen beteiligt. Am bedeutendsten ist der Fall von zwei der größten Kautschukplantagen Liberias, die nach dem Ende der Kampfhandlungen 2003 durch die LURD illegal besetzt und ausgebeutet wurden. RRR unterstützt die liberianische Regierung in der Wiedererlangung der Kontrolle über die Kautschuk-Plantagen, mit besonderem Augenmerk auf die Reintegration ehemaliger Kombattanten. Kurz nach ihrer Amtseinführung gründete die liberianische Präsidentin, Ellen Johnson-Sirleaf, Anfang 2006 gemeinsam mit dem SRSG, Alan Doss, eine Arbeitsgruppe, um andauernden Spannungen, Menschenrechtsverletzungen und erheblichen Verlusten von Staatseinkünften durch das ineffiziente Management der staatseigenen Kautschukplantagen zu begegnen. Man entwickelte eine mehrdimensionale Strategie, mit dem Fokus darauf, die staatliche Autorität über die Plantagen und Rechtsstaatlichkeit auf friedlichem Wege wiederzuerlangen.

## **Landesweite Studie zur Situation ehemaliger Kombattanten**

Im August und September 2006 wurde eine Studie zum Vergleich der Situation von ehemaligen Kombattanten, die nur an der Entwaffnung und Demobilisierung teilgenommen haben und denen, die außerdem an Wiedereingliederungs- und Rehabilitations-Programmen teilgenommen haben, von der UNMIL-RRR-Abteilung durchgeführt.<sup>72</sup> Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass das Angebot von Ausbildung und Fertigkeitstraining oder Bildung nur einer der Schritte in Richtung nachhaltiger Reintegration ist. Die Programme müssen ihren Einfluss auf die gesamten Gemeinden ausdehnen und bei der Schaffung von langfristigen Arbeitsplätzen und Verdienstmöglichkeiten helfen. Vor allem ist es wichtig, eine Ausstiegsstrategie zu erarbeiten, damit die neugeschaffenen Jobs auf lange Sicht nicht von der Finanzierung durch die Vereinten Nationen oder deren Partnerorganisationen abhängen und mit der Beendigung dieser Programme abrupt stoppen.

---

<sup>71</sup> Gespräch mit Andrea Tamagnini, Direktor der UNMIL-RRR-Abteilung und Repräsentant der UNMIL in der Kautschuk-Arbeitsgruppe am 25.03.07, Vgl. auch: UNMIL/PIO/PR/49, sowie: Relief, Recovery and Rehabilitation: <http://unmil.org/content.asp?ccat=recovery>, zuletzt abgefragt am 24.05.07.

<sup>72</sup> Zu den Ergebnissen vgl. <http://www.lr.undp.org/Ex-combatants%20Nationwide%20Survey%20%20Key%20Findings.pdf>, zuletzt abgefragt am 16.05.07 sowie <http://www.unddr.org/countryprogrammes.php?c=52>, zuletzt abgefragt am 16.05.07. Diese Studie ergänzt die Key-Findings from the Nation Wide Survey of Ex-combatants in Liberia: Reintegration and Reconciliation February-March 2006 von James Pugel für UNDP Liberia.



## Die Guthrie-Kautschukplantage<sup>73</sup>

Maike Schübler/Ursula Thiele

*„Conflict is endemic to failed states, where violence becomes the predominant means to express grievances and to secure control over wealth and key economic goods.“<sup>74</sup>*

Ein großer Reichtum an natürlichen Rohstoffen kann für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes und seine Stabilisierung ein Segen sein. Im Fall Liberias war der Reichtum bislang eher Fluch, denn die Ressourcen in den falschen Händen trugen zur Aufrechterhaltung eines Konfliktes bei. Im Zusammenhang mit der Post-Konflikt-Rehabilitation Liberias stellte die Situation in den Kautschukplantagen für die neue Regierung eine große Herausforderung in Bezug auf Sicherheit, Politik, Wirtschaft und Menschenrechte dar.

Erst seit August des letzten Jahres befindet sich die Guthrie-Plantage wieder in Staatshand. Zuvor war sie in den Händen ehemaliger Kombattanten, die sie und ihre Bewohner rücksichtslos ausbeuteten. Die Wiedereingliederung der auf der Plantage wohnenden einstigen Kämpfer, die Wiederherstellung der Infrastruktur, der Schutz der Rechte von Plantagenbewohnern und Arbeitern und nicht zuletzt die verantwortungsvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen gehört nun zu den obersten Zielen. Die große Menge natürlicher Rohstoffe, die das Staatsgebiet Liberias – sowohl in der Landwirtschaft als auch im Bergbau – bereithält, könnte die Basis für wirtschaftlichen Reichtum bieten. Kautschuk ist eine dieser Rohstoffquellen, von der es in Liberia eine Vielzahl großflächiger Anbaugelände gibt, wie die Firestone-, LAC-, Cavalla-, Guthrie- und Sinoe-Plantagen und darüber hinaus etwa 500 private Betriebe.



Arbeiterinnen auf der Plantage.

Foto: M. Schübler/U. Thiele

Kautschuk wurde Anfang des 20. Jahrhunderts von Lateinamerika aus nach Liberia eingeführt, wo man den Anbau zu dieser Zeit noch in sehr kleinem Umfang betrieb. 1906 wurde die erste Plantage in Betrieb genommen, mittlerweile ist Kautschuk eines der wichtigsten Exportgüter des Landes. In Liberia befindet sich auch die weltgrößte industrielle Kautschukplantage, betrieben von Bridgestone, dem Mutterkonzern der Firestone-Plantage. Die Firestone-Plantage wurde 1926 in Harbel eröffnet und umfasst geschätzte 30% der gesamten Fläche, auf der Kautschuk kultiviert wird.<sup>75</sup>

Von 1997 bis 2002 sind die Kautschukexporte laut IMF, trotz fallender Kautschukpreise in diesem Zeitraum, von 19,4 Millionen US-Dollar auf geschätzte 57,4 Millionen US-Dollar gewachsen.<sup>76</sup> 2002

<sup>73</sup> Vorträge von und Gespräche mit u. a. Andrea Tamagnini, Leiter der UNMIL RRR-Abteilung, Ibrahim Idris, (RRR Head of Field Unit 3), Moses K. Cavala (Übergangsmanager der Guthrie-Plantage) und Herrn Qamar (UNMIL Sektor II-Militär) am 25.3.2007 im UNMIL-Hauptquartier, Monrovia, Liberia und auf der Guthrie-Plantage.

<sup>74</sup> Bennet, Juliette, Multinational Corporations, Social Responsibility and Conflict, Journal of International Affairs, Spring 2002, Vol. 55, No. 2, New York, S. 393.

<sup>75</sup> Vgl. Human Rights in Liberia's Rubber Plantations: Tapping into the Future, United Nations Mission in Liberia, Monrovia, Liberia, Mai 2006, S. 20.

<sup>76</sup> Ebd.

betrug die Kautschukproduktion geschätzte 99.569 Tonnen.<sup>77</sup> Der überwiegende Teil des Kautschuks wird direkt exportiert, nur ein geringer Anteil wird zu Latex weiterverarbeitet und danach ausgeführt. Damit einhergehender Reichtum wurde jedoch in der Vergangenheit durch Korruption fehlgeleitet. Ressourcen wurden zur Seite geschafft, die hätten genutzt werden können, um Menschenrechtsverpflichtungen, wie z. B. Bau und Betrieb von Schulen und Krankenhäusern zu erfüllen. Um der Korruption den Nährboden zu entziehen, bedarf es eines menschenrechtsbasierten Zugangs beim Management der natürlichen Ressourcen sowie Transparenz und Verantwortung beim Betrieb und in der Regierungsführung.

In der Vergangenheit wurden die natürlichen Ressourcen oft durch Angehörige der Regierung genutzt, um den bewaffneten Konflikt in Liberia und der Umgebung zu schüren. Auch seit der Unterzeichnung des umfassenden Friedensabkommens<sup>78</sup> gab es in zwei Fällen politische Einmischung in das Management der Kautschukressourcen.<sup>79</sup> Aufgrund jahrelanger Misswirtschaft und Ausbeutung der Plantagen steht der Kautschuk-Sektor vor dem Kollaps. Viele Plantagen wurden nicht nachhaltigkeitsorientiert bewirtschaftet sondern rücksichtslos ausgebeutet und erreichen nun das Ende ihrer produktiven Erträge, da sie nicht neu bepflanzt wurden. Die erfolgreiche und nachhaltige Eingliederung ehemaliger Kombattanten auf den Plantagen kann ein Schlüssel zu mehr Sicherheit und der Einhaltung von Menschenrechten auf den Plantagen und in ihrer Umgebung sein.

## Geschichte

Die sich im Staatseigentum befindende Guthrie-Plantage liegt etwa eine gute Stunde von Monrovia entfernt, im Bomi und Grand Cape Mount Bezirk. Im Jahr 1954 unterzeichnete die Regierung eine Konzessionsvereinbarung mit dem Unternehmen des amerikanischen Erfinders von schlauchlosen Reifen, Benjamin Franklin Goodrich, über etwa 100.000 Hektar im Bomi Bezirk und im Grand Cape Mount Bezirk. 1981 erwarb die Regierung die Plantage und beauftragte die Guthrie Rubber Company, ein malaysisches Unternehmen, sie zu bewirtschaften. Die Guthrie Rubber Company verwaltete die Konzessionsfläche bis Dezember 2000. Zwischen Dezember 2000 und Juli 2003 setzte der damalige Präsident Taylor ein Übergangsmanagement ein, das hauptsächlich aus dem vorherigen Management der Guthrie Rubber Company bestand, aber direkt durch die Regierung kontrolliert wurde. In den Jahren 2002 und 2003 unternahmen LURD-Truppen<sup>80</sup> verschiedene Angriffe auf die von der Taylor-Regierung eingesetzten Verwalter. Kurz vor der Übernahme der Plantage durch die LURD im Juli 2003 unterzeichnete die Regierung einen Vertrag mit General Resources Corporation, Inc. Da sich die Plantage seit Juli 2003 jedoch unter der Kontrolle der ehemaligen LURD-Kombattanten befand, war die General Resources Corporation, Inc. nie in der Lage, ihr Management auszuüben. Bis Mitte August 2006 war die Plantage unter der Kontrolle von 3.700 ehemaligen Kämpfern. Diese waren unter der Führung von Sumo Dennis in der Lage, während der Verhandlungen mit der Übergangsregierung (NTGL) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bezüglich des DDRR-Prozesses volle Kontrolle über die Plantage sowie das Management zu erhalten und illegal Kautschuk zu zapfen. Die Plantage befand sich zur Zeit der Besetzung in Regierungsbesitz und General Resources Corporation, Inc. beanspruchte das Recht, die Plantage zu betreiben.<sup>81</sup> Am 8. September 2005 schloss die Übergangsregierung eine Management-Vereinbarung mit der Agro Resour-

<sup>77</sup> Vgl. Desk Study on the Environment in Liberia, United Nations Environment Programme, Switzerland, Februar 2004, S. 33.

<sup>78</sup> Comprehensive Peace Agreement between the Government of Liberia and the Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) and the Movement for Democracy in Liberia (MODEL) and Political Parties. Accra, Ghana. 18. August 2003.

<sup>79</sup> Vgl. Human Rights in Liberia's Rubber Plantations: Tapping into the Future, United Nations Mission in Liberia, Monrovia, Liberia, Mai 2006. S. 22.

<sup>80</sup> Ehemalige Rebellengruppe: Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD).

<sup>81</sup> Einem Brief des Leiters für Kommunikation des NCDDRR, vom 27. November 2005 zufolge, Vgl. Human Rights in Liberia's Rubber Plantations: Tapping into the Future, United Nations Mission in Liberia, Monrovia, Liberia, Mai 2006., S. 30.

ces Corporation, die allerdings bis zum Januar 2006 die Plantage noch immer nicht betreten hatte. Das Konzessionsgebiet für die Plantage umfasst etwa hunderttausend Hektar, das bearbeitete Gebiet besaß jedoch nur eine Größe von etwa 6.000 Hektar.<sup>82</sup>

Im Konzessionsgebiet lebten 2005/06 etwa 35.000 Personen. Nach Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und den ehemaligen Kombattanten wurde die Plantage am 15. August 2006 friedlich an den Staat zurückgegeben (siehe: Aktuelle Situation). Bis August 2006 befand sich die Guthrie-Plantage in der Hand ehemaliger Kämpfer. Die dort lebenden und arbeitenden Menschen und Gemeinden hatten nicht nur unter den katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen im Zuge der Kautschukproduktion zu leiden. Auch die durch den Verkauf von Kautschuk erzielten Profite wurden nicht verwendet, um die Situation auf den Plantagen zu verbessern. Die Situation vor der Rückübernahme durch die Regierung wird ausführlich im HRPS-Bericht dokumentiert.

### **Die Situation 2005/06 – HRPS-Bericht<sup>83</sup>**

Aufgrund der instabilen Lage auf den Kautschukplantagen, z.T. durch die illegale Besetzung und Ausbeutung und damit zusammenhängenden Menschenrechtsverstößen hat die UNMIL-Human Rights and Protection Section (HRPS) von Mitte Juni 2005 bis Mitte Januar 2006 eine Studie zur Menschenrechtssituation auf Liberias Kautschuk-Plantagen durchgeführt. Die Studie konzentrierte sich auf fünf der sieben größten Kautschukplantagen in Liberia: Firestone, Liberian Agriculture Company, Cavalla, Guthrie und Sinoe. Neben Feldforschung<sup>84</sup> überprüfte man, welche Konventionen unterzeichnet worden waren und damit, welche rechtlichen Verpflichtungen Liberia zu erfüllen hat. Zwar trat eine Managementvereinbarung zwischen General Resources Corporation, Inc. (GRC) und der vorherigen Regierung über die Guthrie-Plantage am 14. März 2003 in Kraft, aufgrund der illegalen Okkupation der Plantage war GRC jedoch nicht in der Lage, mit dem Betrieb zu beginnen. In der untersuchten Vereinbarung fand sich keine Erwähnung von wirtschaftlichen oder Sozialleistungen. Die Vereinbarung schrieb GRC nur vor, die Plantage in Übereinstimmung mit den nationalen Gesetzen zu bewirtschaften.<sup>85</sup> Verpflichtungen, die im Bundesgesetz bestimmt sind, wurden jedoch von der Übergangsregierung (NTGL) nicht überwacht.

Am 8. September 2005<sup>86</sup> unterzeichnete das NTGL eine Managementvereinbarung mit Agro Resources Corporation (ARC), die vorsah, Ausbildungsmöglichkeiten für die ehemaligen Kämpfer bereitzustellen, die zu diesem Zeitpunkt die Plantage illegal besetzt hielten.<sup>87</sup> Im Januar 2006 hatte die ARC die Plantage noch immer nicht betreten können, da die Besetzer massive gewalttätige Einschüchterungen ausübten.<sup>88</sup> Die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf den Plantagen verletzen die grundlegenden Menschenrechte. Sklavenähnliche Arbeits- und Lebensbedingungen, Unterbezahlung, die Verweigerung des Streikrechts, gefährliche Arbeitsbedingungen ohne angemessene Ausbildung oder Sicherheitsausrüstung und das Fehlen von Beschäftigungsnachweisen verdeutlichen die Situation. Kinderarbeit wurde durch die Arbeitspraxis und mangelnde Bildung indirekt gefördert. Zahlreiche Kinder wurden bei der Geburt nicht registriert und konnten deshalb nicht an der kostenlosen Bildung und Gesundheitsversorgung teilhaben. Es wird vermutet, dass Kinderarbeit auf der Guthrie- und

<sup>82</sup> Zum Zeitpunkt der Erhebung 2005/06, Vgl. Human Rights in Liberia's Rubber Plantations: Tapping into the Future, United Nations Mission in Liberia, Monrovia, Liberia, Mai 2006. S. 79.

<sup>83</sup> Human Rights in Liberia's Rubber Plantations: Tapping into the Future, United Nations Mission in Liberia, Monrovia, Liberia, Mai 2006.

<sup>84</sup> Zunächst wurde die Situation auf der Guthrie-Plantage untersucht. Durch die generell dürftige Infrastruktur des Landes war die in der Nähe Monrovias liegende Plantage leichter zugänglich als die Übrigen. Gespräch mit Andrea Tamagnini, Direktor der UNMIL-RRR-Abteilung am 25.03.07.

<sup>85</sup> Vgl. Human Rights in Liberia's Rubber Plantations: Tapping into the Future, United Nations Mission in Liberia, Monrovia, Liberia, Mai 2006. S. 30.

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> Ebd. S. 31.

Sinoeplantage zum Zeitpunkt der Erhebung dadurch gefördert wurde, dass keine Beschäftigungsnachweise geführt wurden und die Politik des illegitimen Managements der ehemaligen Kombattanten auf die Ausbeutung der Ressourcen und des verfügbaren Arbeitskräftepotentials ausgerichtet war. Durch die abnehmende Produktivität der Kautschukbäume war die Arbeitsbelastung für die Kautschukzapfer über die Jahre gewachsen, was alle Mitglieder der Familien zur Mithilfe zwang, um die geforderte Menge an Kautschuk abliefern zu können. Weite Schulwege und Schulgebühren trugen ihr übriges zur Kinderarbeitssituation bei. Einrichtungen zur medizinischen Versorgung waren selten und nur spärlich ausgerüstet. Die Lebensbedingungen, gefährliche Arbeitsbedingungen sowie der Einfluss der Industrie auf die Umwelt verschlimmerten gesundheitliche Belange. Auf Plantagen, auf denen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge vorhanden waren, standen sie nicht allen Angestellten zur Verfügung, bzw. waren nur unzureichend ausgerüstet. Auf der Guthrie- und der Sinoeplantage gab es zum Zeitpunkt der Untersuchung keine medizinischen Einrichtungen innerhalb der Konzessionsgebiete für eine geschätzte Gesamtbevölkerung von 45.000 Menschen, die Bewohner hatten lediglich Zugang zu traditionellen Heilern und Kräuterkennern.

Schlechte Lebensbedingungen und unzureichende sanitäre Einrichtungen führten oft zu einem schlechten Gesundheitszustand. Umweltschutzvorschriften wurden missachtet und potenziell gefährliche landwirtschaftliche Abfallprodukte in lokale Gemeinden entsorgt. Das Fehlen von zentralen Straßen erschwerte den Zugang zu den Plantagen und damit das Überwachen der Menschenrechtssituation. Das undurchsichtige Blätterdach machte auch die Luftüberwachung der Gebiete unmöglich. Durch ein merkliches Missverhältnis zwischen privaten Sicherheitsbeamten und der Nationalen Polizei (LNP) traten wiederholt Probleme durch illegale Verhaftungen auf den Plantagen auf, die von privaten Sicherheitsbeamten ohne Wissen der LNP vorgenommen wurden. Das Justizministerium hatte es versäumt, die Grenzen der Autorität der privaten Sicherheitsfirmen zu definieren.

In der Sinoe-Plantage waren zum Zeitpunkt der Untersuchung keine Polizeibeamten vor Ort, und die Gerichte arbeiteten nicht. Der ehemalige General der LURD und selbst erklärte General-Manager der Plantage, Herr Paulson Gartey, teilte den Menschenrechtsbeauftragten (HROs) mit, dass er sowohl Polizei als auch Justiz auf der Plantage verkörpere.<sup>89</sup> Gartey war mit ca. 40 weiteren Männern im Januar und Februar 2005 mutmaßlich an Fällen von Gewaltausübung auf der Plantage beteiligt,<sup>90</sup> in denen Berichten zufolge Körperverletzung, Anstiftung zur Gewalt, Brandstiftung und andere Verbrechen begangen wurden. Die Situation auf der Guthrie-Plantage war ähnlich. Zum Zeitpunkt der Erhebung waren weder Gerichte tätig noch die Nationale Polizei präsent. Obwohl es einen ausgewiesenen Gerichtshof für Guthrie gab, arbeitete das Personal von Gbah Town aus. Der Magistrat informierte die HROs, dass das Gericht nur gelegentlich geöffnet sei, da der Richter und sein Mitarbeiter zurzeit in Monrovia lebten. Außerdem führte der Richter an, dass Beamte häufig bedroht würden, wenn das Gericht eine Vorladung für einen ehemaligen Kombattanten herausgibt, der auf der Plantage wohnt. Zur Zeit der Erhebung wurde die Nationale Polizei noch nicht über diese Vorfälle unterrichtet.<sup>91</sup>

Zu verschiedenen Anlässen wurde berichtet, dass ehemalige Kombattanten in der Guthrie-Plantage massive Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, Vergewaltigung und Mord begangen hätten. Um anhaltenden Berichten über die Existenz von Waffenlagern und der Präsenz von „Kamajors“<sup>92</sup> auf der Plantage zu begegnen, unternahm UNMIL Sektor II-Militär eine ausführliche Durchsuchung (Operation „Barracuda“) zwischen dem 13. und 17. Juni 2005. Die Suche wurde von der UNPOL, Militärbeobachtern (MILOBS), der liberianischen Polizei und der HRPS unterstützt. Man konnte weder Waffen noch Munition sicherstellen noch die Existenz von „Kamajors“ nachweisen. Eine weitere Suche nach Waffen auf der Guthrie-Plantage im März 2006 erbrachte ebenfalls keinen Beweis für die Existenz von Waffen auf der Plantage.

<sup>89</sup> Ebd. S. 62.

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Ebd.

<sup>92</sup> Local traditional hunters that fought alongside government forces against the rebel force, Revolutionary United Front, in Sierra Leone. Ebd. S. 63, Fn 149.

## Missachtung durch Unternehmen

Die Normen der Vereinten Nationen für Unternehmen und der zugehörige Kommentar<sup>93</sup> erklären, dass transnationale Unternehmen und andere wirtschaftliche Gebilde die Verantwortung dafür haben zu gewährleisten, dass ihre Aktivitäten weder direkt noch indirekt zu Menschenrechtsverletzungen beitragen und dass sie nicht wissentlich von solchen Verletzungen profitieren dürfen. Die Besetzung der Sinoe- und Guthrie-Kautschukplantagen war sowohl dem Management von LAC, als auch dem von Firestone bekannt. Dennoch gaben beide Unternehmen an, von beiden Plantagen Kautschuk zu kaufen.<sup>94</sup>

## Aktuelle Situation (2006/07)

Anfang 2006 hat die liberianische Präsidentin, Ellen Johnson-Sirleaf, gemeinsam mit dem SRSR, Alan Doss, eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die den andauernden Spannungen, massiven Menschenrechtsverletzungen und den großen Verlusten von Staatseinkünften durch das illegale Management der Plantagen von ehemaligen Kombattanten begegnen sollte. Die Arbeitsgruppe führte eine Untersuchung zur aktuellen Situation auf den Plantagen<sup>95</sup> durch und stellte ihren Abschlussbericht am 23. Mai 2006 der Präsidentin vor.

Zuerst wurde die Situation auf den Plantagen betrachtet, die weiterhin illegal von den einstigen Kämpfern okkupiert wurden – Guthrie und Sinoe – und eine mehrdimensionale Strategie entwickelt, um eine friedliche Zurückgewinnung der Plantagen zu gewährleisten. Der Fokus dieser Strategie liegt auf der Wiedererlangung der staatlichen Autorität über die Plantagen und einer damit verbundenen Sicherung der Rechtsstaatlichkeit. Ziel ist es, die Situation der dort lebenden Gemeinden zu verbessern, den Verlust von Staatseinkommen zu verhindern und durch die Eingliederung ehemaliger Kombattanten einen Beitrag zur Friedenskonsolidierung zu leisten. Nach Verhandlungen mit deren Anführern konnte die Guthrie-Plantage am 15. August 2006 an die Regierung zurückgegeben werden, die ein Übergangsmanagement mit der Leitung beauftragte, den ersten Checkpoint der Nationalen Liberianischen Polizei errichtete sowie unverzüglich mit der Entwaffnung der ehemaligen Kämpfer begann. Momentan verhandelt man mit den Konzessionsbesitzern über eine eventuelle Rückkehr.<sup>96</sup> Mittlerweile unterstützen die LNP und das Amtsgericht die auf der Plantage lebenden Gemeinden. Auf der Plantage leben zurzeit noch etwa 350 ehemalige Kombattanten. Bis Ende des Jahres 2006 lief die DD-Phase, Anfang 2007 wurde mit den RRR-Maßnahmen begonnen.<sup>97</sup> Registrierte Kombattanten haben die Möglichkeit, an Bildungsprogrammen teilzunehmen. Mehr als 200 ehemalige Kombattanten haben sich seitdem für RR-Programme registriert, und ein Großteil ist in ihre Ursprungsgemeinden zurückgekehrt. Andere entschieden sich zu bleiben und sich dort Arbeit zu suchen. Ihre Eingliederung und Beschäftigung auf der Plantage fußte auf der Annahme, dass sie ansonsten ein weitaus größeres Sicherheitsrisiko darstellen würden.

Obwohl Abnehmer von Kautschuk dazu angehalten wurden, nicht mehr von den ehemaligen Kombattanten zu kaufen, taten sie es weiterhin. Sie haben sowohl offiziell von der Plantage als auch illegal von den ehemaligen Kombattanten gekauft. Um dem Schmuggel entgegenzuwirken, wurden Checkpoints errichtet. „Manchmal hat man das Gefühl, dass die Unternehmen den Kautschuk zurückkaufen, der ihnen zuvor gestohlen worden ist“, erklärt Andrea Tamagnini<sup>98</sup>. Man strebt die Gründung einer liberianischen Kautschuk-Entwicklungsorganisation (Liberia Rubber Development

<sup>93</sup> Commentary on the Norms of Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights. UN Doc. E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2/2003.

<sup>94</sup> Vgl. Human Rights in Liberia's Rubber Plantations: Tapping into the Future, United Nations Mission in Liberia, Monrovia, Liberia, Mai 2006. S. 56.

<sup>95</sup> Vgl. z. B. UNMIL/PIO/PR/49.

<sup>96</sup> Gespräch mit A. Tamagnini am 25.03.07.

<sup>97</sup> Gespräch mit Herrn Qamar auf der Guthrie Plantage am 25.03.07.

<sup>98</sup> Andrea Tamagnini am 25.03.07.



Trotz stabiler Lage: Geleitschutz für die Studiengruppe auf dem Weg zur Guthrie-Plantage ist Pflicht. **Foto: D. Maier**

lich fünf Brunnen zur Verfügung. Zu den Aufgaben der UNMIL gehören der Kontakt mit dem lokalen Management, die Aufrechterhaltung und Neukonstruktion von Straßen, Ausbau des Gesundheitswesens und des Bildungssystems, Renovierung und Neubau von Unterkünften, Bereitstellung von Trinkwasser und sanitären Anlagen sowie die Einbeziehung der lokalen Gemeinden in die Planungen. Verantwortungsvolle Investitionen und deren Kontrolle sowie die Planung einer nachhaltigen Bewirtschaftung, gehören zu den Herausforderungen, denen sich die Arbeitsgruppe in der Zukunft stellen muss.

Agency) an, die für wichtige Entscheidungen in Bezug auf Organisation und Zusammenarbeit zwischen Käufern und Verkäufern verantwortlich sein soll. Der Kautschuk soll lizenziert werden, um dem illegalen Schmuggel entgegenzuwirken. Weiterhin soll Druck auf die Industrie ausgeübt werden, keinen geschmuggelten Kautschuk zu kaufen.

Seit der Übernahme der Plantage durch den Staat hat sich die Sicherheitssituation auf der Plantage stark verbessert. Zurzeit arbeiten 1707 Personen auf der Plantage, davon 600 in der Administration und im Management. Mittlerweile wurden ein Krankenhaus, fünf Gesundheitszentren, 15 Grundschulen und eine weiterführende Schule errichtet. Auf einer Fläche von 55 km<sup>2</sup> stehen jedoch bislang ledig-

## Eindrücke vom Besuch der „Bong Mine“<sup>99</sup>

Frederic Schneider



Eindrücke auf dem Weg nach Bong.

Foto: D. Maier

In der Ferne ragen bizarre Stahlkonstruktionen in den Himmel. Davor stehen, wie Geranienkübel an Balkonen, Güterwaggons, deren Ladeflächen grün bewachsen sind. „Schönen guten Tag, wie geht es Ihnen?“ begrüßt uns ein älterer Mann auf Deutsch. Nein, wir sind nicht auf dem Museumsgelände der Zeche Zollverein, wir sind gerade in „Bong Town“ angekommen. Mit einem Zug, der nur für uns in Bewegung gesetzt wurde, ging es die ca. 80 km von Monrovia aus in den Urwald. Am „Hauptbahnhof“ Monrovias wurden wir schon erwartet, und die zwei Rangierloks aus Nürnberg – sie wurden nach dem Krieg nach Liberia verschifft – reihten die Waggons unseres Zuges zusammen. Auch unseren sehr geschätzten Bus wollten wir mitnehmen, um ein Transportmittel vor Ort zu haben. Aber dabei hatten wir unsere Rechnung ohne die Bürokratie der UN gemacht. Denn „there are no regulations for a bus on a train ...“. Also musste auf Anordnung des herbeigeeilten Transportmanagers der Bus wieder über eine aufgeschüttete Rampe abgeladen werden. Busfahrer Josef musste ebenfalls zurückbleiben, obwohl er wahrscheinlich gerne auf dem Ausflug dabei gewesen wäre. Ohne Bus hatte man wenigstens eine bessere Aussicht aus dem Salon-Wagen, während wir mit etwas über 30 km/h durch den Urwald tuckerten.

Die überwiegend eingleisige Strecke war in erstaunlich gutem Zustand, was sich vielleicht durch die Bedeutung der Strecke erklären lässt, denn über diese Verbindung wird die Hauptstadt mit notwendigen Brennmaterialien und Agrarprodukten versorgt. So stapelten sich am Bahndamm immer wieder Pakete von in Palmenzweigen gewickelten Holzkohlen für den Transport nach Monrovia. Aber auch ohne einen Zug wurde die Strecke in der Nähe Monrovias benutzt, als befestigter Weg. Vor dem Verbot der liberianischen Regierung verkehrten hier sogar selbstgebaute Schienenfahrzeuge. Plötzlich hielt auf freier Strecke der Zug an, rechts und links von uns im Hang waren Personen mit Macheten zu sehen – warum halten wir gerade hier an, wir sind doch noch gar nicht in Bong – ein weiterer Grund für den guten Zustand der Strecke, eine Kolonne von Arbeitern, die die Strecke pflegten. Unseren Zug belieferte sie mit Treibstoff. Die Strecke wurde Anfang der sechziger Jahre von deutschen Ingenieuren gebaut. Die Eisenerz-Mine im County Bong wurde von der Firma Gesellschaft Exploration aus Düsseldorf, die später den Namen in Exploration und Bergbau GmbH (E+B) änderte, ins Leben gerufen, die im Besitz von fünf deutschen Stahlkonzernen war. Die Bong Mine Company (BMC) vor Ort war zur Hälfte im Besitz des liberianischen Staates und den Betreibern der E+B sowie des staatlichen italienischen Stahlkonzernes.<sup>100</sup> In den fünfziger Jahren begannen erste Explo-

<sup>99</sup> Fahrt zur Bong Mine, 31.3.2007.

<sup>100</sup> [www.bong-town.de](http://www.bong-town.de)

rationen, und 1962 begann der Bau der „Bong-Mine“. Das Gelände wurde für 70 Jahre gepachtet. Die Bahnlinie sorgte für den Transport der Baumaterialien nach „Bong-Town“ sowie später den Transport des Erzes in den Hafen Monrovia. Die für den Bau benötigten Teile mussten fast alle aus Europa oder den USA importiert werden und nahmen den gleichen Weg wie wir. Josy, die Lokführerin, ließ das Signalhorn ertönen, vor uns tauchten Hütten und Häuser auf, sie waren deutlich massiver als die wenigen vereinzelt Lehmhütten, die auf der Fahrt durch den Busch auftauchten. Der Zug fuhr langsam in den Ort und hielt vor einem nicht mehr funktionierenden Signal an. Selbst zu Hochzeiten Bongs kann dort kein wirklicher Bahnhof gewesen sein.

In Gärten lagen riesige Reifen von Minen-Trucks, die heute teilweise als Beete benutzt werden. Unser Weg führte nun vorbei an verfallenen und überwucherten Häusern. Hier lebten also, bis sie wegen des Bürgerkrieges 1990 das Land verlassen mussten, die ausländischen Arbeiter. Bis zu 380<sup>101</sup> ausländische Spezialisten lebten hier mit Ihren Familien. Es muss eine eigene Welt mit eigener Verwaltung gewesen sein. So gab es eine Deutsche Schule, ein Schwimmbad, einen Tennis-Club, einen Golf-Club, einen Reit-Club, einen Schützenverein, einen Cart-Club, einen Fischer-Club, einen Aero-Club, etc. Doch warum werden die Häuser heute nicht mehr genutzt? Die Einheimischen der Region leben teilweise noch in Blechhütten. Warum haben sich dort nicht einige der Flüchtlinge niedergelassen? Das Auskommen in der fruchtbaren Region wäre bestimmt einfacher als in der Stadt, aber der Traum, ein besseres Leben zu führen, hat viele nach Monrovia geschwemmt, wo sie häufig im Elend vor sich hin leben. Dachten die Ansässigen vielleicht, dass der Krieg schnell vorbei sei und die alten Betreiber dann zurückkehren und ihre alten Häuser beziehen würden? Die Frage wird offen bleiben, fest steht nur, dass heute weite Teile von Bong Town verrotten.



Durch NGO-Arbeit modernisiert: Das Krankenhaus von Bong ist ein wichtiger Beitrag zur medizinischen Versorgung.

**Foto: F. Schneider**

Versorgung, die mit einem deutschen Kreis-Krankenhaus verglichen werden konnte. Das Gebäude selber scheint den Krieg unbeschadet überstanden zu haben, die letzten Cap-Anamur-Mitarbeiter sind zwei Tage vor unserer Besichtigung abgereist. Gerne führt man uns durch das Haus. Es gibt ein Röntgengerät, Operationsräume, ein Labor. Fraglich ist nur, wie die Versorgung mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial weitergehen soll. Die deutschen Helfer haben das Krankenhaus modernisiert und wieder in Gang gebracht, aber jetzt bleibt die Versorgung dem Krankenhaus selbst überlassen. Zwar könnte man wohl Einiges aus Monrovia bekommen, aber auch dies kostet Geld, und das hat weder das Krankenhaus von Bong noch der liberianische Staat. Ein eventueller Investor der Mine sollte später auch das Krankenhaus betreiben, aber bis dahin muss der Betrieb gewährleistet sein, um nicht die Aufbauarbeit von Cap Anamur wieder zunichte zu machen.

Weiter geht es Richtung Krankenhaus. Der Sonnenschein der letzten Tage hat uns verlassen, während der Bahnfahrt hatte es auch schon mal geregnet, man meint, dass sich das Wetter der Trostlosigkeit der Umgebung angepasst habe. In einer Senke vor dem Krankenhaus sind kleine Parzellen, die teilweise auch noch als Ackerflächen genutzt werden, dazwischen plätschert ein Bach; neben unserem Weg liegen noch einige Eisenbahnschienen, die im Hügel des Krankenhauses enden. Wie es hier wohl mal zu den Hochzeiten Bongs aussah? Am Zaun des Krankenhauses hängt ein großes Banner „Cap Anamur“. Das Krankenhaus von Bong war früher in ganz West-Afrika bekannt und war auch eine Anlaufstelle für Menschen aus den Nachbarländern. Mit ca. 100 Betten bot es eine

<sup>101</sup> Die Eisenerzbergbau-Gesellschaft Bong Mining Company in Liberia, West Afrika 1955-1990, Düsseldorf 2000.



Beeindruckt von der Klinik wandern wir weiter Richtung Mine. Wir kommen an ein paar Mauerresten vorbei, laut einer Karte von Bong<sup>102</sup> muss dies einmal das „Main Office“ gewesen sein. Der Leitung der Mine ist es zu verdanken, dass nach der Besetzung der Mine durch die Rebellen den ausländischen und einheimischen Arbeitern nicht viel zugestoßen ist. Anfangs konnte die Mine sogar weiter betrieben werden, aber ein Abtransport des Erzes war bald nicht mehr möglich, da die Bahnlinie durch Kämpfe unbenutzbar wurde. Nach Kampfhandlungen auf dem Gelände der Mine und Beeinträchtigungen der Arbeit durch Rebellen wurden die noch verbliebenen Ausländer evakuiert. Doch wie sicher ist Bong heute? Vor uns auf der Straße liegen die noch qualmenden Reste eines LKW-Reifens, daneben liegt ein weiterer noch intakter Reifen. Im Juli 2005 marodierten Ex-Kombattanten in Bong, so dass sogar die Ärzte die Gegend verließen und erst nach der Beruhigung der Lage durch UNMIL wiederkehrten.<sup>103</sup> Und keine vier Wochen nach unserem Besuch in Bong kam es zu großen Unruhen unter den Jugendlichen des Ortes, dabei wurden auch Vertreter der Provinzverwaltung festgehalten und konnten erst nach dem Eingreifen einer nigerianischen UNMIL-Einheit den Ort verlassen.<sup>104</sup> Ein Auto der UN-Police wurde in Brand gesteckt, Personen kamen nicht zu Schaden. Auslöser der Unruhen war, dass ein kleiner Junge auf dem Weg zur Schule vermisst und einige Tage später tot aufgefunden wurde. Da die örtliche Polizei scheinbar keinen wirklichen Versuch der Aufklärung unternahm, forderten die aufgebrachten Jugendlichen dies ein.

Wir kommen zu einem Gleisdreieck – bis hierhin fährt selbst heute noch kein Zug – man kann jetzt erst die Größe der verrosteten Stahlkonstruktionen der Produktionsanlagen richtig erkennen. Unser lokaler Führer erklärt uns mit einem gewissen Stolz, dass hier einmal die Berufsschule stand, die ihn für die Arbeit in der Bong Mine ausbildete. Damit die Bong Mine mit teilweise über 90% einheimischen Arbeitern<sup>105</sup> und technischen Geräten betrieben werden konnte, musste das Personal über entsprechendes Wissen und Fähigkeiten verfügen. Da das liberianische Bildungssystem dies – gerade auch nicht im weit entfernten Bong – leisten konnte, entstand ein eigenes Schulsystem. Die BMC unterhielt eine deutsche Auslandsschule, sowie zeitweise auch italienische und spanische Schulzweige sowie Schulen für die liberianischen Abschlüsse. Dabei gab es sowohl die klassischen Angebote für Kinder und Jugendliche als auch eine Erwachsenenbildung ähnlich der deutschen Abendschule. Die sonst üblichen Schulgebühren wurden „bis auf eine geringe Einschreibgebühr“ nicht erhoben.<sup>106</sup> Die Berufsschule wurde gemeinsam mit der Bundesregierung betrieben, die 1959 Liberia eine Facharbeiter-Schule schenkte und diese dann nicht in Monrovia, sondern in Bong-Town ansiedelte. Die Ausbildung zu Maschinenschlossern und Schlossern sowie Elektro- und Automechanikern erfolgte in Anlehnung an das deutsche Ausbildungssystem. Die Berufsschüler kamen nicht nur aus Bong und wurden während ihrer Lehrzeit gezielt herkunftsgemischt untergebracht. Ca. 90% der Absolventen wurden anschließend von der BMC übernommen.

Ein Stück weiter soll einmal das Elektrizitätswerk gestanden haben, jetzt sind nur noch Rohre der ehemaligen Schornsteine der Dieselgeneratoren zu sehen. Die Generatoren selbst produzieren mittlerweile in Burkina Faso Strom, da sie der ehemalige liberianische Präsident Charles Taylor, um seinen Krieg zu finanzieren, veräußerte.<sup>107</sup> Zwar wurden einige der vorhandenen Fahrzeuge von den Rebellen beschlagnahmt und im Laufe der Jahre weitere entwendet und ähnlich der Generatoren zur Finanzierung der Kämpfe benutzt, doch stehen immer noch erstaunlich viele Fahrzeuge in und vor den verfallenen Hallen. Mittlerweile sind diese selbst in Liberia nicht mehr nutzbar. Aber wieso kam es soweit? Die Minenbetreiber hätten keine Probleme damit gehabt, die Mine unter einer neuen politischen Führung weiter zu betreiben, nach dem Doe-Putsch im April 1980 konnte sie trotz einiger Probleme weiterbetrieben werden. Die BMC versuchte dies auch zehn Jahr später. Man ging davon aus, dass die neuen Staatschefs gegen einen Anteil am Gewinn die BMC ähnlich wie die vorherige liberianische Regierung handeln würden. Deswegen wurde die Mine nur auf Grund der Kämpfe

<sup>102</sup> [www.bong-town.de](http://www.bong-town.de)

<sup>103</sup> Africa News 14. Juli 2005.

<sup>104</sup> Afrika News 30. April 2007.

<sup>105</sup> Die Eisenerzbergbau-Gesellschaft Bong Mining Company in Liberia, West Afrika 1955-1990, Düsseldorf 2000.

<sup>106</sup> Ebd., S.164.

<sup>107</sup> Africa News, 29. Januar 2007, Liberia; Deconstruction of the country.

vorübergehend verlassen. Jeder dachte, spätestens ein halbes Jahr später die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Im eigentlichen Abbaugelände liegen auf einem Hochplateau neben dem Abgrund weiß angemalte LKW-Reifen. Hier landete im April 1990 dreimal eine Transall der Bundeswehr, um die ausländischen Mitarbeiter der BMC zu evakuieren. Nachdem die Sicherheitslage immer angespannter wurde und der Landweg nicht mehr benutzbar war, wurde das verbliebene Personal mit der gecharterten Transportmaschine nach Freetown in Sierra Leone ausgeflogen. Innerhalb weniger Tage war auf einer ehemaligen Förderstraße inmitten des Minengeländes die Feldlandebahn gebaut worden. Aber erst nach Verhandlungen mit den Rebellen über verschiedene Kanäle konnten die Flüge stattfinden.<sup>108</sup>

Im strömenden Regen geht es entlang der Reste der Bong Mine zurück zum Zug, der wie verabredet wartet. Durchnässt im „Salon-Wagen“ machen wir uns Gedanken über die Eisenerzförderung in Liberia und insbesondere über die Zukunft der Mine.

## **Bongs Zukunft?**

Kann eine solche heruntergekommene Mine, die einmal ein florierendes Großunternehmen in Liberia war, den Aufbau des Landes unterstützen? Im Februar 2006 bemerkte der damals designierte Chairman of the National Investment Commission (NIC) of Liberia, dass die Bong Mine für Investoren ein eindrucksvolles Beispiel für das sein könne, was in Liberia möglich ist.<sup>109</sup> Doch für wen kann dies jetzt ein Vorbild sein? Kann man jetzt noch etwas mit dieser Mine anfangen, deren Ende ursprünglich für 1996 geplant war?

Bevor eventuell etwas Neues aufgebaut wird, stellt sich die Frage, ob noch Vorhandenes genutzt werden kann. Die Anlagen vor Ort sind bis auf die Eisenbahnstrecke nicht mehr einsatzfähig. Bei den aktuellen Schrottpreisen könnte ein neuer Investor das vorhandene Material der Mine über den Hafen Monrovia verkaufen, um wenigstens einen Teil der Planungskosten einer eventuellen Wiedernutzung zu finanzieren. Da die Mine weiter förderte, bis die Lagerhallen voll waren, sind noch rund 300.000 Tonnen bearbeitetes Eisenerz in Bong. Dieses Erz, was nur noch verladen werden muss, hat einen Marktwert von ca. 18,6 Millionen US-Dollar und soll an ein nigerianisches Unternehmen verkauft werden.<sup>110</sup> Bevor das vorhandene Kapital (in Form von Material) verschachert wird, könnte es doch für eine eigene Entwicklung genutzt werden. Der Verkauf des Erzes sowie des Schrottes könnte Gewinne erzielen, mit denen Pläne für ein Minenkonzept erstellt und ausländische Investoren ins Land geholt werden könnten.

Aber die viel wichtigere Frage: Würde sich denn ein neues Bergbauprojekt in Bong überhaupt rentieren? Entscheidend dafür ist, wie viel Erz noch in der Gegend von Bong zu finden ist. Bei der Suche nach genauen Angaben, stößt man auf Zahlen von 121 bis 300 Millionen Tonnen, wobei die meisten und vor allem neueren Angaben von einem Wert um die 300 Millionen Tonnen ausgehen. Dafür spricht auch, dass vom gesamten Berg bzw. der Bergreihe Bong Range (eine ca. 30 km lange Erhebung) bisher nur etwa 10 km abgebaut wurden.<sup>111</sup> Ob sich die Angaben allerdings nur auf das zu fördernde Roherz beziehen oder auch den nicht verarbeitbaren Abraum beinhalten, ist unklar. Zum Vergleich: die BMC förderte zwischen 1965 und 1990 ca. 350 Millionen Tonnen Roherz und ca. 310 Millionen Tonnen Abraum. Die besagten Vorräte von 300 Millionen Tonnen könnten also durchaus als Roherz gemeint sein, dann wäre noch mal ein Betrieb der Bong Mine wie 1965-1990 möglich. Entscheidend dafür sind aber insbesondere die Rohstoffpreise selbst. Für Eisenerz gibt es keine Weltmarktpreise wie für Öl oder Kupfer, denn Eisenerz wird über langfristige Verträge direkt bezogen und nicht am freien Markt eingekauft. Daher ist es schwer, einen Preis für Erz zu ermitteln. Laut Africa

<sup>108</sup> Ausführliche Berichte der Evakuierung sind auf [www.bong-town.com](http://www.bong-town.com) zu finden.

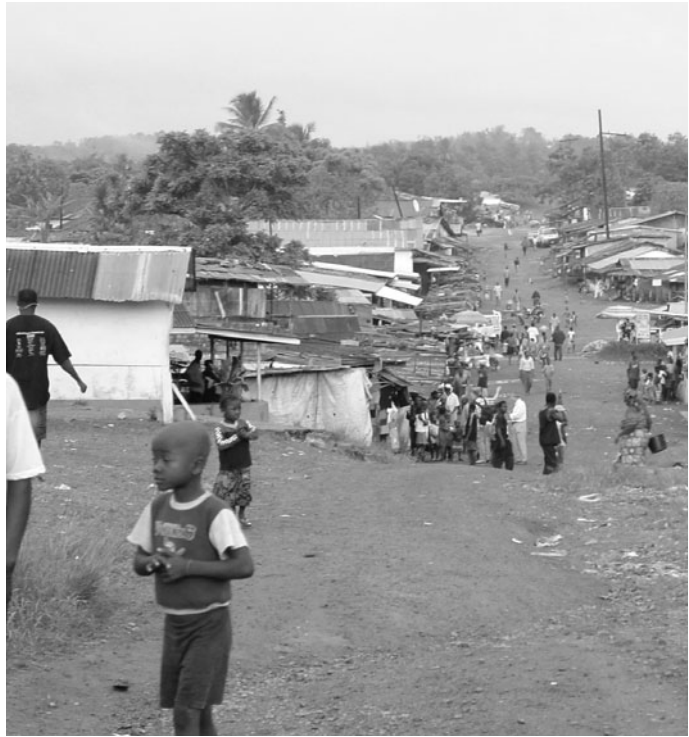
<sup>109</sup> Africa News, 01. Februar 2006.

<sup>110</sup> Africa Mining Intelligence, 04. April 2007.

<sup>111</sup> Vermessen mit Google Earth.

Mining Intelligence haben die Reste, die noch in Bong liegen, einen Wert von ca. 62 US-Dollar pro Tonne. Die BMC erhielt im Durchschnitt ca. 16 US-Dollar pro Tonne.

Die Zukunft Bongs scheint aber schon vorgegeben zu sein. Die Mine soll von der Industrie-Gruppe Kkaf Nigeria Ltd. erneuert werden. Die nigerianische Unternehmensgruppe greift dabei auf die Erfahrung der texanischen Cotton & Western Mining Inc. zurück,<sup>112</sup> die vor allem in Mexiko Eisenerzminen betreibt.<sup>113</sup> Eine Investition Nigerias wäre insbesondere unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Zusammenwachsens West-Afrikas unter dem Dach der ECOWAS zu begrüßen, zumal Nigeria sich schon an den Friedensmissionen in Liberia tatkräftig beteiligt hat. Kkafs Investition könnte ein Beispiel dafür sein, dass Afrika in der Lage ist, Probleme selbst zu beheben. Denn der Wiederaufbau eines zerstörten Landes müsste erstmals nicht von westlichen Unternehmen getätigt werden, sondern von einem Konsortium aus der afrikanischen Nachbarschaft. Aber für den Betrieb selbst wird die Hilfe von Cotton & Western benötigt, und auch das Kapital von etwas über einer Milliarde US-Dollar wird nur zu 20% selbst aufgebracht. Die restlichen 80% werden von dem European Economic Development Council (EEDC) zur Verfügung gestellt, darunter auch deutsche Mittel.



Bong Town – Wird die Zukunft besser werden?

**Foto: F. Schneider**

Für den Aufbau Liberias ist das Eisenerz unabdingbar, denn vor dem Krieg erbrachten die Minen die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen.<sup>114</sup> Heute sind nochmals höhere Einnahmen zu erwarten. Doch für den Aufbau der Minenstrukturen ist Liberia auf ausländische Investoren angewiesen. Wie der Chairman der NIC im Februar 2006 zu Recht sagte, ist die Bong Mine ein Vorbild für andere Investoren. Man kann nur hoffen, dass auch aus dem Abschnitt der Geschichte, in dem die Bong Mine still stand, gelernt wird und die liberianische Bevölkerung in Gänze Anteil am zu erwartenden Eisenerzboom haben wird.

<sup>112</sup> Africa News, 23. März 2007, Africa Mining Intelligence, 04. April 2007.

<sup>113</sup> [www.cottonwestern.com](http://www.cottonwestern.com)

<sup>114</sup> [http://liberia.usembassy.gov/liberia/img/assets/5816/Doing\\_Business\\_in\\_Liberia.pdf](http://liberia.usembassy.gov/liberia/img/assets/5816/Doing_Business_in_Liberia.pdf)



### **III. Dimensionen regionaler und internationaler Kooperation**

*Regionale Akteure, die Rolle Deutschlands und der EU  
sowie die Bedeutung der USA*

## „China ist unser Freund“ – Eine Begegnung mit dem Außenminister von Liberia<sup>115</sup>

Ekkehard Griep

Als Außenminister ist George W. Wallace, Jr. für internationale Beziehungen und die diplomatische Vernetzung Liberias verantwortlich – eine Aufgabe, die in Anbetracht des allmählich einsetzenden Prozesses der Friedenskonsolidierung mit vielfachen Chancen einhergeht. Dabei gilt es, die eigenen Interessen auszubalancieren mit denen anderer Staaten und Organisationen – in der unmittelbaren Nachbarschaft, auf dem afrikanischen Kontinent und draußen in der Welt. Vor allem aber braucht Liberia außenpolitische Orientierungen, damit das Land auch von seinen internationalen Partnern als verlässlich und berechenbar angesehen werden kann. Trotz einer Welle internationaler Sympathie, die das „neue“ Liberia gegenwärtig zu tragen scheint, ist Wallace anzumerken, dass für ihn die außenpolitische Kursbestimmung ein fortwährender Prozess des Auslotens, Abwägens und Immerwieder-Neu-Entscheidens ist. Sicher keine einfache Aufgabe, zumal der Prozess gegen den früheren Präsidenten Charles Taylor vor dem Sondergerichtshof für Sierra Leone in Den Haag nur allzu deutlich an eine dunkle, konfliktbeladene Phase jüngerer liberianischer Geschichte erinnert, die in Liberia selbst desaströse Spuren hinterlassen hat und auch im Ausland das Bild des westafrikanischen Staates erheblich beeinträchtigte. Aber das soll Vergangenheit sein. Gemeinsam mit der jetzigen Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf hat sich Wallace auf den Weg gemacht in eine bessere Zukunft. Seit der Amtssitz der Präsidentin vor einigen Monaten abgebrannt ist, arbeitet sie übrigens an ihrem Schreibtisch auch hier im Außenministerium – wenn nicht gerade eine Auslandsreise auf dem Terminplan steht wie während unseres Besuches.

Wie die gesamte Regierung seit Anfang 2006 im Amt, scheinen George Wallace seine Aufgaben sichtlich Freude zu bereiten. Entspannt tritt er auf, will keine Formalitäten, sucht den unmittelbaren Austausch. Sekundiert von Staatssekretär und Protokollchef, ist der Außenminister ganz in seinem Element. Hier im ehrwürdigen, holzgetäfelten Pressesaal des Außenministeriums in Monrovia spricht er über seine Vorstellungen von der neuen Außenpolitik Liberias. Draußen wird das Gebäude von indischen UNMIL-Polizistinnen bewacht.

Wallace beginnt mit der eigenen Region. Natürlich spiele ECOWAS als subregionale Organisation eine bedeutende Rolle für die Stabilität Westafrikas. Für den Erhalt von Frieden und Sicherheit im engeren Umfeld sei aber auch die Mano River Union nicht zu vergessen, ein regionaler Zusammenschluss der Nachbarstaaten Sierra Leone, Guinea und Liberia, dem möglicherweise, wie man hört, schon bald auch Côte d'Ivoire beitreten könnte. Entscheidend sei, so Wallace, dass sich die einzelnen Länder der Region über ihre eigenen Probleme gegenseitig und frühzeitig informierten. Dann könne man gemeinsam handeln, und das wirke konfliktpräventiv. Heute gebe es beispielsweise Programme zur gemeinsamen Grenzüberwachung, an denen auch UNMIL beteiligt sei. So stelle er sich regionale Zusammenarbeit vor.

Dem Außenminister ist klar, dass sich die Möglichkeiten seiner Politik in den Rahmen der Regierungsarbeit einfügen müssen, und so benennt er noch einmal die Prioritäten, die vier „Pfeiler“, auf die sich die Vision der jetzigen Regierung für das künftige Liberia stützt: (1) Sicherheit, (2) Ökonomische Wiederbelebung, (3) Regierungsreform mit dem Ziel guter Regierungsführung sowie (4) Aufbau von Infrastruktur und Entwicklung. Die Präsidentin habe dabei die Leitlinie vorgegeben: Frieden – Wechsel – Erneuerung. Es komme darauf an, künftige Konflikte zu verhindern. Dies aber sei bei einer Arbeitslosenquote von 85% und einem Anteil der unter Vierzigjährigen an der Gesamtbevölkerung von 70% vor allem eine Aufgabe, die im Lande selbst bewältigt werden müsse. Die Außenpolitik habe daran zu denken, wie Liberia bei der Lösung dieser immensen Probleme im Innern geholfen werden

<sup>115</sup> Treffen und Gespräch mit Außenminister Wallace, 27.3.2007.

könne. In diesem Kontext sei klar, dass die Menschen Dankbarkeit gegenüber den USA vor allem wegen der Tätigkeit des US Peace Corps entwickelten, nicht so sehr wegen amerikanischer Soldaten. Mit anderen Worten: Der Wiederaufbau rückt als Priorität zunehmend in den Vordergrund.

Und China? Erst vor wenigen Wochen war Präsident Hu im Rahmen eines Staatsbesuches in Liberia empfangen worden – mit einem Sicherheitsaufwand, der alles in den Schatten stellte, was das Land jemals zuvor erlebt hatte. Ein Besuch, der sichtbare Spuren hinterlassen hat. Schon auf der Fahrt vom Flughafen in die Hauptstadt erkennt man am monumental wirkenden Samuel Doe-Fußballstadion große Flaggen mit chinesischen Schriftzeichen: Hu hatte großzügige finanzielle Hilfe zugesagt, damit das alte, baufällige Stadion endlich renoviert werden könne. Bei den fußballbegeisterten Liberianern kommen solche Neuigkeiten gut an. Indes, so Wallace, gingen die Beziehungen zu China bis ins Jahr 1975 zurück. Damals habe China begonnen, sich für Liberia zu interessieren. Gegenwärtige Grundlage der Beziehungen sei die vom Parlament in Monrovia beschlossene Ein-China-Politik. Schließlich habe man der Volksrepublik vieles zu verdanken: China unterstütze das Gesundheitswesen in Liberia, und Chinesen eröffneten Fabriken hier im Lande. Studenten würden zur Ausbildung nach China eingeladen. Über viele Jahre hinweg habe China Unterstützung für Liberia geleistet, auch durch den Erlass von Schulden. Aber, so bekräftigt der Außenminister, eine Abhängigkeit von China gebe es nicht. Liberia sei frei in der Wahl seiner Partner. Man verstehe es, seine Freunde im Gleichgewicht zu halten. Und die Welt könne beruhigt sein: Liberia werde schon Sorge dafür tragen, dass niemand außer den Liberianern das Land übernehme. Ein kraftvoller Satz, der nachwirkt. Man wird sehen.

## Regional Player ECOWAS und die regionale Dimension des Wiederaufbaus<sup>116</sup>

Valentin Wasilew

ECOWAS, die *Economic Community of West African States* wurde 1975 gegründet. Die Organisation umfasst 15 Staaten Westafrikas,<sup>117</sup> darunter Liberia und alle dessen Nachbarstaaten (Sierra Leone, Guinea, Elfenbeinküste). Ziele der Organisation mit Hauptsitz in Abuja/Nigeria sind gemäß Artikel 3 des im Jahre 1993 revidierten ECOWAS-Gründungsvertrags<sup>118</sup> die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration der Mitgliedstaaten, die Aufrechterhaltung und Verbesserung der wirtschaftlichen Stabilität, die Pflege der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und die Leistung eines Beitrags zum Fortschritt und zur Entwicklung des afrikanischen Kontinents. Lag der Schwerpunkt der ECOWAS in den ersten Jahren im wirtschaftlichen Sektor, wurden später (jedenfalls auf dem Papier) auch im (sicherheits-)politischen Bereich Fortschritte erzielt. So verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs in der 1991 verabschiedeten „Deklaration der politischen Prinzipien der ECOWAS“<sup>119</sup> unter anderem zur Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. 1999 wurde ein „Mechanismus für Konfliktprävention, -management und -lösung, Peacekeeping und Sicherheit“ in Form eines Protokolls verabschiedet.<sup>120</sup> Dieser Mechanismus basiert auf einem weiten Sicherheitsbegriff und hat neben den bereits in seinem Titel enthaltenen Elementen unter anderem auch den Schutz der Umwelt und des kulturellen Erbes der Mitgliedstaaten zum Ziel.<sup>121</sup> Die schärfste vorgesehene Maßnahme ist die Wiederherstellung von Frieden in der Subregion mit militärischen Mitteln durch ECOMOG (ECOWAS Cease-fire Monitoring Group). Ergänzt wird der Mechanismus durch ein 2001 unterzeichnetes „Protokoll zu Demokratie und guter Regierungsführung“.<sup>122</sup> Die wichtigsten Organe der ECOWAS sind die Konferenz der Staats- und Regierungschefs, der Ministerrat, das Gemeinschaftsparlament (geschaffen 1993) und das Sekretariat, das erst vor wenigen Monaten in eine Kommission umgewandelt wurde. Insgesamt befindet sich die ECOWAS derzeit in einem Transformationsprozess.<sup>123</sup> Gleichzeitig wird die Effektivität dieser Organisation durch verschiedene Interessenkonflikte, unter anderem zwischen anglophonen und frankophonen Staaten, gemindert.<sup>124</sup>

<sup>116</sup> Treffen und Gespräch mit ECOWAS-Vertreter Dr. Roosevelt Gasolin Jayjay, Special Assistant to the Special Representative of the President of the ECOWAS Commission in Liberia und J. Momalu Kaindii, Senior Political Advisor. Office of the Special Representative of the President of the ECOWAS Commission, 27.3.2007.

<sup>117</sup> Die Mitgliedstaaten sind: Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo. Das Gründungsmitglied Mauretanien trat wieder aus.

<sup>118</sup> Treaty of ECOWAS, signed in Cotonou on 24 July 1993, <http://www.comm.ecowas.int/sec/index.php?id=treaty&lang=en> [letzter Zugriff auf alle in diesem Protokoll genannten Internetseiten: 30.5.2007].

<sup>119</sup> Declaration A/DCL.1/7/91 of Political Principles of the Economic Community of West African States, adopted in Abuja on 6 July 1991, [http://www.iss.org.za/AF/RegOrg/unity\\_to\\_union/pdfs/ecowas/7DecPolPrin.pdf](http://www.iss.org.za/AF/RegOrg/unity_to_union/pdfs/ecowas/7DecPolPrin.pdf). Diese Prinzipien finden sich nun auch in Artikel 4 des revidierten ECOWAS-Gründungsvertrags.

<sup>120</sup> Protocol relating to the Mechanism for Conflict Prevention, Management, Resolution, Peace-keeping and Security, signed in Lome on 10 December 1999, <http://www.comm.ecowas.int/sec/index.php?id=ap101299&lang=en>

<sup>121</sup> Siehe Artikel 3 des Protokolls.

<sup>122</sup> Protocol A/SP1/12/01 on Democracy and Good Governance Supplementary to the Protocol relating to the Mechanism For Conflict Prevention, Management, Resolution, Peacekeeping and Security, signed in Dakar on 21 December 2001, <http://www.comm.ecowas.int/sec/en/protocoles/Protocol%20on%20good-governance-and-democracy-rev-5EN.pdf>

<sup>123</sup> Aus der Sicht des Kommissionspräsidenten, Dr. Mohammed Ibn Chambas, siehe dazu [http://www.comm.ecowas.int/dept/index.php?id=p\\_p1\\_commission&lang=en](http://www.comm.ecowas.int/dept/index.php?id=p_p1_commission&lang=en). Siehe dort auch zum neuen System der Gemeinschaftsrechtsakte.

<sup>124</sup> Siehe dazu Peter Körner, ECOWAS, in: Rolf Hofmeier/Andreas Mehler (Hrsg.), *Kleines Afrika-Lexikon*, bpb 2005.



Der Besuch bei der ECOWAS hatte die „übliche“ Struktur: kurze Einführung und Vorstellung unserer Gruppe durch Ekkehard Griep, Vortrag des Referenten, anschließend Frage- und Antwortrunde, abschließend Dankesworte und Überreichung eines Präsensts durch Ekkehard Griep; erwidert wurde unser Dank durch die Bitte des (liberianischen) *Senior Political Advisor*, seine Dankbarkeit für die Unterstützung Liberias durch Deutschland in die Bundesrepublik zu übermitteln. Der Vortrag des Special Assistant – der zu Beginn die Abwesenheit des *Special Representative* mit dessen Betreuung einer in Monrovia weilenden ECOWAS-Delegation entschuldigte – lässt sich in drei Teile gliedern: Die ECOWAS und ihre Rolle in der Serie von (Bürger-)Kriegen in Liberia, ihre Rolle bei den Friedensverhandlungen im Jahre 2003 und der Implementierung des Friedensabkommens und ihre Rolle in der nun anstehenden Phase der Friedenskonsolidierung.

Bereits 1990 hatte die ECOWAS eine ECOMOG nach Liberia entsandt, die dort bis 1998 in unterschiedlicher Truppenstärke (zwischen 2600 und 12000 Mann) blieb und vorübergehend durch Truppen aus Tansania und Uganda unterstützt wurde. Daneben bestand zeitweise eine UN Observer Mission. In dieser Zeit vermittelte ECOWAS mehrere Waffenruhen, die jedoch alle gebrochen wurden.<sup>125</sup> In den Jahren 2002-03 brach der Krieg erneut offen aus. Präsident Charles Taylor sah sich dem Druck zweier Fronten ausgesetzt – den LURD (Liberians United for Reconciliation and Democracy) im Westen und der von diesen abgespaltenen MODEL (Movement for Democracy in Liberia) im Osten – und erklärte sich schließlich zur Teilnahme an den unter der Schirmherrschaft des Vorsitzes der ECOWAS in Accra, der Hauptstadt Ghanas, geführten Friedensgesprächen bereit. Zum Chef-Unterhändler auf Seiten der ECOWAS wurde General Abdulsalami Abubakar, ehemaliger Staatschef Nigerias, bestimmt. Die Gespräche mündeten in das am 18. August 2003 unterzeichnete (Accra) Comprehensive Peace Agreement (CPA),<sup>126</sup> nachdem bereits im Juni 2003 ein Waffenstillstand ausgehandelt worden war.<sup>127</sup> Aus Sicht unseres Referenten, Dr. Jayjay, basierte der Erfolg der Friedensverhandlungen vor allem darauf, dass wirklich alle am Konflikt Beteiligten (stakeholder) einbezogen waren und dass die Anliegen (stakes) der Rebellen – unter anderem Teilhabe, Repräsentation, Identität und Kohäsion – im CPA Berücksichtigung fanden. Das CPA beinhaltet gute Bestimmungen zu Wahlen, zur Demobilisierung und zur Restrukturierung der Streitkräfte und der Polizei und habe so zum Nukleus für den Friedensprozess werden können. Im September 2003 schickte die ECOWAS – durch die Resolution 1497 des UN-Sicherheitsrats legitimiert – Truppen nach Liberia (ECOMIL), die bereits einen Monat später – der Resolution 1509 des UN-Sicherheitsrats folgend – UNMIL unterstellt wurden.

Auch jetzt noch, in der Phase der Friedenskonsolidierung, ist die ECOWAS auf verschiedenen Ebenen präsent, so ist sie unter anderem Mitglied der International Contact Group on Liberia und nimmt am Governance and Economic Management Assistance Program (GEMAP) teil. Ein Bericht der ECOWAS über die nationale Übergangsregierung Liberias führte zu Anklagen gegen mehrere ehemalige Minister und Staatssekretäre wegen Wirtschaftsdelikten. Insgesamt sei es die Aufgabe der ECOWAS, die liberianische Regierung beim Kapazitätsaufbau und auf ihrem Weg zu Good Governance zu unterstützen. Dabei halte sich die ECOWAS hinter den Kulissen und beobachte von dort aus das Geschehen.

Die sich anschließende Diskussion erstreckte sich über ein weites Themenspektrum. Gefragt wurde nach der Beratungsresistenz neuer Regierungen, woraufhin Dr. Jayjay auf das für die ECOWAS geltende Prinzip der Nichteinmischung in interne Angelegenheiten hinwies und das Engagement der

<sup>125</sup> Zu diesem Absatz siehe Festus B. Aboagye and Alhaji M. S. Bah, Liberia at a Crossroads: A preliminary look at the United Nations Mission in Liberia (UNMIL) and the protection of civilians, ISS Paper 95, November 2004, p. 1-5, <http://www.issafrica.org/pubs/papers/95/Paper95.pdf>

<sup>126</sup> Comprehensive Peace Agreement Between the Government of Liberia and the Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) and the Movement for Democracy in Liberia (MODEL) and Political Parties, signed in Accra on 18 August 2003, [http://www.iss.co.za/AF/RegOrg/unity\\_to\\_union/pdfs/ecowas/liberiapeace.pdf](http://www.iss.co.za/AF/RegOrg/unity_to_union/pdfs/ecowas/liberiapeace.pdf)

<sup>127</sup> Agreement on Ceasefire and Cessation of Hostilities Between the Government of the Republic of Liberia and Liberians United for Reconciliation and Democracy and the Movement for Democracy in Liberia, signed in Accra on 17 June 2003 [= Annex 1 zum CPA, siehe Fn. 126].

ECOWAS als „Rat unter Freunden“ bezeichnete. Auf die Frage nach der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen (international oder national/lokal) antwortete er, dass es sich hierbei um keinen Schwerpunkt der ECOWAS handle, letztere das Funktionieren der Truth and Reconciliation Commission (TRC) aber verlange. Eine Teilnehmerin erkundigte sich danach, wie es nach dem Exit der internationalen Gemeinschaft aussehen werde. Dr. Jayjay entgegnete, dass die ECOWAS bleiben werde, und ging auf das Problem der regionalen Sicherheit und der Flüchtlinge ein. Herr Kaindii ergänzte, dass die (Re-)Integration der Ex-Kombattanten eine der größten und entscheidendsten Aufgaben sei. Es gehe hier um den Erwerb ökonomisch verwertbarer Fähigkeiten. Auch müssten die Grenzen geschützt werden. Frieden könne es nur entweder in der ganzen Subregion geben oder eben gar nicht. Wie denn die ECOWAS in einer Konfliktsituation überhaupt wirksame Maßnahmen ergreifen könne, wo doch die betroffenen Staaten selbst Mitglied seien und damit Entscheidungen blockieren könnten, wollte ein Teilnehmer wissen. Dr. Jayjay verwies auf das Beispiel von „Mr. Taylor“: Hier sei es der ECOWAS gelungen, ihn in die Schranken zu verweisen („to downsize him“). Herr Kaindii fügte an, dass die ECOWAS Supranationalität besitze und ihre Mitgliedstaaten zur Befolgung der Entscheidungen zwingen könne. Die Frage einer Teilnehmerin nach den kürzlich erfolgten institutionellen Änderungen der ECOWAS beantwortete Herr Kaindii sehr pauschal mit dem Hinweis auf deren Dynamik und Prozesscharakter. Ziel sei eine gemeinsame Wirtschaftszone. Ein Mitreisender wies, inspiriert durch den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, auf den nach seiner Ansicht bestehenden Unterschied zwischen der Entwicklung der EG und der ECOWAS hin: Während erstere mit der wirtschaftlichen Integration begann, versuche die ECOWAS das gleichzeitige Voranbringen von ökonomischer und (sicherheits-)politischer Integration. Ob es einen rotierenden Vorsitz gebe, bejahte Dr. Jayjay: Ein Staatspräsident werde jeweils für ein Jahr zum ECOWAS-Präsidenten gewählt. Die Frage, ob es neben UNMIL noch separate ECOWAS-Truppen in Liberia gebe, verneinte er. Gefragt nach den Beziehungen der ECOWAS zu den UN<sup>128</sup> und zur AU verwies er auf ein Rahmenabkommen mit den UN und betonte, dass die AU die ECOWAS als primär verantwortlich für die westafrikanische Subregion ansehe.<sup>129</sup>

Die Bedeutung des regionalen Kontextes für den Konflikt in Liberia war als Gedanke ein ständiger Begleiter auf unserer Studienreise – mit den Worten des UN-Sicherheitsrats: „feststellend, dass dauerhafte Stabilität in Liberia vom Frieden in der Subregion abhängen wird“.<sup>130</sup> Der Besuch bei der ECOWAS, die alle Staaten dieser Subregion zu ihren Mitgliedstaaten zählt, bot daher die Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeit und Funktionsweise dieses wichtigen regionalen Players zu erhalten. Mehr als ein Einblick bot sich uns allerdings nicht. Eine Beurteilung der Effizienz und Effektivität der Tätigkeiten der ECOWAS für die dauerhafte Sicherung des Friedens in Liberia ist mir nicht möglich.

<sup>128</sup> Siehe hierzu Kapitel VIII. der UN-Charta („Regionale Abmachungen“). – Zur Zusammenarbeit von UN und ECOWAS / AU siehe auch Victoria K. Holt with Moira K. Shanahan, African Capacity-Building for Peace Operations: UN Collaboration with the African Union and ECOWAS, The Henry L. Stimson Center, February 2005, [http://www.stimson.org/fopo/pdf/African\\_Capacity-building.pdf](http://www.stimson.org/fopo/pdf/African_Capacity-building.pdf)

<sup>129</sup> Die Europäische Union und die ECOWAS halten seit 1999 regelmäßig Treffen auf Ministerebene ab, siehe zuletzt Council of the EU, 11th ECOWAS-EU Ministerial Troika Meeting, Luxembourg, 24 April 2007, Council doc. 8825/07 (Presse 92), [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/er/93800.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/93800.pdf)

<sup>130</sup> S/RES/1509 (2003) vom 19. September 2003, 11. Erwägungsgrund.

# Die deutsche Botschaft als Gastgeber unter Palmen – Im Gespräch mit der Europäischen Kommission<sup>131</sup>

Maximilian Meindl

Zum Mittagessen sind wir vom deutschen Chargé d'affaires, Herrn David Schwake, in die deutsche Botschaft, die derzeit mit einem Botschafter und einer einheimischen Sekretärin besetzt ist, eingeladen. Die Botschaft befindet sich auf einem weitläufigen Gelände am Tubman-Boulevard. Der Erwerb des Botschaftsgeländes geht auf das Jahr 1958 zurück. Damals zahlte die Bundesrepublik gerade mal 60.000 US-Dollar für 100 Jahre Pacht. Da auch während des Bürgerkriegs das Grundstück ständig bewacht wurde, ist der Pachtvertrag weiter gültig. Der Großteil des Areals ist derzeit allerdings an die UNMIL „untervermietet“, die dort eines ihrer Kontingente einquartiert hat. Von diesem Lager bezieht die deutsche Botschaft übrigens auch Strom und Wasser. Gegenwärtig gibt es Überlegungen, auch andere europäische Botschaften auf dem Gelände unterzubringen, Platz und leerstehende Gebäude wären noch vorhanden. Die Größe der Botschaft, in der es übrigens neben einem Swimmingpool (nicht mehr in Betrieb) auch noch einen Tennisplatz gibt, lässt sich auch mit einem starken Engagement der deutschen Wirtschaft seit den 50er Jahren bis zum Beginn des Bürgerkrieges erklären – beispielhaft dafür ist die „Bong-Mine“, die bis 1989 von den Konzernen Krupp, Thyssen und Hoesch für den Abbau von Eisenerz erschlossen wurde. Auf Grund der wirtschaftlichen Aktivitäten arbeiteten verhältnismäßig viele Deutsche in dem westafrikanischen Land. Bis 1989 gehörte Liberia auch zu den „Schwerpunktländern“ der deutschen Entwicklungshilfe, hat diesen Status allerdings verloren (laut Außenminister Wallace war Deutschland vor dem Bürgerkrieg sogar das wichtigste Geberland Liberias).

Das deutsche Engagement ist derzeit deutlich geringer als noch vor dem Krieg. So beteiligt sich Deutschland mit fünf Polizisten und 18 Technikern des THW an der UN-Mission. Die THW-Mitarbeiter sollen allerdings bis spätestens August 2007 abgezogen werden. Neben dem personellen Beitrag kommt Deutschland für knapp 9% der Kosten von UNMIL auf, was einem Jahresbeitrag von etwa 80 Mio. Euro entspricht, und ist damit drittgrößter Geldgeber. Auch hat die Bundesregierung, zweitgrößter binationaler Gläubiger Liberias, vor einigen Monaten angekündigt, Liberia die Schulden in Höhe von 232 Mio. US-Dollar zu erlassen. Vor Ort beteiligt sich Deutschland am Wiederaufbau unter anderem durch die Finanzierung von Projekten der Deutschen Welthungerhilfe durch die KfW sowie im Rahmen der EU-Entwicklungshilfe. Auch ist die GTZ in Liberia engagiert.

Mittlerweile ist der Vertreter der Europäischen Kommission in Liberia in der Botschaft angekommen und die Studiengruppe zwängt sich in das nicht für 25 Personen ausgelegte „Arbeitszimmer“ des deutschen Botschafters. Der EU-Vertreter berichtet, dass die EU an einer Reihe von Rehabilitationsprojekten beteiligt sei und bis 2007 bereits 240 Mio. Euro (derzeit jährlich 30 Mio. Euro) in Liberia ausgegeben habe, wobei der Großteil des Geldes aus dem European Development Fund stamme. Diese Finanzierungsquelle bereite allerdings immer wieder Probleme, da Liberia sich noch in einer unmittelbaren Post-Konflikt-Phase befinde, und die Gelder aus dem European Development Fund nicht immer flexibel genug eingesetzt werden könnten. Schwerpunkte der Arbeit seien vor allem die Rehabilitation der Strom- und Wasserversorgung in ländlichen Gegenden, wobei es sich häufig um sehr kleine Projekte zur Wiederherstellung einer Basisinfrastruktur handele. Diese Programme liefen bereits seit den 1990er Jahren. Weitere wichtige Aspekte der EU-Hilfe seien „capacity-building“, das Schulsystem, die Reintegration von Ex-Kombattanten sowie der Neuaufbau der liberianischen Polizei. Des Weiteren sei die EU um „good governance“ bemüht, insbesondere um deren wirtschaftliche Aspekte. An die Regierung Liberias selbst würden jedoch keine Gelder gezahlt, da Liberia seit 1992 nicht mehr die Anforderungen für direkte Finanzhilfen erfülle.

<sup>131</sup> Besuch in der Deutschen Botschaft und Gespräch mit dem Vertreter der EU-Kommission, 30.3.2007.

Ein Problem der EU-Hilfe sei, dass die Behörde nicht mit ausreichend Mitarbeitern ausgestattet sei und somit häufig lediglich „just in time“ arbeiten könne. Auch seien die Strukturen und Prozeduren in Brüssel häufig recht langsam, doch sei man sich dessen bewusst und würde Verbesserungen planen. Ein weiterer Punkt, der während dieses Treffens angesprochen wird, ist die Koordination des Wiederaufbaus. Der Vertreter der EU-Kommission äußert sich sehr skeptisch gegenüber der Koordination zwischen den verschiedenen UN-Agenturen. Die Liberianer selbst hätten zur Koordinierung das „Liberia Reconstruction and Development Committee“ (LRDC) eingeführt, von dem die Bemühungen in vier Säulen zur besseren Koordination zusammengefasst wurden (siehe interim Poverty Reduction Strategy Paper iPRSP; Anmerkung des Verfassers). Insgesamt gebe es in Liberia einen sehr großen politischen Willen zur effektiven Koordinierung und das Land sei bereits ein gutes Stück vorwärts gekommen. Insbesondere in Burundi und Sierra Leone gelernte Lektionen seien in Liberia umgesetzt worden. Der Vertreter empfahl, dass sich die neugegründete „Peacebuilding Commission“ der UN in Liberia engagieren sollte.

Die TRC, die sich über nicht ausreichende Finanzmittel beklagte, bezeichnet er hingegen als „almost dysfunctional“. Sie habe ausreichend Geld und technische Unterstützung erhalten. Es gebe zwar nun eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der TRC und der ICGL (International Contact Group for Liberia), um die Probleme zu lösen, doch würde die TRC keine weiteren Gelder erhalten, solange sie nicht ihre internen Schwachpunkte beseitigt habe. Auf die Frage, in wie weit die Mitglieder der ICGL die Regierung Liberias beeinflussten, meinte der EU-Vertreter, dass ein Botschafter (der amerikanische, Anmerkung des Verf.) deutlich mehr Einfluss als die übrigen habe. Liberia würde derzeit gemeinsam von der Präsidentin, dem Leiter der UNMIL sowie dem amerikanischen Botschafter regiert werden. Die USA leisteten auch deutlich mehr Entwicklungshilfe (200 Mio. Euro jährlich gegenüber 30 Mio. Euro jährlich von der EU geleisteter Hilfe).

Gegen Ende des Gesprächs wird noch die Einführung von „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) zwischen der EU und den Staaten Westafrikas angesprochen. Hintergrund der EPAs ist das Abkommen von Cotonou zwischen der EU und den AKP-Staaten. Darin wurde beschlossen, Handels- und Entwicklungspolitik zu verknüpfen. Gleichzeitig wird darin, im Gegensatz zu früheren Abkommen, auch von den Entwicklungsländern verlangt, Menschenrechte und demokratische Standards einzuhalten sowie ihre Märkte zu öffnen. Letzteres geschieht auf Grund von Druck durch die WTO, die der EU eine einseitige Bevorzugung der AKP-Staaten vorwarf, die nicht den WTO-Regeln entspräche. Das Abkommen, insbesondere die nun gegenseitige Liberalisierung der Märkte, ist allerdings sehr umstritten, da zu fürchten ist, dass die Volkswirtschaften der AKP-Länder unter den EPAs eher leiden als davon profitieren werden. Der Vertreter der EU-Kommission gab zu, dass es anfangs sehr viel Widerstand in Westafrika gegen EPAs gegeben habe, da viele Staaten fürchteten, die Öffnung der Grenzen für ausländische Waren würde ihrer Wirtschaft schaden. Nun sei das Projekt aber allgemein akzeptiert. Grund für diesen Wandel sei, dass Brüssel Zugeständnisse bezüglich des Zeitplanes der Umsetzung gemacht habe sowie versichert habe, dass der Handel nicht zum Schaden der westafrikanischen Länder behindert werden würde. Schließlich kam noch die Frage auf, ob ECOWAS die EU jemals um Rat bei der Umsetzung der regionalen Integration gebeten habe, schließlich habe die EU ja sehr viel Erfahrung auf diesem Gebiet. Der EU-Vertreter antwortete, dass zwar bereits 477 Mio. Euro für derartige Programme von der EU gezahlt worden seien, dass dies aber nicht zu den Hauptthemen der Zusammenarbeit zwischen Westafrika und der EU gehöre.

### **Zu den (Wirtschafts-)Beziehungen der EU mit Afrika siehe:**

European Centre for Development Policy Management, [www.ecdpm.org](http://www.ecdpm.org)

## „Managing Expectations“: Im Gespräch mit der amerikanischen Botschaft in Liberia<sup>132</sup>

Thorsten Benner

Die USA zeigen Flagge in Liberia. Während das riesige Areal der deutschen Botschaft heute gerade mal mit einem einsamen Botschafter bestückt ist, hat die US-Botschaft in Monrovia mehr als 60 Mitarbeiter. Die USA übernehmen 25 % der Kosten für die UN-Mission und sind der größte Entwicklungshilfegeber in Liberia. USAID, zahlreiche NGOs bis hin zur American Bar Association sind vor Ort präsent. Beobachter meinen, dass das Land von der Präsidentin gemeinsam mit dem Leiter der UN-Mission und dem US-Botschafter regiert werde. Jedenfalls würden die USA bei allen wichtigen Entscheidungen konsultiert. An der UN-Truppe beteiligen sich die USA kaum; im militärischen Bereich haben sie den Aufbau der neuen amerikanischen Armee übernommen und dafür den privaten Militärdienstleister DynCorp angeheuert. Was erklärt dieses starke Engagement der USA in einem solch kleinen Land? Die zunehmende geostrategische Bedeutung Westafrikas als US-Öllieferant mag ein Teil der Erklärung sein, zudem ein wirtschaftliches Interesse (der US-Reifenhersteller Firestone unterhält seit Jahrzehnten eine große Kautschukplantage im Land). Entscheidend für das Engagement der USA ist jedoch die geschichtliche Verflechtung mit einem Land, das von US-Siedlern gegründet wurde. Die zahlenmäßig starke liberianische „Diaspora“ in den USA sorgt mit dafür, dass diese historischen Verbindungen auch zu einem starken Engagement der USA führen. Nachdem die USA Ende der 90er Jahre fahrlässig den damaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor hatten gewähren lassen, nahm 2002/2003 der innenpolitische Druck auf die USA, etwas gegen die katastrophale Situation im Land und gegen den brutalen Machthaber Taylor zu tun, zu. Dies führte zur zeitweisen Stationierung der Marines vor der Küste Liberias, später zu einem umfangreichen Engagement beim Wiederaufbau.

Wir trafen uns mit Alfreda Meyers, Economic Counsellor, in der Bibliothek der US-Botschaft in Monrovia – dieser Teil des Gebäudes ist trotz starker Sicherheitsvorkehrungen auch für die liberianische Bevölkerung öffentlich zugänglich. Meyers betonte die Herkulesaufgabe, welche die Präsidentin vor sich habe. In jeder Beziehung sei Liberia ein „gescheiterter Staat“, und das Fenster der Gelegenheit, um eine erwartungshungrige Bevölkerung zu Unterstützern und Profiteuren des Aufbauprozesses zu machen, sei nur für kurze Zeit offen. Eine Arbeitslosenrate von gegenwärtig 85% und eine Bevölkerung, der infolge des Zusammenbruchs des Bildungssystems „basic learning and reasoning skills“ fehlten, verdeutlichten die Dramatik der Ausgangslage. Man müsse in Zeiträumen einer Generation denken, was den Aufbau Liberias betrifft; fraglich sei, ob der Geduldsfaden der Bevölkerung und der politischen Klasse so lange halte. Neben Investitionen ins Bildungssystem mahnte Meyers eine Umsetzung der „Zero Tolerance“-Politik der Präsidentin mit Blick auf die weit verbreitete Korruption an. Das GEMAP-Programm, das eine Gegenzeichnung für liberianische Staatsausgaben durch Vertreter der internationalen Gemeinschaft vorsieht, bezeichnete sie dabei als taugliches Instrument, um die Korruption einzudämmen und mehr Transparenz zu schaffen. Die Korruption sei ein Zeichen dafür, dass der Bürgerkrieg den Menschen in Liberia den moralischen Kompass genommen habe. Hinzu komme eine Kultur der Abhängigkeit und ein Anspruchsdenken („culture of entitlement and dependency“). Man habe sich an Hilfe von außen gewöhnt – gefragt aber sei Eigeninitiative beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, bei dem die USA als Teil der internationalen Gebergemeinschaft unterstützend tätig sei. Während die US-Amerikaner unbestrittene Führungsmacht der internationalen Präsenz in Liberia sind, nimmt auch die Rolle Chinas zu – als Investor, Entwicklungshilfegeber und Truppensteller innerhalb von UNMIL. Meyers lobte die Zusammenarbeit mit China als gut und stellte gleichzeitig die Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen und dem chinesischen Ansatz bei Entwicklungshilfeprogrammen heraus. China engagiere sich stark beim Wiederaufbau von Infrastruktur, so öffentlichkeitswirksam etwa bei der Renovierung des zentralen Fußballstadions in Monrovia, allerdings nicht beim Aufbau der politischen und gesellschaftlichen Infrastruktur Liberias.

<sup>132</sup> Treffen mit Dr. Alfreda Meyers, Acting DCM and Economic Counsellor, US-Botschaft in Liberia, 30.3.2007.



## **IV. Die besondere Bedeutung von Bildung und Zivilgesellschaft**

*Beobachtungen zu (Aus-)Bildungsmöglichkeiten  
und die Rolle der Presse*

# Vom Wert der Schulbildung: Besuch in der Cathedral Catholic School, Monrovia<sup>133</sup>

Wolfram Schrag

*„Whatever we are doing in the area of peace and security in the long run depends very much on the success in education, to educate the young people of this country, especially the young women who we want to see in school.“ Alan Doss (SRSG), 22. November 2006*

Von UN-Seite wird immer wieder betont, wie wichtig es ist, das Bildungssystem in Liberia wieder aufzubauen. Auch das Erziehungs- und Schulsystem des Landes war nämlich durch den Bürgerkrieg im Laufe von fast 15 Jahren fast vollständig zerstört worden. Der Aufbau einer schulischen Infrastruktur ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Es fehlt an Gebäuden, Ausstattung und Lehrern. Einen Schritt weiter sind vor allem konfessionelle Schulen in Liberia, die durch Spenden aus dem Ausland kräftig unterstützt werden und besser ausgestattet sind als die staatlichen Schulen. Allerdings verlangen die privaten Schulen ein Schulgeld, was sich viele Eltern nur deshalb leisten können, da ihre Kinder von dritter Seite gesponsert werden. Einen Eindruck davon liefert die Cathedral Catholic School (CCS) in Monrovia.

Um zu erleben, was es heißt, wenn in einer Schule in zwei Schichten unterrichtet wird, muss man die CCS mittags um 12:30 Uhr besuchen. Dann ist Schichtwechsel und 1.560 Schüler sind auf den Beinen, nämlich 1.000 der Vormittagsschicht und 560, die um 12:45 Uhr den Unterricht beginnen. Gelehrt wird in zwei, jeweils zweistöckigen Gebäuden, die durch eine Straße von einander getrennt sind. Glücklicherweise ist diese im Stadtteil Mamba Point wenig befahren, denn um 12:30 Uhr wäre kein Durchkommen möglich. Es wimmelt dann nur so von Schuluniformen in grün bzw. khaki und weißen Hemden, den Farben der CCS. Die Schule ist begehrt, weshalb die Schülerinnen und Schüler auch aus entfernten Stadtteilen kommen. Es gibt in Liberia keinen öffentlichen Nahverkehr, so dass die Schüler auf die beschwerliche Anfahrt in Sammeltaxis angewiesen sind. Doch trotz dieser widrigen Umstände sind alle Schülerinnen und Schüler sehr diszipliniert, so dass der Unterricht pünktlich mit einem Appell im Schulhof beginnen kann.

Beim Blick auf die Schüler fällt auf, dass manche auch in den unteren Klassen schon viel älter sind, was durch Schülerlisten bestätigt wird. Sie sind zum Teil weit über 20 Jahre alt. Dies ist eine direkte Folge des Bürgerkriegs, sagt Schuldirektor Michael C. Clark. Während des Bürgerkriegs seien viele Familien in die Stadt geflüchtet, in der Hoffnung, dort vor marodierenden Banden sicher zu sein. Viele Kinder hätten deshalb bis zum Ende des Krieges keine Schule besucht. Dieser Trend kehre sich jedoch langsam um.

## Fehlende Infrastruktur beeinträchtigt Schulen

Dies ist nur eines der Probleme, mit denen konfessionelle und staatliche Schulen zu kämpfen haben. Die Erziehung der Kinder wird an staatlichen Schulen durch weitere Herausforderungen beeinträchtigt: Die Bezahlung der Lehrer ist ein riesiges Problem, vor allem für solche, die außerhalb Monroviyas arbeiten. So gibt es kaum Möglichkeiten, Gelder zu transferieren. Es fehlt zudem eine ausreichende Zahl von Geschäftsbanken, so dass es vielen Lehrern gar nicht möglich ist, einen Scheck gegen Bargeld einzutauschen. Die Lehrer müssen das Gehalt in der Regel persönlich in bar in Monrovia im Finanzministerium abholen. Es gibt nach wie vor zu wenig Schulgebäude, so dass vielen lernwilligen Kindern der Zugang zu Bildung verwehrt wird. UNMIL und das Erziehungsministerium Liberias sehen dies als eines der wichtigsten Ziele, mehr und bessere Schulgebäude zu errichten –

<sup>133</sup> Besuch der Schule am 27.3.2007.



was im Sinne der Millenniumsentwicklungsziele der UN wäre. Die sehen vor, eine flächendeckende Grundschulbildung zu ermöglichen. Davon kann in Liberia nach wie vor keine Rede sein: Lediglich 50 bis 60 Prozent der Kinder sind in Grundschulen eingeschrieben. Die Alphabetisierungsrate der 15 bis 24-jährigen liegt bei rund 60 Prozent (2006).

## Mädchen gezielt fördern

Ein weiteres wichtiges Ziel der Millenniums-Erklärung ist die Erziehung von Mädchen. Auch hier hinkt Liberia der Entwicklung hinterher. Im Vergleich zu Jungen besuchen nur drei Viertel der Mädchen eine Schule, die Alphabetisierungsrate liegt gegenüber Jungen bei 67 Prozent. Viele Familien legen offensichtlich wenig Wert darauf, Mädchen zu fördern und verhindern den Besuch weiterführender Schulen. Allerdings geht dies einher mit der Tatsache, dass die Eltern meist ebenfalls keine Schulbildung genossen haben. Deshalb ist das World Food Program (WFP) in Liberia dazu übergegangen, nicht nur 570.000 Schülern in etwa 2.000 Schulen eine warme Mahlzeit anzubieten. Darüber hinaus erhalten Mädchen eine warme Mahlzeit für ihre Eltern. Dies soll als Anreiz dienen, die Mädchen weiter in die Schule zu schicken. Auch in der Cathedral Catholic School finden sich mehr männliche Schüler und vor allem kaum Lehrerinnen. Dies hängt aber wiederum mit der miserablen Bezahlung der Lehrer zusammen, so dass gut ausgebildete Frauen wie Männer wenig Interesse haben, den Lehrerberuf zu ergreifen.

## Unterstützung durch Sponsoren

Die Cathedral Catholic School ist benannt nach der Sacred Heart Cathedral, einem eher schlicht gehaltenen Gotteshaus mit Platz für rund 400 Gläubige, das sich gleich neben der Schule befindet. 1968 gegründet, wurde die CCS zunächst von einer Kongregation katholischer Schwestern verwaltet, seit 1978 untersteht sie direkt der Erzdiözese von Monrovia. Während des Bürgerkriegs wurde das Schulgebäude weitgehend zerstört. Heute ist die CCS eine von lediglich neun High Schools in Monrovia (etwa 1,5 Million Einwohner). Sie bietet das komplette Programm vom „Kindergarten“ bis zum „12th Grade“, was der Hochschulreife entspricht.



Auf dem Weg zur Schule.

Foto: F. Schneider

Schon rein äußerlich unterscheidet sich eine Schule in Liberia von einer hierzulande. Es gibt kaum verglaste Fenster, die meisten haben lediglich Drahtgitter. Die Räume sind zudem zusätzlich mit Fenstern zu einer Aula nach innen geöffnet, um im tropischen Klima eine einigermaßen ausreichende Belüftung zu ermöglichen. Die übliche Klassenstärke sind 50 Schülerinnen und Schüler. Diese nach allen Seiten offenen Räume und die großen Klassen verlangen von Lehrern wie Schülern eine ausgesprochene Konzentration und Disziplin, um Parallelklassen nicht zu stören. Disziplin wird allerdings sowieso groß geschrieben, was nicht nur durch den Frontalunterricht als offensichtlich üblichem Unterrichtsstil verstärkt wird. Auch das Motto der Cathedral Catholic School richtet sich daran aus: „Order, Discipline, Growth.“ Die Schüler haben keine Bänke, sitzen aber auf Stühlen mit klappbaren Seitentischchen. Auch hier ist der Standard besser als in staatlichen Schulen, wo Schüler zum Teil auch heute noch auf dem Boden dem Unterricht folgen müssen.

Die Schule ist aufgrund vieler privater Spenden, vor allem aus den Vereinigten Staaten, vergleichsweise gut ausgestattet, wie Schuldirektor Michael A. Clark berichtet. Dies kam vor allem der Bibliothek zu Gute. Diese ist sehr umfangreich sortiert mit unterschiedlichster Literatur. Neben einem Physiklabor ist der ganze Stolz aber der Computerraum mit 30 Rechnern auf Windows XP-Basis und recht großen Röhrenbildschirmen. Dort lernen die Schülerinnen und Schüler momentan hauptsächlich, mit einem PC umzugehen. Es laufen Schreibübungsprogramme, die in Eigenarbeit zu bewältigen sind. Die Möglichkeiten eines Internet-Zugangs waren zum Zeitpunkt des Besuches aus Kostengründen noch nicht möglich.

## **Sponsoring aus Deutschland**

Die Schule verlangt Semestergebühren in Höhe von umgerechnet 100 US-Dollar im Jahr. Das ist vergleichsweise hoch. Staatliche Schulen haben in den vergangenen Jahren die Grundschulgebühren gestrichen. Dies habe beispielsweise dazu geführt, dass sich in Paynesville die Zahl der angemeldeten Schüler verdoppelt habe, berichtete der Erziehungsminister. Zusätzlich wurden die sehr unterschiedlichen Schulgebühren für weiterführende staatliche Schulen vereinheitlicht. An der CCS macht Schulleiter Clark deutlich, dass es einen Finanzierungsplan gibt, der es ermögliche, Schüler aus armen Familien aus verschiedenen Quellen zu unterstützen. Einer dieser Förderer ist das Pestalozzi-Gymnasium in München, das seit 2004 mit der CCS zusammenarbeitet und deren Sponsoring im „Pro Liberia e.V.“ gebündelt ist. Im Prinzip übernimmt eine Schulklasse die Patenschaft für eine Schülerin oder einen Schüler der CCS. Über den Erfolg dieses Sponsoring unterrichtet die CCS den Verein einmal im Jahr anhand der Zeugnisse. Der Verein hat wohl sämtliche Höhen und Tiefen erlebt, die eine Kooperation mit einer Schule mit sich bringt, in einem Land, dessen Infrastruktur weitgehend brach liegt. Die Kommunikation an sich gestaltet sich als schwierig, der E-Mail-Kontakt war anfangs unmöglich und ist zwischenzeitlich sporadisch vorhanden. Verschiedene Personalwechsel (in Schule und Kathedrale) haben die Kommunikationsprobleme noch verschärft, da ein persönliches Engagement auf Seiten der Sponsoren wie der Unterstützten eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist. Zudem gingen mehrere Postsendungen verloren, was besonders frustrierend ist, da Kinder und junge Erwachsene für ein solches Projekt nur zu begeistern sind, wenn ein regelmäßiger Kontakt möglich ist. Auch Geldtransfers sind mit erheblichen Problemen verbunden, da die Höhe der Bankgebühren variiert. Zum Teil mussten bis zu zehn Prozent der Gesamtsumme abgeschrieben werden, was wiederum das nach wie vor alltägliche Problem der Korruption in Liberia unterstreicht. Als schwerer Schlag für den Verein stellte sich auch der Versand von ausrangierten Computern in einem Container dar, dessen Verbleib bis heute ungeklärt ist.

Trotz großer Herausforderungen sind sich sowohl UNMIL als auch die Regierung der Wichtigkeit der schulischen Erziehung bewusst. Die Ziele der Millenniumserklärung erweisen sich in diesem Zusammenhang als wichtiger Maßstab für die weitere Arbeit, um die schulische Ausbildung flächendeckend zu gewährleisten und Mädchen eine Chance zu geben. Schulbildung ist Voraussetzung für die Demokratisierung einer Gesellschaft, die standhaft ist gegenüber Gewaltherrschern und politischen Verführern.

# Pressefreiheit in Liberia: Ein Besuch bei der Journalistenvereinigung Press Union of Liberia<sup>134</sup>

Ute Klissenbauer\*

## Entry Hall of Mirrors

Auf den Spuren der UN-Mission in Liberia (seit Oktober 2003) ist auch deren Wahrnehmung und Diskussion seitens der liberianischen Zivilbevölkerung von großem Interesse. Es konnte bei unserem Besuch der Press Union of Liberia (PUL) daher nicht nur darum gehen, die wichtige Rolle der freien Presse, einer lebendigen Medienlandschaft und engagierter Journalisten für die Stärkung schwacher Öffentlichkeit und demokratischer Strukturen des Landes zu würdigen. Es musste auch darum gehen, liberianische Journalisten als professionelle kritische Beobachter der UN in Liberia nach ihren Beobachtungen zu befragen und damit zu beginnen – wenn noch nicht geschehen – ihre Beiträge wahrzunehmen und zu diskutieren. Das Treffen musste Ausdruck unseres Interesses sein, in einen anderen UN-Spiegel zu sehen als in einen weiteren selbst gemachten. Vorweg: in Ermangelung einer entsprechenden Vorbereitung



und auch aufgrund der Rahmenbedingungen des Treffens kam es zu einem solchen Austausch nicht. Auch auf das nahe liegende Thema der Medienförderung im Post-Konflikt-Staat Liberia, waren wir nicht eingestellt, um die hierzu möglicherweise bereits im Friedensvertrag (Comprehensive Peace Agreement von 2003) oder in der Übergangsregierung (Gyude Briand, 2003-2005) getroffenen politischen Weichenstellungen zu diskutieren. Unsere Unbedarftheit wurde mit einer ersten leicht provokanten Reserviertheit des recht jungen und smarten PUL-Präsidenten quittiert. George Barpeen stellte fest, dass er sich nicht ganz darüber im Klaren wäre, wer wir überhaupt seien und was genau unser Anliegen wäre. Wir stellten uns kurz als DGVN-Studiengruppe vor und mit „free press certainly is essential to the young democracy in Liberia and we want to learn about the situation and endeavor of PUL“ war der Rahmen für unser Treffen abgesteckt und Barpeen hatte das Wort.

Friedensappelle und Aufrufe zur nationalen Einheit sind allgegenwärtig.  
Foto: F. Schneider

## Sight Specific

Mitten in Monrovia-City auf Snapper Hill, Clay Street 44, Ortszeit ungefähr 16 Uhr. Bei strahlender Sonne ein schöner Ausblick auf einen Teil der Stadt, eine schmale Straße, kleine Betonhäuser mit Wellblechdächern, neugierige Kinder und Jugendliche, die ein Radio haben und ein Musikprogramm hören und etwas später wegen des Lärms aufgefordert werden, vor dem PUL-Bürofenster zu verschwinden. Im PUL-Häuschen (es beherbergt noch weitere Journalistenvereine: Sport, Frauen, Auslandskorrespondenten...) ein dunkler Gang, zwei geschlossene Türen und ein großer karger Raum mit vergitterten Fenstern ohne eingebaute Klimaanlage, ein großer mobiler Raumteiler, ein Konferenztisch, nicht genügend Stühle. Zwanzig Deutsche fallen am dritten Tag ihrer Reise verspätet und

<sup>134</sup> Besuch bei der Press Union of Liberia (PUL) und Gespräch mit Georg K. Barpeen (President), Peter Quaqua (Assistant Sec. General), Joshua S. Kpenneh und weiteren Mitgliedern, 27.3.2007.

\* Dank an Renate Wilke-Launer, die mir 11 Exemplare von 7 verschiedenen Zeitungen zur Verfügung stellte.

etwas überwältigt nach einem Empfang beim Außenminister direkt vom kalten UN-Bus in das Büro der Journalistenvereinigung ein und werden von fünf etwas irritierten PUL-Männern empfangen. PUL-Präsident George K. Barpeen Jr. spielt seine Rolle vor der für ihn wahrscheinlich obskuren UN-Gesellschaft aus „Big Power Country Germany“ routiniert und mit leicht ironischer Distanz. Er versorgt uns mit vielen Eckdaten und gewährt uns einen Einblick in den aktuellen Diskurs um Pressefreiheit im Kontext ihrer materiellen, rechtlichen und professionellen – auch ethischen Voraussetzungen. Er zeichnet ein Bild einer unter den gegebenen Bedingungen erstaunlich aktiven und vielfältigen Medienlandschaft, und er skizziert ein weiteres sehr eindringliches Bild der äußerst harten materiellen Arbeitsbedingungen für die meisten Journalisten sowie für die Vereinigung, die ihre Interessen vertritt.

Es gibt ein paar Fragen. Einer von uns betont, dass es seiner Erfahrung nach für ein erfolgreiches Fundraising unabdingbar für die PUL sei, ihr Portfolio zu fokussieren, sich also auf ihre Kernkompetenzen zu beschränken. Diese seien offensichtlich Pressefreiheit, Code of Conduct und eventuell Aus- und Weiterbildung, und sie bedürften einer koordinierenden Plattform. Alles andere sei aus der Sicht potentieller Geldgeber jedenfalls sicher nicht von übergeordnetem Interesse und müsse mit Mitgliedsbeiträgen bestritten werden.

George Barpeen reagiert auf diesen Vorschlag freundlich aufgeschlossen, jedoch hätte es an dieser Stelle eine Diskussion geben können. Die geeigneten Geldgeber müssen sich nämlich fragen lassen: Was ist Pressefreiheit ohne Presse? Worin soll die „Kernkompetenz Pressefreiheit“ genau bestehen, wenn ihre Voraussetzung – die Existenz einer florierenden Presse – unter den gegebenen Umständen alles andere als selbstverständlich ist, sondern dem überaus harten, Kräfte verzehrenden Kampf um Selbstbestimmung vieler Liberianer zu verdanken ist? So verfolgt die PUL immer noch (seit 2003!) ein Projekt namens „Free Press Project“, in dem es schlicht darum geht, eine von USAID gespendete, nicht mehr ganz intakte Druckmaschine und einen Generator in Betrieb zu nehmen, um die Druckkosten und letztendlich den Preis für Zeitungen zu reduzieren. Eine sinnvolle Medienförderung mit Pressefreiheit im Blick müsste einen weitsichtigen und umfassenden Ansatz verfolgen, um zum Beispiel auch auf dieses von Barpeen angesprochene Problem antworten zu können: Da die Staatseinnahmen nicht ausreichen, um die Medienentwicklung (z. B. öffentlich-rechtlich) zu fördern, fänden Machtkämpfe in der noch sehr heterogenen privaten Medienlandschaft statt und zeichneten sich Zusammenschlüsse ab, die zu einer Gefährdung journalistischer Unabhängigkeit und der Pressefreiheit führen könnten.

In einer Zeit nach 14 Kriegsjahren (1989-2003) und schrecklichsten menschlichen Verwerfungen, in der ein Klima der freien und fairen öffentlichen Kommunikation Voraussetzung für Erinnerung und Aufarbeitung und auch für neues Vertrauen in Demokratie und in die Regierung ist, in einer Zeit, in der eine geschätzte Arbeitslosigkeit von 85% herrscht und 75% der Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen und nicht zuletzt in einer Zeit mit einem Analphabetentum von 75%, ist es absolut wichtig, dass es viele Journalisten und Journalistinnen gibt, die von ihrer Arbeit leben können, wie es auch wünschenswert ist, dass es viele kleine Zeitungen gibt, die sich langsam professionalisieren und an Profil gewinnen können. In einer solchen Zeit ist es abwegig von nennenswerten Mitgliedsbeiträgen für notwendigen rechtlichen Beistand, für Aus- und Weiterbildung und für die Selbstverständigung und -organisation sowie für die materielle Ausstattung der Dachorganisation der Journalisten Liberias zu sprechen. Die „Kompetenz Pressefreiheit“ braucht einen realen sozioökonomischen Nährboden, nicht „nur“ Paragraphen und rechtlichen Sachverstand. In Sachen Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit muss Liberia außerdem nicht crashkursmäßig nachsitzen, sondern den eigenen, mit der „National Media Reform Conference“ von 2004 wieder aufgenommenen, langen historischen Weg weiter verfolgen. Im Alltag stehen die in ihrer genauen Bedeutung immer wieder neu zu versichernden Freiheitsrechte in jedem Land zu jeder Zeit auf der Agenda öffentlicher Auseinandersetzung (siehe Deutschland im Vorfeld von G-8), und da schlägt sich die kriegserprobte PUL gar nicht schlecht.

## An Insight into PUL

Die 1964 (Ära William S. Tubman) anlässlich der Verhaftung des angesehenen kritischen Journalisten Stanton B. Peabody gegründete Press Union of Liberia ist die einzige Dachorganisation der liberianischen Journalisten. Nach der ersten Phase des Krieges und zu Anfang der Präsidentschaft von Charles Taylor (1997-2003) gab es verschiedene Bemühungen, die Aktivität der PUL wieder zu fördern. Diese verliefen in der Folgezeit aufgrund des erneuten Krieges im Sande. Derzeit erhält PUL eine jährliche Zuwendung von der US-amerikanischen NGO National Endowment for Democracy (NED).<sup>135</sup> Die liberianische *Catholic Justice and Peace Commission* (JPC), mit der PUL auch im Rahmen von Projekten kooperiert, hat sich Anfang März dazu verpflichtet, ein Jahr lang die Kosten für den Rechtsbeistand von Mitgliedern der PUL in Fällen von Einschüchterung und Zensur mindestens anteilmäßig zu übernehmen.

Die PUL vereinigt ungefähr 800 Journalisten und Journalistinnen im Interesse der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, ihrer Professionalisierung und ihrer Unabhängigkeit. Es gibt drei Kategorien der Mitgliedschaft: a) full membership (nach 5 Jahren), b) provisional membership (bis 5 Jahre) und c) affiliated membership (für Nicht-Liberianer). Präsident, Generalsekretär, Stellvertretender Generalsekretär und Sekretär für Finanzen werden jährlich gewählt und von fünf festen Mitarbeitern unterstützt. Die PUL ist in drei Regionen vertreten: im Südosten in Grand Gedeh County (Zwedru), zentral in den Counties Nimba (Ganta) und Bong (Gbarnga) und im Westen in den Counties Gbarpolu, Lofa, Grand Cape Mount, Bomi (Bomi Hills) und Montserrado (Monrovia). Auf der monatlichen Versammlung werden nationale Angelegenheiten und ihre Bedeutung für die Zivilgesellschaft und die demokratische Entwicklung des Landes diskutiert. Es geht dabei aber auch um den westafrikanischen, panafrikanischen und globalen Kontext und um mögliche internationale Kooperationen. Seit einigen Jahren ist die PUL wieder sehr aktiv, was sich auch deutlich in ihrer starken und kontinuierlichen Präsenz in den Medien zeigt – mit eigenen Verlautbarungen und durch Berichterstattung über ihre Einlassungen und Aktivitäten.

Die zahlreichen Aktivitäten werden mit verschiedenen Partnern unternommen. Im Rahmen des *Liberia Media Project* zum Beispiel, in dem es darum geht, auch die ländliche Bevölkerung zu erreichen und in den öffentlichen Diskurs einzubeziehen, kooperiert PUL mit International Alert (UK), Center for Media Studies and Peace Building (CEMESP), der Catholic Justice and Peace Commission (JPC) und dem Center for Justice and Peace (CJPS). Zuletzt (Mitte März 2007) veranstalteten die Organisationen ein dreitägiges afrikanisches Fest für Frieden in Liberia in der Stadt Ganta in Nimba-County. Laut der Tageszeitung „Heritage“ (28.03.07) nahmen über 500 Delegierte von 8 afrikanischen Ländern an dem von Kulturschaffenden aus Liberia, Ivory Coast, Guinea und Sierra Leone gestalteten erstmals stattfindenden Festival für Frieden und Versöhnung teil.

Eine wichtige Partnerorganisation von PUL ist das im Jahr 2000 von Journalisten gegründete *Center for Media Studies and Peace Building* (CEMESP) – ein von der UNESCO unterstütztes Mediendokumentationszentrum mit einer informativen Webseite. In Zusammenarbeit mit CEMESP werden, soweit mit sehr begrenzten Mitteln möglich, vor allem Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Außerdem wird seit 2004 wieder am „Liberia Media Law and Policy Reform Process“ gearbeitet. Hierbei handelt es sich um eine Initiative von diversen, auch internationalen Organisationen für Freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit und Medienentwicklung, vereint unter dem Banner der *Partnerschaft für Medienöffentlichkeit und Konfliktprävention in Westafrika*. Zentral ist hierbei die Rechtsentwicklung und Gesetzgebung in Multi-stakeholder-Perspektive, das heißt seitens der Regierung unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft (u. a. Vereine von Journalisten und Verlegern, von Medienunternehmen, Menschenrechtsorganisationen, Vertretern und Vertreterinnen der Frauen- und

<sup>135</sup> „\$40,000. To build the capacity of media professionals and promote a free press in Liberia. The PUL will organize capacity-building workshops to train journalists in responsible reporting techniques and will continue its monthly meetings with the heads of media institutions. PUL will also continue its legal defense of journalists, assistance to imprisoned journalists, and the operation of its online Media Resource Center.“ ([www.ned.org/grants/05programs/grants-africa05.html#Liberia](http://www.ned.org/grants/05programs/grants-africa05.html#Liberia)).

der Studentenbewegungen). Eine *Liberia Media Law and Policy reform Working Group* begleitet diesen Prozess. Für eine Beurteilung der liberianischen Medienpolitik und für eine sinnvolle Medienförderung wären die in diesem Prozess entwickelten Protokolle und Entwürfe von Rechtstexten zu studieren, sowie die Rollen der im Prozess involvierten Akteure zu klären.

PUL unterhält außerdem Beziehungen zu folgenden lokalen und internationalen Organisationen: International Media Support (IMS) Committee to Protect Journalists (CPJ), International Federation of Journalists (IFJ), West African Journalists Association (WAJA), Carter Center (CC), Center for Democratic Empowerment (CEDE), the Civil Rights Association of Liberian Lawyers (CRALL), Media Foundation for West Africa (MFWA), Article 19, IFEX, Media Rights Agenda, Open Society Initiative for West Africa (OSIWA), Panos Institute of West Africa.

## Media Landscape

Die vielen Kriegsjahre stellen die Zeitungsverlage, Rundfunk- und Fernsehsender vor die Aufgabe, die durch Kämpfe und Plünderungen entstandenen großen Schäden zu reparieren und geeignete Mitarbeiter zu finden und zu bezahlen. Angesichts dieser äußerst harten Bedingungen zeichnet sich die Zeitungslandschaft durch eine erstaunliche Vielfalt an kleinen guten Tageszeitungen aus, was die Feststellung von UN Chief Political Affairs, Ademola Araoye, „the Liberian civil society is thriving“ (26.03.07) unbedingt bestätigen dürfte. Aber diese Diagnose hat – zumindest auf die Zeitungen bezogen – den Stellenwert einer Momentaufnahme, denn offizielle Bekanntmachungen, Ausschreibungen, und Stellenanzeigen von UNMIL, von UN-Programmen, NGOs und von der Regierung wie auch private Anzeigen nehmen einen guten Teil (manchmal sogar mehr als 25%) fast aller dieser Zeitungen ein und tragen sicher erheblich zur Finanzierung bei. Werbung hingegen findet sich kaum. (Mit dem alle zwei Monate erscheinenden kostenlosen „The Advertiser“ gibt es allerdings mindestens ein Blatt, das ausschließlich Werbeanzeigen bringt – mit einem politischen Editorial „Our View“). Eine systematische staatliche Subvention der Zeitungen gibt es nicht. Offensichtlich kosten alle Tageszeitungen \$20.00 (LD). Von den 30 auf der Website von CEMESP angeführten Zeitungen sind laut Barpeen 18 gegenwärtig aktiv, wobei ihre Auflagen kaum 1000 Exemplare übersteigen würden.

Das Radio erreiche vergleichsweise mehr Menschen: Radiohören fände in der Community statt und sei daher billiger als Zeitunglesen, wozu überdies viele nicht in der Lage wären. Seit 1949 gibt es den staatlichen Rundfunksender „ELBC“, der jedoch bis heute nicht das ganze Land erreicht. Die anderen Radiosender, auch Community-Sender, sind in privaten Händen und werden zum Teil international unterstützt. Barpeen spricht von insgesamt um die 60 Radiosendern. Eine bewegte Geschichte im Krieg und im Kampf um Pressefreiheit unter Taylor haben diese größeren Sender aufzuweisen:



PUL-Präsident Barpeen (rechts) während des Gesprächs mit der DGVN-Studiengruppe.

Foto: D. Maier

„Star Radio“ (FM und Kurzwelle, seit 1997; wesentlich unterstützt von USAID und von der Schweizer Stiftung Hironnelle), „Radio Veritas“ (Katholische Kirche) und „Radio ELWA“ („Eternal Love Winning Africa“ – Amerikanische Baptisten, seit 1954). Die zuvor von Taylor kontrollierten Sender „Radio Liberia International“ und „Kiss FM“ sind nicht mehr aktiv. Weitere Radiosender sind: DC 101, Sky FM, City FM, King’s FM, Truth FM, Power FM und Radio LIJ. Im Dezember 2004 verteilten die UN landesweit von einer NGO gestiftete wind-up radio sets, die ohne Batterien auskommen. Radio UNMIL sendet seither neben Nachrichten auch Erziehungs- und Kulturprogramme – zum Teil in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen. Die für die USA sehr wichtige Relais-Station von „Voice of America“ war

seit 1962 in Liberia, wurde aber inzwischen auf die sehr ölfreiche westafrikanische Insel Sao Tomé verlegt. Die kleinen TV-Sender sind alle privat: DC TV, Real TV, Clar TV, Power TV. Die liberianische Nachrichtenagentur heißt „Liberian News Agency“ (LINA)

## The PUL Pursuit of Freedom

Das Verhältnis der PUL zur Regierung Johnson-Sirleaf (seit Januar 2006) scheint hart, aber herzlich im Sinne von offen. Mitunter kommt es aufgrund der sehr klammen Kassen auf beiden Seiten zu skurrilen Scharmützeln: wer besticht hier eigentlich wen? Die Präsidentin schimpft über „chequebook journalists,“ kurz darauf wundern sich Journalisten und Zeitungsherausgeber lautstark indigniert über präsidiale Weihnachtsschecks, die sie aber trotzdem fast alle mit dem Hinweis auf das Fehlen einer Kostenstelle für Medienförderung im Budget der Regierung annehmen (CEMESP, 29.12.06). Mit Kritik wird auf beiden Seiten nicht gespart, aber bei einem größeren Zusammentreffen Mitte März sprach die Präsidentin von der Presse als der Vierten Gewalt im Land und „The Analyst“ revanchierte sich jovial-salbungsvoll mit: „let the consultations continue and let us live by the rule that we have a part to play in healing our motherland, Liberia“ (28.03.07). In der vorangegangenen „Affäre Knuckles“ hatte sich die PUL vehement gegen die Schließung der Zeitung „The Independent“ seitens des Ministers of Information, Lawrence Bropleh, zu Wehr gesetzt. „The Independent“ hatte ein pornographisches Bild mit dem von Johnson-Sirleaf geschätzten Staatsminister Willie D. Knuckles veröffentlicht, woraufhin die Regierung gewissermaßen salomonisch reagierte: sie schasste den Politiker und schloss die Zeitung. Die PUL parierte auf intellektueller Augenhöhe: sie kritisierte die Veröffentlichung des Bildes als Verstoß gegen den PUL-Code of Ethics und zugleich die Schließung der Zeitung ohne Gerichtsverfahren als Verstoß gegen die liberianische Verfassung. (Seit Januar 2006 ist die 1986 überarbeitete Verfassung nach ihrer wiederholten Suspendierung während des Krieges wieder in Kraft). Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen stand Liberia 2004 unter 167 untersuchten Ländern auf Platz 123, 2006 unter 166 Ländern auf Platz 84 – da hat die erste Präsidentin Afrikas erst angefangen.

Die Probleme von PUL in eigener Sache sind groß und artikulieren sich sehr konkret mit zwei auf ihrer Webseite veröffentlichten Unterfangen: „The Free Press Project“ für eine Druckmaschine und „Headquarters Project“ für ein vernünftig ausgestattetes Büro.

## Quellen

PUL [www.pressunionlib.net](http://www.pressunionlib.net), CEMESP [www.liberianmedia.org](http://www.liberianmedia.org);

Media summaries von UNMIL [www.unmil.org](http://www.unmil.org)

Reporter ohne Grenzen [www.rsf.org](http://www.rsf.org); [www.pressreference.com/Ky-Ma/Liberia.html](http://www.pressreference.com/Ky-Ma/Liberia.html)

Hirondelle [www.hirondelle.org](http://www.hirondelle.org); National Endowment for Democracy [www.ned.org](http://www.ned.org);

USAID [www.usaid.gov/locations/sub-saharan\\_africa/](http://www.usaid.gov/locations/sub-saharan_africa/)

Internet Newsmagazine: <http://allafrica.com/westafrica>, [www.un.org/news/](http://www.un.org/news/), [www.theperspective.org](http://www.theperspective.org)

Webmagazine: [www.theliberiantimes.com](http://www.theliberiantimes.com), [www.frontpageafrica.com](http://www.frontpageafrica.com);

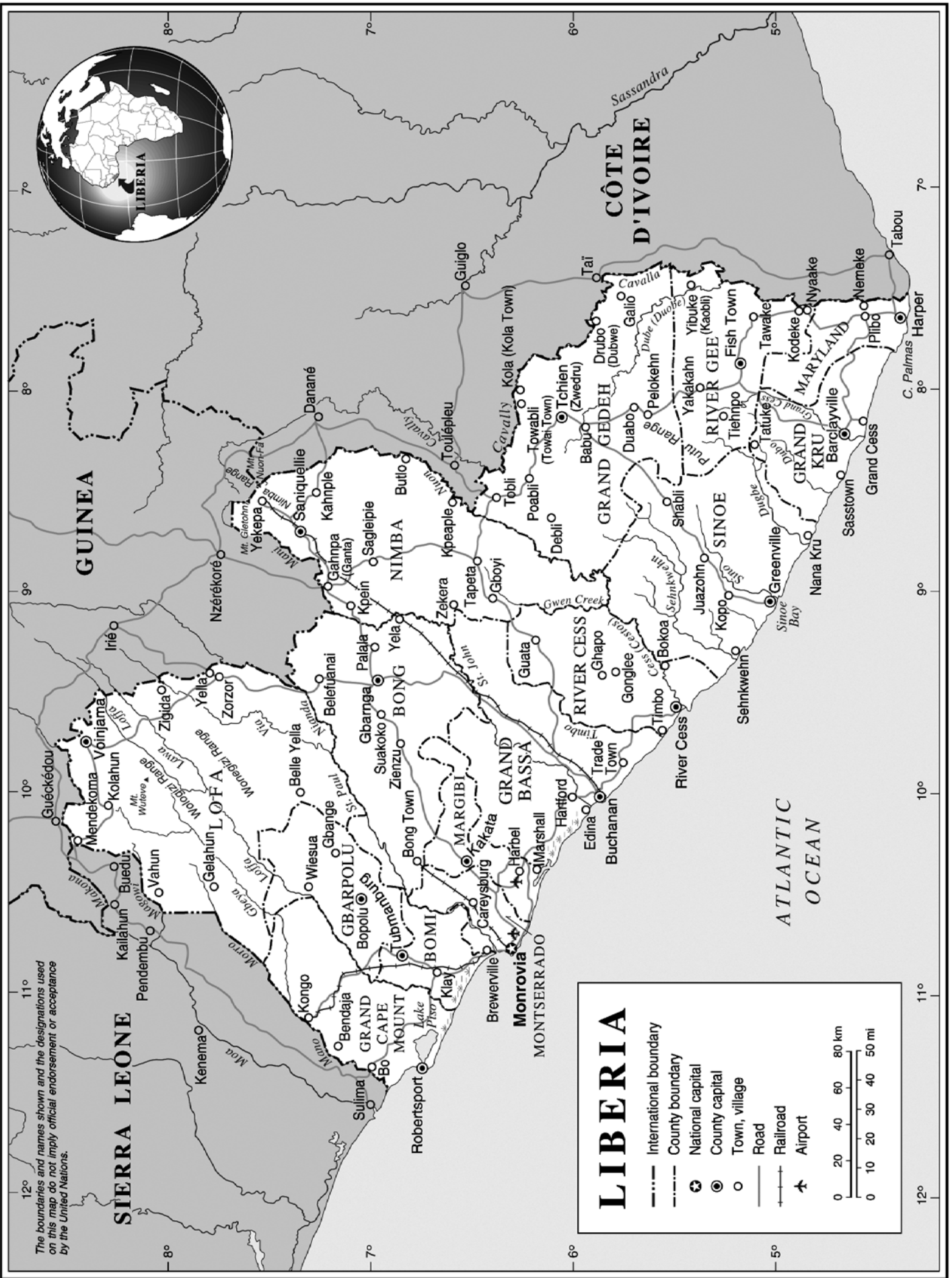
Printmagazine: „Der Überblick“, Mai 2007, S.134, [www.der-ueberblick.de](http://www.der-ueberblick.de)

Radio „Africa Today“ (UK), Vol.13 No.4, April 2007, [www.africatoday.com](http://www.africatoday.com) (Affäre Knuckles)

Peace Radio LBR: H. Biener, [www.evrel.ewf.uni-erlangen.de/pesc/peaceradio-LBR.html](http://www.evrel.ewf.uni-erlangen.de/pesc/peaceradio-LBR.html);

Star Radio [www.starradio.org.lr](http://www.starradio.org.lr)

Liberianische Zeitungen: **The Inquirer** [www.theinquirer.com.lr](http://www.theinquirer.com.lr), **The News** [www.thenews.com.lr](http://www.thenews.com.lr), **The Analyst** [www.analystliberia.com](http://www.analystliberia.com), **Heritage** [www.liberianheritage.com](http://www.liberianheritage.com), **The Independent** (Knuckles-Affäre), **New democrat** [www.newdemocratnews.com](http://www.newdemocratnews.com), **Daily Observer** [www.liberianobserver.com](http://www.liberianobserver.com), **The Informer** [www.theinformer-lr.com](http://www.theinformer-lr.com)), **National Chronicle** (Keine Webseite).



The boundaries and names shown and the designations used on this map do not imply official endorsement or acceptance by the United Nations.



## Programm der Studienreise

### Sunday, 25 March 2007

- 16:00 Arrival
- 19:30 Dinner with the German Chargé d'Affaires, Royal Hotel

### Monday, 26 March 2007

- 08:00 UNMIL – Meeting with Police Commissioner
- 09:00-12:00 Tour of UN facilities and presence in Monrovia
- 14:00 UNMIL – Meeting with Chief Political Affairs
- 15:00 UNMIL – Meeting with Force Commander
- 16:00 UNMIL – Meeting with Chief Gender Unit

### Tuesday, 27 March 2007

- 09:00 Meeting with German Agro Action
- 10:30 Meeting with ECOWAS representative
- 12:00 Cathedral Catholic School
- 14:00 Meeting with Foreign Minister Wallace
- 16:00 Meeting with the President of the Press Union of Liberia,  
joined by Station Manager, Star Radio
- 20:00 Dinner with German Police Officers

### Wednesday, 28 March 2007

- 09:00 Meeting with UN Office for Project Services (UNOPS)
- 11:00-13:00 RRR
- 13:30-18:00 Visit to Guthrie Plantation

### Thursday, 29 March 2007

- 09:00 UNMIL – Meeting with Chief Civil Affairs
- 10:00 UNMIL – Meeting with Deputy Head, Human Rights Unit
- 11:00-11.30 UNMIL – Meeting with Alan Doss, SRSG
- 12:00 UNMIL – Meeting with Deputy Head, Humanitarian Coordination Services (HCS)
- afternoon Meeting with the UN Country Team

### Friday, 30 March 2007

- 09:00 Truth and Reconciliation Commission
- 11:30 Debriefing/Snacks at the German Embassy with Representative of EC Delegation
- 14:00 Meeting at the US Embassy (Library)
- 16:00 Mercy Ships
- 14:00 World Food Programme
- 20:00 Anchor Club

### Saturday, 31 March 2007

- 08:30-17:00 Bong Mine  
(farewell dinner at Thai restaurant)

### Sunday, 1 April 2007

- 09:00 Departure

## Autorinnen und Autoren

**Jöran Altenberg** ist Student der Politik- und Rechtswissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Mitglied des Landesvorstandes der DGVN Baden-Württemberg. Von März bis April 2007 absolvierte er ein siebenwöchiges Praktikum bei der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Monrovia (J.Altenberg@gmx.net).

**Thorsten Benner** ist stellvertretender Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin, wo er u. a. ein von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördertes Projekt zum Thema Organisationslernen in UN-Friedensmissionen („Learning to Build Peace?“) leitet (tbenner@gppi.net).

**Till Blume** ist seit Februar 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz, und schreibt seine Doktorarbeit zum Wiederaufbau von Polizei- und Justizsystemen im Rahmen der UN-Friedensmissionen im Kosovo, in Sierra Leone und in Liberia (till.blume@uni-konstanz.de).

**Ekkehard Griep**, Oberstleutnant i.G., Dipl.-Kfm., Referent im Auswärtigen Amt; davor verschiedene Tätigkeiten im internationalen Bereich, u. a. Department of Peacekeeping Operations (United Nations Headquarters New York); stellvertretender Vorsitzender der DGVN; Leiter der DGVN-Studienreise nach Liberia (griep@dgvn.de).

**Kirsten Joppe** arbeitet zurzeit als Human Dimension Officer für die OSZE-Mission im Kosovo. Zuvor war sie als Länderreferentin für Armenien und Aserbaidschan im Auswärtigen Amt in Berlin und im Bereich der internationalen Wahlhilfe tätig. Sie hat einen internationalen „Master of Peace and Security Studies“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg und einen Magisterabschluss in Politikwissenschaft (kirstenjoppe@web.de).

**Ute Klissenbauer**, freie Kuratorin, Kritikerin und Künstlerin in Frankfurt am Main. Initiatorin des Kunst-/Forschungsprojekts UFO UNO (www.ufo-uno.org). Lebte einige Jahre in Kolumbien, Ecuador und Liberia. Studierte Politik, Philosophie und Kunst/Kunstvermittlung (ute.klissenbauer@t-online.de).

**Nadine Krysostan** ist Referentin des Europaabgeordneten Alexander Graf Lambsdorff im Europäischen Parlament in Brüssel. Sie besitzt einen Magister in Politikwissenschaft von der Justus-Liebig-Universität Gießen und einen Master in Politik und Verwaltung des Europakolleg Brügge (nadine.krysostan@gmx.de).

**Daniel Maier** studierte Politikwissenschaft in Leipzig, Paris und Berlin. In seiner Diplomarbeit untersuchte er die Institutionalisierung von Krisenprävention in der EU. Nach dem Studium arbeitete er im Rahmen des Carlo-Schmid-Programm für UNOPS in New York und Afghanistan, zuletzt als Programme Officer des National Rural Access Programme zum Aufbau ländlicher Infrastruktur. Er bereitet sich auf eine Tätigkeit beim Bureau for Crisis Prevention and Recovery (UNDP) in Genf als Beigeordneter Sachverständiger vor (danielmaier28@hotmail.com).

**Maximilian Meindl** ist Mitglied des Landesverbandes Bayern der DGVN. Er studiert Politikwissenschaft in einem deutsch-französischen Studiengang in Eichstätt und in Rennes (maximeindl@web.de).

**Richard Pöschl** ist Student der Rechtswissenschaft und Mitglied des Landesvorstandes der DGVN Bayern, sowie wissenschaftliche Hilfskraft am Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht in München. Studium in München, Prag und Hamilton (Neuseeland) mit Interessenschwerpunkt Völker- und Europarecht (poeschl@dgvn-bayern.de).

**Frederic Schneider** studiert Jura an der Justus-Liebig-Universität Gießen und ist Mitglied des Landesvorstandes der DGVN-Hessen sowie anderer politischer Gremien, u. a. Finanzreferent der Verfassten Studierendenschaft seiner Uni (info@frederic-schneider.eu).

**Wolfram Schrag** ist Journalist und gelernter Jurist. Durch Vorlesungen im Völkerrecht bei Prof. Bruno Simma in München kam er in Kontakt zur DGVN. Seit 1996 ist er fester freier Mitarbeiter beim Hörfunk des Bayerischen Rundfunks, vor allem in der Redaktion „Wirtschaft & Soziales“. Er arbeitet als Autor und Planer und ist Moderator auch bei Veranstaltungen. Wolfram Schrag lebt in München, ist verheiratet und hat zwei Kinder (wolfram.schrag@brnet.de).

**Maike Schübler** und **Ursula Thiele** schließen ein Doppelstudium in Diplom-Psychologie sowie Soziologie und Politikwissenschaften (Magister) an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg ab. Sie haben für das Forschungsprojekt der AG Interventionskultur bei Prof. M. Daxner bereits eine Voruntersuchung im Kosovo durchgeführt. Die Erfahrungen der DGVN-Studienreise werden in den Afrika-Schwerpunkt der Arbeitsgruppe einfließen. Das Forschungsprojekt untersucht die durch die Intervention erzeugten Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen der Intervenierten und der Intervenierenden, sowie die durch das Zusammentreffen von Intervenierten und Intervenierenden entstehenden sekundären Konflikte (Schuessler-thiele@gmx.de).

**Valentin Wasilew** ist Jurist. Von 2005 bis 2007 arbeitete er als Gutachter bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages im Fachbereich Europa. Derzeit studiert er Arabisch in Damaskus (valentin.wasilew@gmx.de).

**Renate Wilke-Launer** ist Chefredakteurin von „der überblick“, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit (Renate.Wilke-Launer@t-online.de).

**Kai Yamaguchi** hat Geographie in Göttingen studiert und nach seiner Abschlussarbeit über die politischen Grenzen im Arabischen Raum an der Universität Bonn gelehrt. Nach 2001 ist er als Kurzzeitdozent des DAAD mehrfach nach Afghanistan entsendet worden, wo er in den Folgejahren als Projektkoordinator für InWEnt und als Humanitarian Affairs Officer für die United Nations Assistance Mission in Afghanistan tätig war. Gegenwärtig arbeitet er an seiner Dissertation zur Rolle der Nichtregierungsorganisationen beim State-building in Afghanistan (kaiyamaguchi@web.de).

## Abkürzungsverzeichnis

ACHPR	African Court on Human and Peoples' Rights
AFL	Armed Force of Liberia
AKP	Afrikanische, Karibische and Pazifischen Staaten
ARC	Agro Resources Corporation
AU	African Union/Afrikanische Union
BMC	Bong Mine Corporation
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CC	Carter Center
CCS	Cathedral Catholic School, Monrovia
CDDR	Cantonment, Disarmament, Demobilization and Reintegration
CEDAW	Convention/Committee on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women
CEDE	Center for Democratic Empowerment
CEMESP	Center for Media Studies and Peace Building
CHAP	Liberia 2007 Common Humanitarian Action Plan
CMT	Country Management Team
CPA	Comprehensive Peace Agreement
CPJ	Committee to Protect Journalists
CRALL	Civil Rights Association of Liberian Lawyers
DDR	Disarmament, Demobilization and Reintegration
DDRR	Disarmament, Demobilization, Rehabilitation and Reintegration
DEX	Direct Execution
DPKO	Department of Peacekeeping Operations
DSRSG	Deputy Special Representative of the Secretary-General
DWHH	Deutsche Welthungerhilfe
ECHO	European Commission's Humanitarian Aid Department
ECOMIL	ECOWAS Mission in Liberia
ECOMOG	ECOWAS Cease-fire Monitoring Group
ECOWAS	Economic Community of West African States
EEDC	European Economic Development Council
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
ELBC	Eternal Love Broadcasting Cooperation (Radiosender)
ELWA	Eternal Love Winning Africa (Radiosender)
EPAs	Economic Partnership Agreements
EU	European Union/Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FDA	Forestry Development Authority
FPU	Formed Police Units
GEMAP	Governance and Economic Management Assistance Program
GOL	Government of Liberia
GRC	General Resources Corporation, Inc.
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HC	Humanitarian Coordinator
HCS	Humanitarian Coordination Section

HRO	Human Rights Office
HRPS	Human Rights and Protection Section
HRW	Human Rights Watch
IASC	Inter-Agency Standing Committee
ICGL	International Contact Group for Liberia
IDDRS	Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration Standards
IDPs	Internally Displaced Persons
IFJ	International Federation of Journalists
IMS	International Media Support
IOM	International Organization for Migration
iPRSP	Interim Poverty Reduction Strategy Papers
JIU	Joint Implementation Unit
JPC	Catholic Justice and Peace Commission
KFOR	Kosovo Force
KfW	Kreditbank für Wiederaufbau/KfW-Bankengruppe
LAC	Liberian Agriculture Society
LD	Liberian Dollar
LINA	Liberian News Agency
LNP	Liberian National Police
LRDC	Liberia Reconstruction and Development Committee
LURD	Liberians United for Reconciliation and Democracy
MILOBS	Military Observers
MINUSTAH	Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haiti
MFWA	Media Foundation for West Africa
MODEL	Movement for Democracy in Liberia
MONUC	Mission des Nations Unies en République Démocratique du Congo
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NCDDRR	National Commission on Disarmament, Demobilization, Rehabilitation and Reintegration
NED	National Endowment for Democracy
NEX	National Execution
NGO	Non-Governmental Organization
NIC	National Investment Commission
NPFL	National Patriotic Front of Liberia
NRO	Nichtregierungsorganisation
NTGL	National Transitional Government of Liberia
OCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
OSIWA	Open Society Initiative for West Africa
PC	Police Commissioner
PUL	Press Union of Liberia
RC	Resident Coordinator
RRR	Rehabilitation, Reintegration, Recovery

SRSG	Special Representative of the Secretary-General
TRC	Truth and Reconciliation Commission
UN	United Nations
UNAMSIL	United Nations Assistance Mission in Sierra Leone
UNCIVPOL	United Nations Civilian Police
UN-DAF	United Nations Development Assistance Framework
UNDG	United Nations Development Group
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFPA	United Nations Population Fund
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNMIL	United Nations Mission in Liberia
UNMIS	United Nations Mission in Sudan
UNO	United Nations Organization
UNOB	United Nations Operation in Burundi
UNOCI	United Nations Operation in Cote d'Ivoire
UNOPS	United Nations Office for Project Services
UNV	United Nation Volunteers
USAID	United States Agency for International Development
USD	US-Dollar
WAJA	West African Journalists Association
WFP	World Food Programme
WHO	World Health Organization
WTO	World Trade Organization



**Deutsche Gesellschaft für die  
Vereinten Nationen e. V. (DGVN)**



Die DGVN ist Anlaufstelle in Deutschland für alle, die sich für die Vereinten Nationen interessieren. Angeboten werden Informationen über alle wesentlichen Entwicklungen und Ergebnisse der Arbeit der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und Spezialorgane. Die DGVN vermittelt die Anliegen der Weltorganisation gezielt an die Öffentlichkeit und sensibilisiert gleichzeitig für eine offene und kritische Diskussion wichtiger aktueller Themen, die sich aus der Entwicklung der Weltgesellschaft für unser Land ergeben.

Die Informations- und Bildungsarbeit umfasst:

- Herausgabe der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN, der UN-Basis-Informationen und zahlreicher weiterer Publikationen
- Veranstaltung von Konferenzen, Seminaren, Diskussionsrunden und Pressegesprächen
- Umfangreiches Angebot im Internet – mit Texten zum Herunterladen

Themenschwerpunkte sind: Internationale Friedenssicherung, Nord-Süd-Fragen / Entwicklungspolitik, Schutz der Menschenrechte, Entwicklung und Bevölkerung, Fragen der Struktur und Reform der Vereinten Nationen.

Die DGVN wurde 1952 als eingetragener gemeinnütziger Verein gegründet. Der Verein ist überparteilich und unabhängig. Jede(r) Interessierte kann als Einzelperson Mitglied werden. Die korporative Mitgliedschaft steht Akademien, Gewerkschaften, Rundfunkanstalten, Forschungsinstituten, Banken und Unternehmen offen.

**Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen**

Zimmerstraße 26/27

D-10969 Berlin

Tel: (030) 259375-0

Fax: (030) 259375-29

E-Mail: [info@dgvn.de](mailto:info@dgvn.de)

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)